

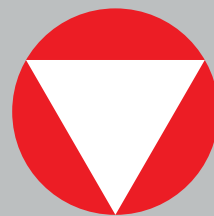


ISS Lagebild

& Strategie Sicherheitspolitik

Akteure und Mächte

Jahresende 2024 – Ausblick 2025





Impressum:

Amtliche Publikation der Republik Österreich/
Bundesminister für Landesverteidigung

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung
BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

ISBN: 978-3-903548-05-3
Dezember 2024

Druck:

ReproZ W24-0034
Stiftgasse 2a
1070 Wien

ISS Lagebild 3/24

Institut für Strategie & Sicherheitspolitik

Akteure und Mächte

Jahresende 2024 – Ausblick 2025



Akteure und Mächte

Jahresende 2024 – Ausblick 2025

01 Geopolitische Veränderungen

Die Welt im Umbruch
Gunther Hauser

15 Anmerkung zur Gegenwart

„Denn nur die dunkelste Stunde
hat nur 60 Minuten“ (?)
Felix Schneider

23 Weltmacht USA

Fakten und Folgerungen
zu den Wahlen 2024
Andreas Wenzel

33 Indopazifik

Perzeptionen und Konsequenzen
der US-Wahlentscheidung
Barbara Farkas

42 EU unter Druck

Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels
Rastislav Báchora

54 Die NATO

und die transatlantischen Beziehungen
Otto Naderer

60 Das transatlantische Verhältnis

unter der zweiten Trump Administration
Gustav C. Gressel

71 Lateinamerika

Sicherheitslage bleibt angespannt
Alexander Panzhof

87 Hybride Bedrohungen

Daniel Hikes-Wurm

Strategie

&

Sicherheitspolitik

Vorwort

Mit dem „Lagebild 3/24“ liegt nun die finale Publikation des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik zu einem in jeglicher Hinsicht ereignisreichen Jahr vor. Wahlen in der Europäischen Union und den USA haben – wie bereits im Vorfeld prognostiziert – zu politischen Machtverschiebungen geführt und befeuern dadurch die Dynamiken eines ohnehin bereits im Zustand von Veränderung/Neuausrichtung befindlichen geopolitischen Systems noch weiter. Fundierte Analysen bzw. Zukunftsaussagen werden in diesem Kontext mehr als schwierig und bleiben nur eingeschränkt aktuell. Wurde in den Jahren 2022 und 2023 noch von „Zeitwende“ bzw. „Welt im Umbruch“ als punktuelle, singuläre Erscheinung ausgegangen, so verfestigt sich der Prozess der Dynamik von Veränderungen seither stetig und wird wohl für die Zukunft als neue Normalität anzunehmen sein. Grundsätzlich sind derartige Phänomene nichts unbedingt Neues, ganz im Gegenteil, die Geschichte bietet eine Fülle an Beispielen nichtlinearer Entwicklungen mit überraschenden Wendungen oder Traditionsbrüchen und macht damit deutlich, dass scheinbar „chaotisch“ anmutende Entwicklungen durchaus als systemimmanente Faktoren anzunehmen sind. Gleichfalls nicht unbedingt neu, aber innerhalb der spezialisierten Forschungslandschaft möglicherweise ein wenig aus dem Fokus geraten, sind Ausmaß und Intensität der Bereiche, die nun „in Bewegung“ geraten sind. Neben den klassischen Politikfeldern und Fragen der nationalen und internationalen Sicherheitsarchitektur sind nun verstärkt auch gesellschaftliche und technologische, mehr noch ökonomische und budgetäre Problemfelder virulent geworden, welche die bestehenden und neu gewählten Regierungen vor enorme Herausforderungen stellen. Gleichzeitig haben nationale und internationale Institutionen aber mit einem erheblichen Vertrauensverlust zu kämpfen, welchem an den Wahlen nun deutlicher Ausdruck verliehen wird. Es scheint, dass sich „Bruchlinien“ und Gräben vervielfacht haben – zu den oftmals und vorschnell als diffus, unreal oder überzogen abgetanen Zukunftsängsten der Bevölkerung gesellen sich nun vermehrt reelle Problemfelder, deren Lösung dem „Establishment“ immer seltener zugetraut wird. Auch scheint die bisherige Praxis, sich allein schon durch die räumliche Distanz von peripheren Krisen unbeteiligt zu geben, nicht mehr anwendbar. Politische und wirtschaftliche Umwälzungen werden – und dies nicht nur in der Lieferketten-, Energie- und Rohstofffrage – nun auch im „Zentrum“ als beeinflussende Faktoren wahrgenommen. Tatsächliche oder befürchtete Auswirkungen auf die eigene persönliche Lebenssituation werden zu Themen, über die es sich natürlich vortrefflich diskutieren lässt, und man tut es auch: und dies in einem Umfeld medialer Überrepräsentanz, hin- und hergerissen im Sog zwischen *Infotainment*, *Fake News*, KI-Algorithmen und „Social-Media-Reizüberflutung“. Es bleibt auch für die Wissenschaft eine besondere Herausforderung, sich der daraus resultierenden Gefahr von Beeinflussung und Befangenheit zu entziehen und einen objektiven Zugang – „sine ira et studio“ – sicherzustellen: Diese Herausforderung vor Augen bleibt den Forschenden nur die nüchterne Feststellung und der lapidare Trost, sich zumindest wissenschaftlich in „spannenden Zeiten“ zu befinden.

Die Auswahl der Beiträge im „Lagebild 3/24“ spiegelt die wichtigsten weltpolitischen Veränderungen in der zweiten Jahreshälfte 2024 wider, wobei eine Berücksichtigung aller Krisenherde und sicherheitspolitisch-relevanten Vorgänge den Umfang des Heftes natürlich gesprengt hätte. Dementsprechend galt es eine Selektion und Gewichtung vorzunehmen. Neben allgemeinen Einschätzungen der sicherheitspolitischen Lage fanden vor allem Einschätzungen zum indopazifischen und südamerikanischen Raum sowie die transatlantischen Beziehungen Europas Berücksichtigung. Das Schwergewicht wurde jedoch auf die Entwicklungen in den USA gelegt. Den AutorInnen, denen für die Verfassung der Beiträge zu danken gilt, wurden im Sinne guten wissenschaftlichen Arbeitens jene für einen sachlichen Diskurs notwendigen Freiräume gewährt: Die in den Beiträgen vorgenommenen Ableitungen, Bewertungen und Darstellungen entsprechen daher ausschließlich den Einschätzungen der AutorInnen und gelten nicht als offizielle Standpunkte der LVak bzw. des BMLV.

In diesem Sinne darf ich die geneigte Leserschaft um wohlwollende Aufnahme des „Lagebilds 3/24“ ersuchen und wünsche viel Freude bei der Lektüre.

Hofrat Dr. Mario Christian Ortner

derzeit beauftragt mit der

Leitung des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie in Wien

Geopolitische Veränderungen

Die Welt im Umbruch

von Gunther Hauser

Die Welt befindet sich geopolitisch in einer Umbruchsituation. China, Russland und Indien fordern politisch, wirtschaftlich und verteidigungspolitisch den „Westen“ heraus, auch mit einer umfassenderen BRICS, die eine Reform der UNO, des IWF und der WTO vorsieht, um diese Organisationen / Institutionen den „geopolitischen Realitäten“ anzupassen.

Die Eskalationsstufen im russisch-ukrainischen Krieg werden höher, nicht nur waffentechnisch, sondern auch durch die erstmalige Entsendung von nord-koreanischen Soldaten nach Europa – an die westrussische Front im Kampf gegen ukrainische Einheiten und Verbände. Zudem zeichnen sich im Nahen Osten hohe Verluste für die sich mit Israel im Krieg befindenden iranisch-unterstützten Organisationen Hamas und Hisbollah ab.

Dieser Beitrag analysiert aktuelle Kriege und Konflikte und deren Auswirkungen auf Europa.

Einleitung

Die USA haben am 5. November 2024 gewählt, deren Bevölkerung hat sich mehrheitlich für Donald J. Trump als 47. Präsidenten ausgesprochen. Jene Politiken, die Trump bereits als 45. Präsident begonnen und umgesetzt hatte, werden auch in seiner künftigen Amtszeit fortgesetzt werden – jedoch ausgehend von einer völlig unterschiedlichen geopolitischen Ausgangslage. Schon damals zeichnete sich eine Zuspitzung der Lage in der Ukraine ab, Trump hatte als erster US-Präsident schwere Waffensysteme (wie Artillerie) an das ukrainische Militär liefern lassen. Der Krieg begann besonders im Vorfeld der Wiederwahl von Donald J. Trump zum US-Präsidenten zu eskalieren, nachdem im Herbst 2024 aufgrund des neuen Verteidigungsabkommens mit Nordkorea an die 10.000 nordkoreanische Soldaten an die russische Westfront verlegt worden waren. Dies geschah wohl zunächst mit dem Ziel, den vom ukrainischen Militär seit August 2024 gehaltenen Landstreifen in der russischen Region Kursk (um die 400 Quadratkilometer) gemeinsam mit 50.000 russischen Soldaten zurückzuerobern. Die USA sehen die Verlegung tausender nordkoreanischer Truppen als weitere große Gefahr für ihre Sicherheitsinteressen in Europa an. In der Folge gab US-Präsident Joseph R. Biden am 17. November 2024 der Ukraine die Erlaubnis, modernste amerikanische Kurzstreckenraketen des Typs *ATACMS* (bis zu 300 Kilometer Reichweite) primär gegen russische militärische Infrastruktur einzusetzen. Wenig später folgte der Einsatz moderner britischer Raketen des Typs *Storm Shadow* mit Schwergewicht gegen jene militärischen Einrichtungen Russlands, von denen umfassende Drohnen- und Raketenangriffe insbesondere gegen zivile Infrastruktur (wie Kraftwerke) durchgeführt wurden, also in der Masse zivile Einrichtungen, welche die ukrainische Bevölkerung benötigt, um im dritten Kriegswinter überleben zu können. Bereits am 4. November 2024 hatte die ukrainische Führung den ersten Einsatz ihres Militärs gegen nordkoreanische Soldaten verkündet.

Ebenso spitzte sich die Lage im Nahen und Mittleren Osten massiv zu. Hier vorwiegend zwischen dem Iran, dessen schiitische Führung das Existenzrecht Israels ablehnt, und Israel, das seit seiner Staatsgründung am 14. Mai 1948 um ebendieses kämpft und sich in der Folge gegen Raketenangriffe seitens der mit dem Iran verbündeten Hamas (Gazastreifen) und der schiitischen Hisbollah (Libanon) umfassend wehrt. Um die Wehrbereitschaft der israelischen Streitkräfte sicherstellen zu können, werden seit November 2024 auch orthodoxe israelische Staatsbürger in die Streitkräfte eingezogen. Die iranische Regierung versucht, einen direkten Krieg mit Israel zu vermeiden und sowohl die Hamas (und in der Folge einen Teil der Palästinenser) als auch die libanesische Hisbollah für ihre anti-israelischen Interessen zu missbrauchen. Im Herbst 2024 hatte das israelische Militär bereits sowohl die oberste zivile und militärische Führung sowohl der Hamas als auch der Hisbollah (sowie zum Teil auch deren Nachfolger) mit gezielten Treffen eliminiert. Inzwischen wurden im November 2024 versucht, Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Israel und der Hisbollah einzuleiten.

Mit 8. Dezember 2024 änderte sich die geopolitische Lage im Nahen Osten mit dem Sturz des syrischen Langzeitdiktators Bashar al-Assad durch von der Türkei unterstützte Islamisten zuungunsten der Russischen Föderation und des Iran. Dieser Sturz beendete die 54-jährige Herrschaft der Assads über Syrien, der noch unter Assad dienende syrische Ministerpräsident zeigte sich bereit, mit der siegreichen Miliz Hayat Tahrir Al-Sham (HTS) über eine künftige Regierung zu verhandeln. Israel begann inzwischen, die Basen sowie Chemie- und Raketenarsenale der syrischen Armee völlig zu zerstören, keine umfassende Gefahr sollte mehr aus Syrien gegen

Israel ausgehen. Zudem wird damit gerechnet, dass nun keine iranische Waffenhilfe über Syrien an die durch die Kriege mit Israel völlig geschwächte Hisbollah und Hamas erfolgen kann.

Auf globaler Ebene stellen Chinas Aufstieg und Russlands Revanchismus für die USA in einer Welt intensiven strategischen Wettbewerbs mehr denn je geopolitische Herausforderungen dar. Die USA besitzen folglich keine „unangefochtene Vorrangstellung“ mehr, zudem mehren sich für die Menschheit existenzielle Bedrohungen im Bereich Klimawandel (Burns 2024: 75). In einem Bericht der US-Kommission für die nationale Verteidigungsstrategie (einem achtköpfigen Expertengremium bestehend aus Republikanern und Demokraten) geht hervor: „Die Bedrohungen, mit denen die Vereinigten Staaten konfrontiert sind, sind die ernstesten und schwierigsten, die die Nation seit 1945 erlebt hat, und beinhalten das Potenzial für einen baldigen großen Krieg“. Die USA seien demnach auf einen solchen Krieg nicht vorbereitet, während die Volksrepublik China militärisch massiv aufhole (Arbeiter 2024: 9). Zudem hob der Bericht hervor:

- Russland bleibt für die USA eine Bedrohung;
- Russland hat viel Erfahrung im Krieg gegen die Ukraine gewonnen;
- Russland verfügt über eine Vielzahl strategischer Ressourcen. So versuchen die USA auch, ihre Abhängigkeit von russischem Uran bis 2028 völlig einzustellen. Etwa ein Viertel des angereicherten Urans in amerikanischen Nuklearreaktoren stammt noch aus Russland (Penn und Elliott 2024: 9).
- Russland verfügt über „erstklassige Weltraum- und Cyberfähigkeiten“;
- Russland und China würden in Kooperation mit dem Iran und Nordkorea darauf abzielen, die globale Führungsebene der USA zu unterminieren (Arbeiter 2024: 9).

Geopolitische Einschätzungen

Während der 10. Moskauer Sicherheitskonferenz im Jahr 2022 betonte Russlands Präsident Putin, dass „die Zeiten einer unipolaren Welt unter der Hegemonie der USA endgültig vorbei seien“. Um jedoch diese Änderung der „Weltordnung“ zu erreichen, habe Russland seine „militärische Spezialoperation“ begonnen (Schwalb 2024). Putin kritisierte, dass die USA und die NATO ihre politischen „Blockvorstellungen“ auch auf die asiatisch-pazifische Region zu übertragen versuchen und dies russischen Interessen zuwiderlaufe (Schwalb 2024). Der ehemalige slowakische Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda sprach von einem sich formierenden „Globalen Osten“ (repräsentiert von China und Russland), der einem „Globalen Westen“ (USA, EU) gegenübersteht (Dzurinda 2022). China, Russland, Nordkorea und der Iran vernetzen ihre Beziehungen immer stärker. Zwischen Russland und China entstand im Februar 2022 offiziell eine „Partnerschaft ohne Grenzen“, zwischen China und dem Iran noch eine „strategische Partnerschaft“ im Jahr 2021, zwischen Russland und Nordkorea im Sommer 2024 noch ein Abkommen zur gegenseitigen militärischen Unterstützung (The Economist 2024a: 60). Aus Sicht der NATO ist China durch die „Partnerschaft ohne Grenzen“ mit Russland und seine enorme Unterstützung der russischen wehrtechnischen Grundlage „zu einem entscheidenden Ermöglicher von Russlands Krieg gegen die Ukraine geworden.“, so die NATO-Gipfeldeklaration

von Washington vom 11. Juli 2024. China stelle der Russischen Föderation mikroelektronische Komponenten zur Verfügung, die auch militärisch genutzt werden können und „Russland befähigen, Raketen, Bomben, Flugzeuge, Waffen zu bauen, die verwendet werden, um die Ukraine zu attackieren“, betonte der damalige NATO-Generalsekretär, Jens Stoltenberg (Sendlhofer 2024: 5). Zudem zeigte sich Stoltenberg auch „tief besorgt“ über mögliche Lieferungen Russlands an das nordkoreanische Nuklearprogramm. Seit die EU russisches Gas und Öl umfassend sanktioniert, begann die Volksrepublik China, vorwiegend Öl aus Russland in großem Stil und günstig einzukaufen. Im Dezember 2023 erreichten russische Öllieferungen nach China den Umfang von 2,2 Millionen Fass/Tag (das entspricht 19 Prozent der chinesischen Gesamtimporte von Öl) im Vergleich zu 1,5 Millionen Fass/Tag im Jahr 2021. Die iranischen Ölexporte nach China erreichten durchschnittlich 1 Million Fass/Tag im Dezember 2023, das entspricht einem Anstieg von 150 Prozent im Vergleich zu 2021 (The Economist 2024b: 63). Zudem verkauft die iranische politische Führung seit dem Jahr 2022 Drohnen und Waffensysteme an die Russische Föderation, die diese wiederum verstärkt im Krieg gegen die Ukraine einsetzt. Anfang 2024 schickte der Iran erstmals ein Tankschiff mit einer Million Fass Rohöl nach Russland (The Economist 2024b: 64). Außerdem haben Russland und der Iran ihre Verhandlungen über die Erweiterung des Internationalen-Nord-Süd-Transport-Korridors (INSTC) wieder aufgenommen, einer 7.200-Kilometer-Route, die die Russische Föderation mit dem Indischen Ozean verbindet (über iranisches Territorium), um vor allem dringend benötigte Getreidelieferungen sicherzustellen. Derzeit wird noch russisches Getreide für den Mittleren Osten durch den von der NATO kontrollierten Bosphorus transportiert. Der künftige INSTC soll den Bau von Straßen, Eisenbahnen und Häfen beinhalten und könnte den Iran zu einem essenziellen Exportland für russische Güter (auch nach Indien) aufwerten. Bereits im Jahr 2023 hatte ein Zug aus Russland erstmals Güter in den Iran über einen Teil der INSTC transportiert (The Economist 2024b: 64).

Der wirtschaftliche und militärische Wettkampf nimmt zu

Seit 28 Jahren hat die Volksrepublik China seine Militärausgaben in Folge erhöht, China ist somit das einzige Land der Welt, das die militärischen Investitionen über einen derartig langen Zeitraum kontinuierlich massiv erhöht hat (zur Nedden 2024: 5). Steigende Militärausgaben einerseits und die Steigerung des Gefühls der Bedrohung haben zur Folge, dass sowohl China als auch die USA verstärkt aufrüsten. Der ehemalige US-Verteidigungsminister Robert McNamara bezeichnete einen derartigen Schritt während seiner Amtszeit in den 1960er-Jahren als „Aktions-Reaktions-Spirale“. Die kontinuierliche Steigerung der chinesischen Militärausgaben hat deutlich das strategische Gleichgewicht in Ost- und in Südostasien sowie im Südchinesischen Meer (das die Volksrepublik zu 90 Prozent beansprucht) und insgesamt in der Folge auch das globale strategische Gleichgewicht verändert. David Smith, Direktor von SIPRI, meinte dazu: „Aber die Dynamik einer Aktions-Reaktions-Spirale läuft darauf hinaus, dass jeder zu der Bedrohung beiträgt, die der andere wahrnimmt, und das ist das Paradox des Wettrüstens: Je mehr man sich bewaffnet, umso gefährlicher wird die Welt“ (zur Nedden 2024: 5). China wies im Jahr 2023 mit 296 Milliarden US-Dollar die zweithöchsten Militärausgaben der Welt auf, nach den USA mit 916 Milliarden US-Dollar (Quelle: Statista).

Die Kommunistischen Partei Chinas ist bestrebt, auf internationaler Ebene ihren politischen, wirtschaftlichen und auch militärischen Einfluss zu erhöhen, was auch den

Druck auf Taiwan einschließt, sich bis spätestens 1. Oktober 2049, dem 100-jährigen Jubiläumstag der Gründung der Volksrepublik China, mit China „zu vereinigen“. Die Volksrepublik bleibt der einzige umfassende Rivale der USA mit der Absicht, aufgrund ihrer Wirtschaftskraft und mit diplomatischen, militärischen sowie mit technologischen Mitteln die bestehende „internationale Ordnung“ zu ihren Vorstellungen zu verändern. Chinas Staatschef Xi Jinping hat in den vergangenen Jahren innerstaatlich mehr Macht angehäuft als jeder seiner Vorgänger seit Mao Zedong zuvor (Burns 2024: 78). Herausforderungen für die USA bleiben diesbezüglich auch die seit Februar 2022 bestehende „uneingeschränkte Partnerschaft“ Xi Jinpings mit Russlands Präsidenten Wladimir Putin und in diesem Zusammenhang Aktionen zur Destabilisierung des Raumes in und um Taiwan. Xi betrachtet zudem die USA als „untergehende Macht“ (Burns 2024: 78).

Deswegen bauen die USA ihre Partnerschaften in Ostasien – so mit den Philippinen, Japan, Südkorea – aus, auch Indien sehen der derzeitige US-Präsident Joseph R. Biden sowie auch sein Vorgänger und Nachfolger Donald J. Trump als „Bollwerk“ gegen China an. Indien gehört zudem der 2004 geschaffenen und seit Trumps erster Amtszeit ab 2017 sicherheitspolitisch enger vernetzten QUAD (*Quadrilateral Security Dialogue*) gemeinsam mit Australien, Japan und den USA an. Vietnam soll sich nach US-Vorstellungen auch verstärkt mit dem Westen verteidigungspolitisch koordinieren, hält sich jedoch – ähnlich wie Indien – alle wirtschafts- und verteidigungspolitischen Optionen offen. Nach seinem Besuch in New Delhi im September 2023 schloss Präsident Biden mit dem kommunistischen Einparteiensystem in Vietnam zwar eine „umfassende strategische Partnerschaft“ ab, so scheint es, dass die USA „einige Kommunisten dazu nützen, um andere einzudämmen“ (Brands 2024: 110). So wurden seitens der USA an Vietnam – deren Waffenembargo gegen Vietnam endete im Jahr 2016 – erstmals Flugzeuge für die militärische Ausbildungsverwendung ausgeliefert. Die ersten fünf Trainer des Typs *T-6C Texan II* landeten in Ho Chi Minh Stadt am 18. November 2024. Umgekehrt hatte Vietnam am 20. Juni 2024 mit Russland anlässlich des Besuches von Präsident Putin eine Vertiefung der umfassenden Zusammenarbeit auf mehreren Ebenen eingeleitet. Russland und Vietnam schlossen damals mehr als zehn Vereinbarungen über die Bereiche Wirtschaft, Bildung, Energie und Wissenschaft ab. Vietnam zählt seit Jahrzehnten zu den größten Rüstungskunden von Russland, zudem existieren gemeinsame Energieprojekte (Salzburger Nachrichten 2024 e: 4). Russlands Präsident Putin betonte am 20. Juni 2024 anlässlich seines Besuches in Hanoi: „Wir haben Freunde überall, in Nord- oder Südostasien, im Globalen Süden, die wahre Mehrheit der Welt steht hinter uns. Wir haben ein gewaltiges Atomarsenal, dessen Einsatz wir nicht ausschließen. Und wir diktieren die Spielregeln auf den Schlachtfeldern in der Ukraine, sowie bei späteren Verhandlungen“ (Scholl 2024a: 6).

Industriell versuchen sich die USA, von der Volksrepublik China zunehmend abzukoppeln. Besonders die US-Regierung unter Präsident Joseph R. Biden hat seit 2021 den zuvor von Donald J. Trump eingeleiteten „Decoupling“-Kurs gegenüber China beibehalten, mit dem Ziel, die USA von der Dominanz Chinas bei den Hauptversorgungsketten unabhängiger zu machen. Während der ersten 100 Tage im Amt ordnete Präsident Joseph R. Biden im Jahr 2021 bereits an, folgende vier Bereiche, die für die US-Sicherheit und Wirtschaft überlebenswichtig sind, auszuwerten: kritische Mineralien, Großbatterien, Halbleiter und pharmazeutische Güter. Fazit der Auswertung: Jene Mineralien, die amerikanische Mobiltelefone und Computer in Betrieb halten, stammen aus der Volksrepublik China, ebenso wie jene Zutaten, die in 120 Medikamenten für die Grundversorgung verwendet werden. Zudem waren die USA

abhängig von Elektroautos, Solarpanels und Windturbinen, die in China produziert werden. So ordnete Präsident Joseph R. Biden „friendshoring“ mit europäischen Ländern und mit Mexiko an. Des Weiteren leiteten die USA das *Indo-Pacific Economic Framework* an, mit dem Fokus, im Bereich der Versorgungsketten gemeinsam mit Japan und Südkorea ein Frühwarnsystem für Störungen zu errichten (O’Neil 2024: 135). Im Jahr 2022 wurden über den *CHIPS and Science Act* in den USA zig Milliarden US-Dollar bereitgestellt, um die heimische Halbleiterindustrie in den USA aufzubauen. Der *Inflation Reduction Act* – ebenso aus dem Jahr 2022 – bot Erzeugern von Elektroautos Förderungen von bis zu 7.500 US-Dollar pro Auto an, falls der Großteil der Bestandteile in den USA gefertigt waren oder in Ländern, mit denen die USA Freihandelsabkommen abgeschlossen hat (O’Neill 2024: 137). Zudem kündigte Präsident Biden an, die Inlandsproduktion von pharmazeutischen Gütern anzukurbeln (O’Neill 2024: 137). Donald J. Trump beabsichtigt ebenso, die US-Wirtschaft mit hohen Einfuhrzöllen auf importierte Güter „anzukurbeln“, für die Staaten in Europa und auch China zahlen würden. Ökonomen entgegneten jedoch, dass Zölle in den USA meist als Preissteigerungen an Endverbraucher weitergegeben würden.

Wird die Volksrepublik China „in nächster Zeit“ eine Offensive gegen Taiwan einleiten? Von Experten kommen Zweifel auf: „Ich denke, ehrlich gesagt, die Antwort auf diese Frage ist Nein. Es ist zwar nicht unmöglich, aber auch nicht wahrscheinlich“, meinte der Direktor des SIPRI in Stockholm, David Smith, und führte weiter aus: „Die chinesische Militärführung und die politische Führung haben gute Gründe, sich nicht sicher zu sein, wie gut ihre Streitkräfte sich schlagen würden.“ Zudem würden sich die taiwanesischen Streitkräfte, die bestens ausgerüstet, organisiert und verbreitet sind, in der Defensive befinden, und, so Smith, „die Defensive ist in der Regel stärker als die Offensive“ (zur Nedden 2024: 5).

Die Spannungen zwischen den USA einerseits sowie China und Russland andererseits werden in den nächsten Jahren zunehmen – politisch, wirtschaftlich und verteidigungspolitisch. Diesen „Spannungen dieses neuen Kalten Krieges wohne nicht weniger als das Potenzial eines Dritten Weltkrieges inne“, schlussfolgerte am 29. August 2024 die im Juli 2023 seitens des VBS der Schweiz eingesetzte Studienkommission Sicherheitspolitik in ihrem Bericht: „Europa droht, Opfer dieser globalen Fragmentierung zu werden“. Die Studienkommission ortet einen möglichen „Kulminationspunkt“ in den Jahren 2028 bis 2033 (Kälin 2024: 4).

Die BRICS-Staaten umwerben den „Globalen Süden“

Die BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika sowie die BRICS+-Staaten Ägypten, Äthiopien, Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate sehen sich vor allem gegen die „US-Hegemonie“ gerichtet sowie auch gegen „finanzielle Zwangsmaßnahmen“ und „auf Sanktionen basierte Diplomatie“ (Awan 2024: 1), was auch bei dem am 23. Oktober 2024 in Kazan stattgefundenen Gipfel der BRICS bekannt gegeben wurde. In diesem Kontext befürwortet die BRICS eine „Entdollarisierung“ der Wirtschaft (also ein gegen die „Allmacht des US-Dollars als Zahlungsmittel“ gerichtetes Finanzsystem) und setzen sich in der Folge für eine Stärkung des Handels in lokalen BRICS-Währungen ein. Weiters richtet sich BRICS gegen den „Missbrauch von internationalen Institutionen für weitere politische Agenden“, insbesondere durch die USA (Awan 2024: 1). Besonders China und Russland sowie der Iran äußerten ihre „Frustration über US-geführte Versuche, den

globalen internationalen Diskurs zu kontrollieren und jene Staaten zu bestrafen, die sich westlichen Politiken widersetzen“ (Awan 2024: 1). Aus russischer Sicht bleibt der Einfluss der Russischen Föderation weiterhin sehr groß, so schlug die US-Strategie, „Moskau zu schwächen, großteils fehl“. Folglich will sich die BRICS weiterhin, aus Sicht Moskaus, als „antihegemoniale Allianz“ präsentieren (Awan 2024: 1).

Auf ihrem Gipfel in Kazan (23. Oktober 2024) haben die BRICS-Mitgliedstaaten ihre „strategische Partnerschaft“ deshalb neu und umfassend aufgestellt (BRICS 2024; Punkt 2). Diese „strategische Partnerschaft“ stützt sich auf folgende drei „Säulen“: politische und Sicherheitspartnerschaft; wirtschaftliche und finanzielle Partnerschaft; kulturelle Partnerschaft mit verstärkter Zusammenarbeit zwischen Institutionen in den Bereichen Universitäten, Forschung und Entwicklung sowie Berufsausbildung („People-to-people cooperation“) (BRICS 2024: Punkt 3). Alle BRICS-Staaten zielen auf eine „repräsentativere, gerechtere internationale Ordnung“, „ein neu belebtes und reformiertes multilaterales System“ mit „nachhaltiger Entwicklung“ und „Wachstum“ im Sinne der BRICS-Staaten (ebenda). Zudem plant BRICS im Zuge des „BRICS Plus Dialogue“, Kooperationen mit Ländern Afrikas, Asiens, Europas und Lateinamerikas mit dem Schwerpunkt „Globaler Süden“ zu vertiefen. (BRICS 2024: Punkt 4) Die gegenwärtige „Architektur der internationalen Beziehungen“ soll an die „gegenwärtigen Realitäten“ angepasst werden (Ebenda: Punkt 6). Die BRICS-Staaten wollen jedoch keineswegs die bestehenden internationalen Organisationen wie die Vereinten Nationen (UNO) abschaffen, auch nicht die Welthandelsorganisation (WTO) oder den Internationalen Währungsfonds (IMF), sondern fordern eine umfassende Reform der UNO und des UNO-Sicherheitsrates auf der Grundlage der Johannesburg II-Erklärung 2023 mit dem Ziel, die UNO und den UNO-Sicherheitsrat „demokratischer, repräsentativer, effizienter und effektiver“ zu gestalten und auch die Entwicklungsländer in Afrika, Asien und Lateinamerika hier verstärkt zu berücksichtigen (BRICS 2024: Punkt 8).

Die Welthandelsorganisation (WTO) dagegen soll zu einem „offenen, transparenten, gerechten“ multilateralen Handelssystem ausgebaut werden und als die zentrale Organisation im Bereich Handel wirksam handeln können. Für Entwicklungsländer und besonders den *Least Developed Countries* sollen spezielle Regeln im internationalen Handel gelten, handelseinschränkende unilaterale Vorgehensweisen werden seitens der BRICS abgelehnt. In diesem Zusammenhang soll das Streitschlichtungssystem der WTO wirksam ausgebaut werden (BRICS 2024: Punkt 9). Einseitige Zwangsmaßnahmen bzw. Wirtschaftssanktionen werden ebenso abgelehnt, diese „unterminieren die UN-Charta“ sowie das „multilaterale Handelssystem“ (BRICS 2024: Punkt 10). Die BRICS-Staaten verstehen sich aufgrund ihres verstärkten politischen und wirtschaftlichen Engagements in Afrika, Lateinamerika und in den karibischen Staaten verstärkt als „Anwalt des Globalen Südens“. In diesem Zusammenhang wird auch die G20 unterstützt, vor allem der „G20 Call to Action on Global Governance Reform“, der von der damaligen brasilianischen G20-Präsidentschaft ins Leben gerufen wurde (BRICS 2024: Punkt 7). Die BRICS-Staaten zählen auch ihre jeweiligen nationalen Initiativen auf dem afrikanischen Kontinent – wie das chinesische *Forum on China-Africa Cooperation*, den *India-Africa Forum Summit*, den *Russia-Africa Summit* und *Ministerial Conference* zu jenen Initiativen, die die Kooperation mit dem afrikanischen Kontinent stärken soll (BRICS 2024: Punkt 7). Der Grundsatz zu den Beziehungen mit afrikanischen Staaten soll lauten: „Afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme“ („African ownership, complementarity and subsidiarity“) mit Schwerpunkt auf die Rolle der Afrikanischen Union bei der Prävention, beim Management und der Lösung von Konflikten in Afrika (BRICS 2024;

Punkt 38). In Afghanistan fordern die BRICS-Staaten, dass sich Terrorgruppen nicht ausbreiten, zudem sollen auch Rechte aller Afghaninnen und Afghanen geschützt werden – die Behörden in Kabul werden aufgerufen, die Bildungsmöglichkeiten für Mädchen für die weitere Schulausbildung und für Universitäten wieder zuzulassen (BRICS 2024: Punkt 42). So werden die BRICS zwar – abgeleitet von den Interessen ihrer jeweiligen Teilnehmerstaaten als gemeinsamer Nenner – durch China und Indien auf wirtschaftlicher Ebene zunehmend an Bedeutung gewinnen, eine „Wirtschaftsgemeinschaft“ oder gar „Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft“ wird sich aufgrund zu unterschiedlicher Zielsetzungen der Teilnehmerstaaten in absehbarer Zeit nicht herausbilden. Zudem bestehen geopolitische und geoökonomische Rivalitäten zwischen China und Indien. Indien und Südafrika betonen stets ihre Allianzfreiheit.

Kommt es zu einem Ende des Ukrainekriegs?

Russland ist bestrebt, einen von den USA und der NATO im Jahr 2008 angepeilten NATO-Beitritt der Ukraine und auch Georgiens zu verhindern, die USA und die EU-Staaten – vor allem jene 23, die der NATO angehören – wollen jedoch (gemäß ihren diesbezüglichen Beschlüssen) eine Aufnahme der Ukraine in beide Organisationen umsetzen. Der Zeitplan dazu schien zwar weitgespannt, mittlerweile dürfte die US-Regierung unter Präsident Biden davon abgekommen sein. Es gilt zunächst, einen Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine durchzusetzen, danach einen Friedensprozess. Das kann viele Jahre dauern, um einen von beiden Seiten akzeptierten *Deal* zu erreichen. Donald J. Trump hatte bereits angekündigt, dass er „in 24 Stunden“ einen Frieden für die Ukraine zu erreichen plane. In 24 Stunden einen Frieden oder nur einen Waffenstillstand zu erreichen erscheint jedoch in der derzeitigen Situation einer zunehmenden Eskalation als illusorisch, die Interessenunterschiede, wie ein Waffenstillstand oder gar Friede im russisch-ukrainischen Krieg erzielt werden soll, sind zwischen Kiew und Moskau äußerst widersprüchlich. Jedoch wird die Ukraine – wie auch unter US-Präsident Joseph R. Biden angedeutet – mit einer Spaltung ihres Territoriums rechnen müssen. Jene von Präsident Putin verfassungsmäßig annektierten Gebiete werden nicht nur unter russischer Kontrolle bleiben, sondern sind aus Sicht Moskaus bereits Teil des Staatsgebiets der Russischen Föderation.

Im Fall der Lieferung von militärischer Hilfe an die Ukraine gab es erneut seitens der USA und der EU heftige Diskrepanzen zwischen den tatsächlichen Lieferungen und Zusagen. Die G7-Staaten beschlossen bei ihrem Gipfel im Juni 2024 weitere Finanzhilfen für die Ukraine. Dieser Kredit im Umfang von 50 Milliarden US-Dollar soll durch Zinserträge aus eingefrorenem russischem Vermögen abgesichert werden. Gewinne aus den im Rahmen von Sanktionen gegen die Russische Föderation eingefrorenen Gelder werden bereits direkt in ukrainische Rüstungsbetriebe investiert, den EU-Mitgliedstaaten werden mit diesen Zinsgewinnen direkt Militärhilfe an die Ukraine abgegolten. Zudem existieren weiterhin Schwierigkeiten mit gelieferten westlichen GPS-gesteuerten Drohnen, die laut ukrainischem Militär nicht funktionieren.

Die russischen Streitkräfte können inzwischen langsam, aber doch, weitere Geländegewinne in den umkämpften Gebieten im Donbas und nahe Charkiw für sich verbuchen. „Wir brauchen die Erlaubnis, legitime militärische Ziele in der Russischen Föderation anzugreifen“, forderte der damalige Außenminister der Ukraine, Dmytro

Kuleba. Die USA sowie die EU-Mitgliedstaaten hatten die Lieferung von Waffensystemen an die Bedingung geknüpft, dass diese vom Westen gelieferten Waffen ausschließlich zur Verteidigung im ukrainischen Staatsgebiet eingesetzt werden dürfen. Falls jedoch die Ukraine weiter entfernte russische Militärstützpunkte, von denen die Angriffe gegen die Ukraine erfolgen, mit modernen westlichen Waffen angreifen dürften, würde ein derartiges Vorgehen das russische Militär schwächen, so das ukrainische Außenministerium. Anfang August 2024 stießen ukrainische Einheiten und Verbände in den Raum Kursk (Russische Föderation) vor, Außenminister Kuleba meinte damals: „Wir haben bewiesen, dass wir Russland besiegen können.“ So plädierte der damalige Hohe Beauftragte für die EU-Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, für die Aufhebung der Waffenlieferungsbeschränkungen gegenüber der Ukraine, er meinte im August: „Kuleba hat recht. Gut ausgestattete ukrainische Streitkräfte können den Lauf des Krieges verändern. Sie können sich nicht nur selbst verteidigen, sondern auch die russischen Truppen zurückdrängen“ (Salzburger Nachrichten 2024c: 6). Je weniger Einschränkungen diesbezüglich vorlägen, desto mehr wäre Russlands Präsident Putin bereit, den Frieden zu suchen, meinte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij. Er verwies damals darauf, dass die Erlaubnis einiger westlicher Länder, derartige Angriffe in der Region Charkiw auf grenznahe Ziele in der Russischen Föderation zuzulassen, nicht zu einer Eskalation geführt hatte. Aufgrund der zunehmenden Aufstockung nordkoreanischer Soldaten an der westrussischen Front, die gegen ukrainische Streitkräfte eingesetzt werden, genehmigte US-Präsident Biden den Einsatz von amerikanischen *ATACMS*-Waffensystemen gegen russische Militärinfrastruktur, von denen zuvor massive Raketen- und Drohneneinsätze gegen die Ukraine erfolgten. In der Folge werden seither auch seitens der Ukraine britische Kurzstreckenraketen des Typs *Storm Shadow* eingesetzt.

Die internationale Militärhilfe sowie die Ausbildung für die ukrainischen Streitkräfte werden nun offiziell von der NATO koordiniert; im September 2024 wurde die Einsatzbereitschaft des neuen NATO-Ukraine-Kommandos in Wiesbaden erstellt (Salzburger Nachrichten 2024b: 5). Die Verluste der russischen Streitkräfte werden als sehr hoch eingeschätzt: Laut Rechercheplattform *Warspotting* verlor in der Zeit von März bis Mai 2024 die russische Armee 327 Kampfpanzer – und damit mehr als in jeder anderen Dreimonatsperiode seit Herbst 2022. Russland hatte 2023 begonnen, rund 70-jährige Panzer der Typen T-54/55 aus den Abstellplätzen (meist im Freien gelegen) zu holen und gegen die Ukraine einzusetzen. Hauptsächlich setzt das russische Militär modernisierte T-72 und T-80 ein, auf diese entfallen fast 90 Prozent der identifizierbaren Verluste (Rüesch 2024: 4). Russlands Verteidigungsminister Sergei Schoigu verkündete im Februar 2024, dass die russische Industrie ihre Panzererzeugung versechsfacht habe. Im Jahre 2023 wurden laut westlichen Experten bis zu 1.500 Kampfpanzer ausgeliefert, wovon Russland im selben Jahr 620 Stk. nachweislich verlor (Rüesch 2024: 4 und 5).

Die Bedingungen der russischen Staatsführung für eine Gesprächsbereitschaft zu einem Waffenstillstand in der Ukraine lauten: Die ukrainischen Truppen müssten sich aus all jenen Gebieten zurückziehen, die die Russische Föderation per Verfassung annektiert hat. Die Ukraine soll zudem endgültig auf einen NATO-Beitritt verzichten. Zuvor betonte Präsident Putin in Ankara, dass der ukrainische Präsident Selenskij für ihn nicht „legitim“ sei, also für ihn kein Verhandlungspartner sei (Scholl 2024b: 5). Ungarns Premierminister Viktor Orbán schlug Präsident Selenskij Anfang Juli 2024 vor: „Eine Pause einlegen. Das Feuer einstellen und dann weitermachen, Verhandlungen beginnen“ (Scholl 2024b: 5). Estlands damalige Premierministerin

und designierte Hohe Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Kaja Kallas, meinte dazu: Ungarns Premier nutze seine Funktion als EU-Ratsvorsitz aus, „um Verwirrung zu stiften“ (Scholl 2024b: 5). Die Staatsführung in Kiew ist weiterhin bestrebt, dass die russischen Streitkräfte aus der Ukraine vollständig abziehen, zudem will die Ukraine Sicherheitsgarantien, um ihre völkerrechtliche Souveränität zu schützen (Taylor 2024: 1).

Ohne die vollständige Kontrolle der Ukraine scheint Russlands Präsident Wladimir Putin zu glauben, dass die Russische Föderation keine Großmacht wäre oder er kein *großer russischer Staatsmann* wäre (Burns 2024: 75). Er erkennt die Staatlichkeit und Souveränität der Ukraine nicht an. Putin sieht die Ukraine als zu Russland gehörig an, ebenso Belarus, das mit Russland seit 1999 sich in einem formloseren „Unionsstaat“ befindet, sich aber gegen eine Vereinigung mit Russland vehement ausspricht. Ein derartiger Schritt könnte zu Kriegshandlungen führen, meinte am 5. November 2024 in Minsk Staatschef Alexander Lukaschenko.

Bereits mehr als zwei Jahre nach dem Beginn der russischen Invasion in die Ukraine hat der Kreml das erste Mal offiziell eingeräumt, dass sich Russland im Krieg befindet: „Wir sind im Kriegszustand. Ja, es begann als eine spezielle Militäroperation, aber sobald diese Gruppe gebildet wurde und der kollektive Westen ein Teilnehmer dessen auf Seite der Ukraine wurde, wurde dies zum Krieg für uns“, meinte der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am 22. März 2024 (Salzburger Nachrichten 2024a: 4).

Nach Schätzungen der CIA wurden bis zum Frühjahr 2024 mindestens 315.000 Soldaten getötet oder verwundet, zwei Drittel des russischen Vorkriegsinventars wurde zerstört, und das von Putin weit vor dem Krieg eingeleitete Modernisierungsprogramm für die russischen Streitkräfte kam ins Stocken (Burns 2024: 76). Zudem baut Russland seine wirtschaftlichen Beziehungen zur Volksrepublik China und seine militärischen Beziehungen zu Nordkorea mit einem am 19. Juni 2024 unterzeichneten Partnerschaftsabkommen, das auch als „militärischer Beistandspakt“ betrachtet werden kann, massiv aus, so werden seitens der USA im November 2024 an die 10.000 nordkoreanische Soldaten auf russischem Territorium vermutet. Südkorea hatte noch Anfang November 2024 angekündigt, Beobachter in die Ukraine zu entsenden, um nordkoreanische Aktivitäten an der russisch-ukrainischen Grenze zu beobachten. Zudem plant Südkorea Waffenlieferungen an die Ukraine.

Irans Stellvertreterkrieg gegen Israel – auf dem Weg zu einem Waffenstillstand?

Der Iran zielt auf eine Vernichtung Israels, wie auch seine Stellvertreter Hamas und Hisbollah. Israel versucht deshalb seit Jahrzehnten, den Einfluss der Mullah-Regierung in Teheran in Palästina und in seiner unmittelbaren Nachbarschaft einzudämmen. Seit dem brutalen Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und deren Tötung von 1.200 Menschen (vor allem Zivilisten) und dem darauffolgenden Krieg Israels gegen die Hamas ist die Hamas noch nicht vernichtet und alle jüdischen Geiseln der Hamas sind noch immer nicht befreit. Israels Premier Benjamin Netanjahu hat im November 2024 Belohnungsgelder an Palästinenser im Gegenzug zur Befreiung von Geiseln von der Hamas angeboten. Zudem ist im zweiten Halbjahr 2024 der Krieg zwischen Israel und der iranisch-unterstützten Hisbollah im Libanon voll eskaliert – erstmals seit dem 34-Tageskrieg im Jahr 2006. Dieser uneingeschränkte Krieg zwischen beiden Seiten wird für den Libanon immer problematischer, sofern

auch zahlreiche Spitäler und zivile Einrichtungen mit Raketen angegriffen bzw. zerstört wurden. Bereits Anfang Juni 2024 wurde seitens der Hisbollah in nur acht Minuten fast 8.000 Raketen gegen Israel abgefeuert, 120.000 Bewohner wurden aus dem Norden Israels evakuiert. Ein umfassend durchgeführter Krieg hätte für den Libanon den totalen Zusammenbruch des Landes zu Folge, der Libanon wird seitens der Hisbollah als iranischer Stellvertreterorganisation in diesem Krieg gegen Israel und somit als Geisel iranischer Interessen gehalten (Jessen 2024: 9). Die UNO befürchtet, dass die Menschen im Libanon durch diese Eskalation das gleiche Schicksal erleiden könnten wie jenen Menschen im Gazastreifen: „Wir sehen dieselben (militärischen) Muster, die wir in Gaza gesehen haben“, sagte Jeremy Lawrence, Sprecher des UN-Menschenrechtsbüros in Genf (Tiroler Tageszeitung 2024: 12). Im Libanon befanden sich in der zweiten Jahreshälfte 2024 mehr als eine Million Menschen auf der Flucht, davon Hunderttausende Richtung Syrien, einem Land, aus dem sie seit 2011 aufgrund der massiven Kampfhandlungen zwischen unterschiedlichen islamistischen Gruppen, die vom Westen und Saudi-Arabien unterstützt wurden, Kurden, der Türkei, der syrischen Armee und Russland fliehen mussten. Israel geriet zudem wiederholt unter internationaler Kritik, als in der zweiten Oktoberwoche 2024 einige Soldaten der UN-Mission UNIFIL, an der auch 160 Soldaten des Bundesheeres teilnehmen, aufgrund eines israelischen Angriffes gegen Hisbollah-Stellungen im Süden Libanons verletzt wurden. Zudem meldeten UNIFIL-Soldaten, dass israelische Panzer das Haupttor in Ramiya beschädigt hatten. Israels Premierminister Benjamin Netanyahu meinte, dass sich die UN-Friedenstruppen aus der umkämpften Zone zurückziehen müssen (Shotter und Cornish 2024: 2).

Bis Anfang Oktober 2024 wurden durch diese Kriege in Gaza zwei Millionen Menschen, in Israel selbst 200.000 Menschen obdachlos. Sie mussten ihre zerstörten bzw. verbrannten Häuser verlassen. Den israelischen Streitkräften gelang inzwischen die Ausschaltung sämtlicher politischer und militärischer Führer und Kommandeure der Hamas und der Hisbollah – die bedeutendsten unter ihnen: Ismail Haniyeh von der Hamas und den Hisbollah-Kommandeur Fuad Shukr sowie Hassan Nasrallah, Kleriker und Anführer der Hisbollah.

Die ehemaligen Premierminister Ehud Olmert (Israel) und Palästinas (Nasser al-Qudwa) skizzierten Anfang Oktober 2024 einen Friedensplan in Nahost, der einen Gebietstausch zwischen Israel und Palästina beinhaltet. Dieser Vorschlag für einen Friedensplan enthält folgende Punkte:

- Zweistaatenlösung auf der Grundlage der Grenzen vom 4. Juni 1967;
- 4,4 Prozent des Westjordanlands sollen an Israel angegliedert werden, also jene Gebiete, in denen sich die wichtigsten israelischen Siedlungsblöcke befinden, inklusive des Gebiets um Jerusalem. Im Austausch dafür sollen Territorien der gleichen Größe aus dem Staatsgebiet Israels herausgenommen und dem Staat Palästina eingegliedert werden. Mit diesem Gebietsaustausch soll den Realitäten vor Ort Rechnung getragen werden, die „nur schwer umkehrbar sind“ (Olmert und al-Qudwa 2024: 5).
- Jerusalem selbst soll der „alleinigen souveränen Kontrolle Israels und Palästinas“ entzogen und von einer „Treuhandschaft“ von fünf Staaten verwaltet werden, darunter auch von Israel und Palästina.

Ein Ende des Kriegs in Gaza soll auf folgender Grundlage erreicht werden:

- Rückgabe aller israelischen Geiseln an ihre Familien seitens der Hamas;

- Israel müsste die vereinbarte Anzahl von palästinensischen Gefangenen freilassen;
- Rückzug Israels aus dem Gazastreifen;
- Palästina sollte demnach in Gaza „eine neue, rechtmäßige und eigenverantwortlich handelnde Institution schaffen, deren Leitung keine Politiker der palästinensischen Parteien angehören“. Diese Institution ist mit der Palästinensischen Autonomiebehörde verbunden, jedoch „unabhängig genug, um die Akzeptanz des palästinensischen Volkes, der arabischen Nachbarn und der internationalen Staatengemeinschaft zu gewinnen.“ (Olmert und al-Qudwa 2024: 5)

Im November 2024 wurden Verhandlungen zwischen Israel und der Hisbollah für einen Waffenstillstand eingeleitet. Ob die Lage früher oder später in diesem Raum wieder eskaliert, bleibt ergebnisoffen. Mit dem Sturz des syrischen Langzeitdiktators Bashar al-Assad in den Morgenstunden des 8. Dezember 2024 wurde jedoch eine geopolitische Wende in der Region eingeleitet. Die von der Türkei unterstützte islamistische Miliz HTS erklärte sich zwar bereit, mit dem unter Assad dienenden Ministerpräsidenten Verhandlungen über die Bildung einer künftigen Regierung einzuleiten, die Demokratie im Land zum Durchbruch verhelfen und alle Ethnien in Syrien einbinden soll, ob jedoch die Millionen syrischen Flüchtlinge im Nahen Osten, der Türkei und in Europa und Australien in ein sicheres und stabiles Syrien zurückkehren können, bleibt ebenso ergebnisoffen. Israel hat bereits taktische Stellungen in Syrien besetzt und umfassende Chemie- und Raketenwaffenarsenale der syrischen Armee zerstört. Zudem sind nun die Waffenlieferungen des Iran über Syrien sowohl an die Hisbollah als auch an die Hamas weitgehend unterbrochen. Der Iran und die Russische Föderation haben an Einfluss im Nahen Osten, so scheint es nun, massiv eingebüßt.

Resümee und Ausblick

Der Machtkampf zur Interessendurchsetzung wird zwischen den globalen Akteuren USA, China, Indien, Russland politisch, wirtschafts- und verteidigungspolitisch noch härter ausgetragen werden. Obwohl seitens der russischen und der nordkoreanischen Führung vermehrt Kriegs- und Eskalationsdrohungen gegen die USA ausgesprochen werden, ist das Szenario eines atomaren Vernichtungskrieges als äußerst gering einzustufen. Russland und Nordkorea würden sich dabei selbst zerstören und sich ihrer jeweiligen Lebensgrundlagen berauben. Russlands Präsident Putin gab zwar bekannt, seine Nukleardoktrin dahingehend zu ändern, dass auch gegen Länder, die über keine Atomwaffen verfügen, jedoch mithilfe einer Nuklearmacht konventionell Russland angreifen, Atomwaffen eingesetzt werden können. Ein derartiger Schritt ist eindeutig gegen die USA und Großbritannien zu verstehen, der Ukraine doch noch Vorteile auf dem Schlachtfeld im Selbstverteidigungsrecht gegen Russland durch die Lieferung von hochmodernen Kurzstreckenraketen systemen zu verschaffen. Nicht zu vergessen ist jedoch, dass die USA und Großbritannien selbst Atommächte sind und ein russischer und nordkoreanischer Nuklearschlag selbst äußerst negative Folgen für Russland und Nordkorea hätte. Im russisch-ukrainischen Konflikt könnte 2025 tatsächlich ab der offiziellen Ernennung von Donald J. Trump als 47. Präsidenten der USA am 20. Januar zumindest ein Waffenstillstandsprozess eingeleitet werden – jedoch nicht mit absoluter Sicherheit. Für Europa bedeuten die

nächsten Jahre, mehr in ihre Verteidigung zu investieren, um so die transatlantische Sicherheitsarchitektur innerhalb der NATO wirksam militärisch auszubauen, zu stärken und so die Akzeptanz bei Donald J. Trump zu erhöhen, der im Jahr 2018 nicht nur eingemahnt hatte, die Verteidigungsziele gemäß den NATO-Schlussfolgerungen von Newport / Wales aus 2014 (u. a. 2 % des BIP für Verteidigung aufzuwenden), bis 2024 umzusetzen, sondern auch angedacht hatte, diese zu erhöhen (so auf 4 % des BIP für Verteidigung). Zudem planen die USA ab 2026 neue Raketen und Hyperschallwaffen in Deutschland zu stationieren – zunächst temporär, danach soll nach einer Auf- und Abbauphase entschieden werden, ob diese permanent in Deutschland stationiert werden. Es gilt aus Sicht des Westens weiterhin, Abschreckungsmaßnahmen gegenüber der Russischen Föderation auszubauen.

Literatur und Quellen

- Arbeiter, Armin (2024), „Auf so einen Krieg sind wir nicht vorbereitet“, Kurier, 26.10.2024, S. 9.
- Awan, Zamir Ahmed (2024), The Kazan Declaration and BRICS: Redefining Global Power Dynamics, Modern Diplomacy, 26.10.2024.
- Brands, Hal (2024), The Age of Amoralität. Can America Save the Liberal order Through Illiberal Means?, Foreign Affairs, March/April 2024, S. 104-120.
- BRICS 2024 Russia (2024), XVI BRICS Summit Kazan Declaration „Strengthening Multilateralism For Just Global Development and Security“, Kazan, Russian Federation, 23 October 2024.
- Burns, William J. (2024), Spycraft and Statecraft. Transforming the CIA for an Age of Competition, Foreign Affairs, March/April 2024, S. 74-85.
- Dzurinda, Mikuláš (2022), Vortrag anlässlich des 27. Europaforums des Austria Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) in Kooperation mit der Diplomatischen Akademie, Wien, 10.11.2022.
- Jessen, Norbert (2024), Die Angst vor einem Vier-Fronten-Krieg, Kurier, 7.06.2024, S. 9.
- Kälin, Fritz (2024), Mehr Gesamtverteidigung, weniger Neutralität, ASMZ. Sicherheit Schweiz. Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift, hrsgg. von der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, Nr. 10 – Oktober 2024, S. 4-6.
- O’Neil, Shannon (2024), The United States’ Missed Opportunity in Latin America. Economic Security Begins Closer to Home, Foreign Affairs, March/April 2024, S. 134-137.
- Penn, Ivan, Elliott, Rebecca F. (2024), U.S. ramps up the hunt for uranium, The New York Times International Edition, 30.09.2024, S. 9.
- Rüesch, Andreas (2024), Wann gehen Russland die Panzer aus?, Neue Zürcher Zeitung, 5.06.2024, S. 4 und 5.
- Salzburger Nachrichten (2024a), Der Kreml sagt jetzt auch „Krieg“, Salzburger Nachrichten, 23.03.2024, S. 4.
- Salzburger Nachrichten (2024b), Fast ganz Europa war zu Gast beim neuen britischen Premier, Salzburger Nachrichten, 19.07.2024, S. 5.
- Salzburger Nachrichten (2024c), „Wir können Russland besiegen“, Salzburger Nachrichten, 30.08.2024, S. 6.

- Schwalb, Reiner (2024), Russlands Weltordnung – ein antiwestlicher Bruch mit der Westfälischen Ordnung, Vortrag, Konferenz für Strategie und Sicherheitspolitik des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie (18.-20.09.2024), Landesverteidigungsakademie, 18.09.2024.
- Sendlhofer, Thomas (2024), Nato geht auf Konfrontation mit China, Salzburger Nachrichten, 12.07.2024, S. 5.
- Scholl, Stefan (2024a), Putin flirtet wieder mit dem atomaren Waffenarsenal, Salzburger Nachrichten, 22.06.2024, S. 6.
- Scholl, Stefan (2024b), Gegen alle Gepflogenheiten, Salzburger Nachrichten, 6.07.24, S. 5.
- Shotter, James, Cornish, Cloe (2024), Israel accused of tank raid on peacekeepers, Financial Times, 14.10.2024, S. 2.
- Taylor, William B. (2024), Let Ukraine into NATO. It's essential, The New York Times International Edition, 12.-13.10.2024, S. 1 und 10.
- The Economist (2024a), China's other TikToks. Banner or banned?, The Economist, 23.03.2024, S. 60-61.
- The Economist (2024b), Oil and beyond. The anti-Western axis, The Economist, 23.03.2024, S. 63-65.
- Tiroler Tageszeitung (2024), UNO befürchtet im Libanon Zustände wie in Gaza, Tiroler Tageszeitung, 9.10.2024, S. 12.
- Zur Nedden, Christina (2024), Wozu ist China fähig?, Interview mit Dan Smith, Direktor des Instituts SIPRI, Salzburger Nachrichten, 29.03.2024, S. 5.

Anmerkungen zur Gegenwart.

*„Denn selbst die dunkelste Stunde
hat nur 60 Minuten“ (?)*

von Felix Schneider

Vorliegender Text versteht sich nicht als klassischer historischer Aufsatz, sondern vielmehr als Anmerkungskatalog, als subjektive Momentaufnahme. Hier findet man also weder die üblichen Fußnotenorgien noch statistische Zahlenfriedhöfe – nichts von alledem. Es sind Zeilen, die eine Art „Momentan-Zustand“ unserer Gesellschaft festhalten sollen. Dass ein solches Unterfangen aus der Mickey-Maus-Perspektive des Verfassers heraus geschieht, ist dabei nicht zu vermeiden, ja sogar erwünscht (sonst wären es ja keine Anmerkungen, Anm. d. Verf.).

Der Blick auf den Titel lässt den Leser wahrscheinlich vorerst etwas ratlos zurück. Das ist verständlich. Das Zitat per se ist eine Textzeile aus dem Song „Mittendrin“ der deutschen Rock-Ikone Udo Lindenberg. Er beschreibt darin die turbulenten Zeiten, die er in seinem Leben mit seinen „Kumpels“ durchlief, und in denen er – auch wenn es mal schlecht stand – immer wieder den Mut fasste, „selbst in den heißesten Flammen das Stückchen Hoffnung“ noch zu suchen ...

Und darum soll es letztendlich gehen. Um die Hoffnung.

Die chinesische Verwünschung „Mögest Du in interessanten Zeiten leben“ trifft mittlerweile auf die allermeisten von uns voll und ganz zu. Und das nicht nur in Österreich. Das globale Dorf „Planet Erde“ meldet weltweit – so scheint es – nichts anderes mehr als Krisen, Katastrophen und Kriege. Die Welt scheint „aus den Fugen“, wie wir uns alle gegenseitig nur allzu gerne täglich bestätigen. Alles scheint im Argen, das meiste davon bereits im freien Fall. Immer öfter ertappen sich Angehörige meiner („Babyboomer“) -Generation dabei, Phrasen zu benutzen wie „zu meiner Zeit wäre das nicht möglich gewesen“, oder Schlimmeres.

Diese „Self-fulfilling prophecy“ lässt sich wunderbar im Alltagsleben bestätigen, wenn sie sich in tausend Kleinigkeiten, die uns aufregen (oder denen wir einfach nicht mehr gewachsen sind?), täglich wieder und wieder zu manifestieren scheinen.

Die Rezeption der „dunkelsten Stunde“ verdient jedoch dabei genaueres Hinschauen.

Zwei Parameter sind es, die die Liste der Negativa in den letzten Jahren inhaltlich anführten: der Krieg und der globale Klimawandel. Das Ganze zusammen, prioritär und medial, aber die Rückkehr des Krieges nach Europa, ließ den Begriff „Zeitenwende“ wieder auferstehen.

Zum Begriff der (neuen alten) „Zeitenwende“.

Wir erinnern uns: Ampelkanzler Olaf von Deutschland hält kurz nach Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine vor dem Deutschen Bundestag eine viel beachtete Rede, in der er von einer Zeitenwende spricht.

Und er sprach: *„Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor.“*

Starke Worte.

Andere Staatenlenker und -denker reagierten ähnlich. Aber: War das jetzt tatsächlich eine Zeitenwende?

Die erste Reaktion unserer weichgespülten Social-Media-Generation: Panik. (Pardon, stimmt eigentlich nicht. Die allererste Reaktion war wahrscheinlich, bei Wikipedia nachzuschauen, was *Krieg* überhaupt bedeutet. Dann erst Panik.)

Putin *ante portas*! Droht jetzt der Atomkrieg? Augenblicklich war alles anders: alles im Umbruch, alle Fronten durchstoßen, alle Dämme gebrochen, selbst sonst besonnene Medien eierten aufgeregt durcheinander wie hysterische Hendl'n kurz vor ihrem Endspiel im Wienerwald-Grill.

Also ab in die Bunker? Nur – da waren ja gar keine Bunker mehr! Da suchst Du mit einem Jahresvorrat an Klopapier unter dem Arm nach Schutzräumen, nur um festzustellen, dass keine mehr da sind!

Bis Ende der 1980er mussten bei uns Häuser noch Luftschutzräume mit Filter haben. Aber als der „Westen“ nach der ersten „Zeitenwende“, nämlich jener von 1989, einseitig beschloss, den Krieg in Europa abzuschaffen, hat man in Österreich flugs die Bauvorschriften geändert, um Kosten zu sparen. Keine Schutzräume mehr. Verkriechen war also nicht.

Die martialische Alternative zum Schutzraum konnte daher nur noch heißen: Munition zu mir!

Tja die alte G'schicht mit der Munition ... Bitte schön, das wäre jetzt ein ganz unpassender Zeitpunkt! Ganz schlechtes Timing.

Nicht, dass wir früher viel Munition gehabt hätten, Gott bewahre. Wo kämen wir denn da hin, wenn wir unsere Heere in Europa mit genügend Munitionsvorräten für den Ernstfall ausstatteten? Sie wollen Munition? Kommen Sie in zwei Jahren wieder!

Nicht einmal Nebelkerzen hatten wir mehr in Europa. Gerade diese waren nämlich jahrelang von der europäischen Politik in Form einer erbarmungslosen Friedensdividende, einer selbst gesunde militärische Glieder amputierenden *Transformation*, des *Pooling and Sharing*, der Neuerfindung der *Hybridität*, der Neuerfindung der *asymmetrischen Kriegsführung*, der Neuerfindung der *Resilienz*, kurz und gut der zahllosen Reformen zu tausenden verschossen worden, um damit immer weiter sinkende Heeresbudgets zu vernebeln. Und mit wenigen Ausnahmen geschah dies leider auf gesamteuropäischer Ebene.

Krieg, Energiekrise, Lieferkettenkrise, Nahrungsmittelkrise, Inflationskrise ... – also doch eine richtige Zeitenwende? Eine globale Zeitenwende? Mit weltweiten Auswirkungen auf die Menschen?

Was ist denn bitte schön wirklich passiert?

- Wir sind in Europa aus einem Traum erwacht – gut.
- Wir waren 30 Jahre mit Herrn Putin beim Heurigen und sind mit einem Kater aufgewacht – gut.
- Wir stellen überdies fest, dass wir die 30-jährige Zeche nun bezahlen müssen – gut.

Aber das war's doch dann eigentlich schon, oder? Alle Verwerfungen haben sich in den letzten zwei Jahren wieder einigermassen gelegt. Bis auf den Krieg.

Wir halten also fest: Es ist Krieg im militärhistorisch gesehen mit Abstand kriegsrischsten Kontinent der Geschichte. Das ist in etwa genauso überraschend wie die Erkenntnis, dass die Erde rund ist.

Europa lernt wieder Krieg. In einem Kontinent, in dem Krieg über Jahrhunderte hinweg leider eher der Normal- als der Ausnahmezustand war. Ich persönlich kann für die letzten 2000 Jahre Militärgeschichte zumindest keine einzige Generation einer der großen Militärmächte benennen, die zu Lebzeiten nicht zumindest in eine oder mehrere kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt gewesen wäre. Allein zwischen 1500 und 1800 nach Christus fanden in Europa 450 Kriege mit über 1.000 Schlachten statt. Das sind 1,5 Kriege pro Jahr mit 3 oder mehr größeren Schlachten.

Man sollte meinen, diese Erfahrungen wären praktisch in die europäischen Gene übergegangen. Wir sind ein Kontinent, deren Bewohner sich seit Ötzis Zeiten praktisch ununterbrochen gegenseitig in die Fresse hauen.

Und da soll ein Krieg, der sich seit Monaten darin äußert, dass mit Schwerpunkt um vergleichsweise unwichtige Kleinstädte gerungen wird, uns Europäer schockieren? Wir sollten lieber zur grausamen europäischen Normalität zurückkehren und die Sache nüchtern betrachten, statt jedes Mal gleich panisch zu werden, wenn im Donbass wieder mal ein Schrebergarten seinen Besitzer wechselt.

Selten hat der Untertitel einer öffentlichen Broschüre in Österreich so viel Aufsehen erregt, wie das „Risikobild 2024“. Sein Titel lautete: *Welt aus den Fugen*. Damit aber nicht genug. Der Chefplaner des ÖBH ließ bei der Präsentation der Broschüre den Satz fallen lassen, Österreich müsse „kriegsfähig werden“. Großes Hallo im österreichischen Blätterwald war die Folge! Kriegsfähig – hat der Mann wirklich „kriegsfähig“ gesagt?

Umfragen auf der Straße wurden gestartet: Kriegsfähiges Bundesheer? Wie schon üblich wurde da auch die Rolle der NATO angesprochen und damit verbunden die geographische Lage Österreichs. Der Tenor der Straße hörte sich komprimiert ungefähr so an:

1. Kriegsfähig sein brauch' ma net, denn
2. uns kann eh' nix passieren, weil
3. wir sind von NATO-Staaten umgeben. Daraus folgt:
4. Ätschi-Bätschi!

Jetzt muss man kein Fan der NATO sein, bitte mich nicht falsch zu verstehen. Aber auf der einen Seite bei jeder sich bietenden Gelegenheit die neutrale *Splendid Isolation* heraushängen lassen, um sich dann auf Nachfrage gemütlich zurückzulehnen und festzustellen, man sei ja eh vom befreundeten NATO-Speck umgeben, ist einfach nicht seriös.

Man sollte solche Umfragen jetzt nicht allzu ernst nehmen, aber diese *voces populi* werden schon seit Langem jenseits unserer Grenzen genau registriert. Sönke Neitzel, seines Zeichens der momentan „gehypteste“ Militärhistoriker Deutschlands, hatte 2023 in einem Interview sogar gemeint, Österreich mache es sich „im Windschatten der Geschichte bequem“.

Hier liegt in der nahen Zukunft vor allem in der geistigen Landesverteidigung noch ein großes Stück Aufklärungsarbeit vor uns. Auch – und vor allem – an Schulen.

Zurück zu Generalleutnant Hofbauer und die von ihm zu Recht eingeforderte Kriegsfähigkeit. Was ist denn an dem Satz jetzt wirklich so verwerflich gewesen, frage ich mich? Von jedem Produkt, das wir im Laden kaufen, erwarten wir ja auch, dass es genau das tut, wofür es produziert wurde. Wenn sie beim Supermarkt ihres Vertrauens eine Wurstsemmel kaufen, kaufen Sie diese ja auch nicht, um sie daheim als Traumfänger über das Bett zu hängen! Dafür wurde die Wurstsemmel nicht produziert.

Und so ist es auch beim Bundesheer: aufgestellt zur militärischen Landesverteidigung. Soviel ich weiß, ist Art. 9a, Bundesverfassung, noch immer in Kraft. Und AUS.

Keine andere Bestimmung haben wir.

But now, ladies and gents, something completely different – vom Zeitenwandel zum Klimawandel.

Das Problem des Begriffs: Was stellen wir uns unter einem Wandel vor? Ein Wandel hat für die meisten von uns viel von Behäbigem, jedenfalls nicht allzu zu Raschem. Ich bezeichne das Ganze daher lieber als Klimakatastrophe.

Der menschengemachte Klimawandel ist wie ein Monster, das wir schon in den 1990ern am Horizont erblickt haben. Und statt sich für die Konfrontation zu rüsten, haben wir es seitdem nicht nur nicht bekämpft, sondern durch unseren CO₂-Ausstoß auch noch zusätzlich gefüttert. Und auf einmal sind alle verwundert, dass sich das Monster bereits in Sprungdistanz befindet? (Was uns im Übrigen nicht davon abhält, es weiter zu füttern.)

António Guterres, seines Zeichens Generalsekretär der Vereinten Nationen, erklärte anlässlich der Vorstellung des Berichtes des Weltklimarates IPCC 2022:

„Ich weiß, dass die Menschen überall ängstlich und wütend sind. Ich bin es auch. Jetzt ist es an der Zeit, der Wut, Taten folgen zu lassen. Jeder Bruchteil eines Grades zählt. Jede Stimme kann einen Unterschied machen. Und jede Sekunde zählt.“

Jeder Bruchteil eines Grades. 2024 war der heißeste Sommer der Klimageschichte gewesen. Davor war 2023 der heißeste Sommer der Klimageschichte gewesen. Und davor war 2022 der heißeste Sommer der Klimageschichte gewesen usw. usw. ...

Momentan sind etwa 0,8 Prozent der Erdoberfläche im Sommer bereits so heiß, dass die Gattung *Homo sapiens* dort nicht mehr existieren kann. Wenn die Erdatmosphäre sich um 3 Grad erhitzen sollte – und das ist die momentane Annahme (und nicht einmal die schlimmste) – so wird der Anteil der nicht mehr bewohnbaren Fläche auf diesem Planeten bis 2070 von 0,8 auf 19,7 % angestiegen sein. Dort leben momentan aber 1,5 Milliarden Menschen.

Der Klimawandel ist eine Katastrophe mit Ansage.

Wenn wir Bilder vom Klimawandel in den Nachrichten zu sehen bekommen, was sehen wir dann? Verdorrte Weideflächen in Afrika, Überschwemmungen in Kalifornien, Waldbrände in Griechenland. Alles weit ... weit ... weg. Wenn Sie bei uns Bilder vom Klimawandel sehen wollen, stellen Sie sich in Tirol auf die A10 Tauernautobahn und schauen Sie sich den Stau an. Und dann atmen Sie an einem heißen Sommertag dort tief ein. Das ist der Klimawandel, alles andere die unmittelbaren Konsequenzen.

Und die Einschlüge kommen näher. Das Verharren in alten Gewohnheiten ist hierbei das Hauptproblem. Der (ehemalige) deutsche Bundesfinanzminister Lindner hatte letztes Jahr den Ukrainekrieg in Kausalzusammenhang mit einem Wohlstandsverlust in Deutschland öffentlich thematisiert und damit viele Emotionen geweckt. Lieber Herr Lindner, verglichen mit dem Wohlstandsverlust, der uns allen droht, wenn wir den Klimawandel nicht abzuschwächen in der Lage sind, ist der Ukrainekrieg auf gut wienerisch a Lercherlsch ...

Wenn es um gedruckte Zahlen geht, war die Klimakrise lange leicht zu verniedlichen. Beispiel: Der internationale Flugverkehr scheint in den offiziellen CO₂-Statistiken der Nationen überhaupt nicht auf. Auch nicht die Dreckschleudern, die man als Kreuzfahrtschiffe bezeichnet. Weil weder das Kerosin noch der Schiffsdiesel speziellen Nationen zugerechnet werden. Weder dem Land, in dem die Reise beginnt, noch dem Zielland. Und auch nicht der Fluggesellschaft oder dem Flugzeughersteller oder sonst wem! Wesentliche Elemente werden also gar nicht berücksichtigt.

Zum Vergleich: Der weltweite Ausstoß an Treibhausgasen des gesamten Flugverkehrs ist mit 785 Mill. Tonnen (2023) eine Menge, die jener der europaweit führenden Industrienation, nämlich Deutschland, entspricht. Auf jeden Fall also keine vernachlässigbare Größe.

Auch das Militär ist bereits Thema, lässt sich aber nicht wirklich in die Karten schauen. Das renommierte US-Wissenschaftsperiodikum „Nature“ berichtet beispielsweise, dass der CO₂-Verbrauch der US-Luftwaffe alleine dem Ausstoß von 6 Millionen PKW entspricht. Die gesamte US-Army stößt gleich viel Treibhausgase aus wie etwa Schweden.

- In Spanien ging man im Januar 2024 bei Lufttemperaturen von 30 Grad ins Meer baden.
- Bei Überschwemmungen in Pakistan waren 33 Millionen (!!) Menschen betroffen.
- An Kaliforniens Küsten brachen sich 10 m hohe Wellen – aber ohne Tsunami!
- Erste Tornados wurden in Europa gesichtet.
- Die Meteorologen fordern eine neue Kategorie bei Wirbelstürmen, nämlich die „Kategorie 6“, d. h. mit Geschwindigkeiten über 300 km/h. Nicht für die Zukunft: für SOFORT – im letzten Jahr gab es bereits sechs Wirbelstürme der (noch gar nicht existierenden) Kategorie 6, fünf davon im Pazifik, einen in der Karibik ...
- Der Twaites-Gletscher in der Antarktis droht zu brechen. Das Problem mit ihm: Er hat ähnlich der Funktion eines Korkens eine Art Stöpsel-Funktion. Wenn er bricht, stürzen Milliarden Tonnen Süßwasser hinterher. Er wird deshalb auch „Doomsday-Gletscher“ genannt. Wenn der westantarktische Eisschild zerbricht und sich auflöst, ist mit einem massiven Meeresspiegelanstieg zu rechnen. In diesem speziellen Fall von bis zu vier Metern.
- Der Golfstrom droht abzureißen, was dramatische Folgen für das europäische Wetter mit sich bringen würde.
- Schon heute sind mehr als 100 Millionen Menschen auf der Flucht. Klimaflüchtlinge.

Sie werden fragen, was man angesichts dieses Wahnsinns tun kann?

Die Antwort ist einfach: ALLE ALLES.

Alle müssen alles tun, was sie können. Vielleicht, vielleicht können wir noch etwas bewirken.

Wie heißt es so schön: Auch der Flügelschlag des Schmetterlings bewegt das Universum. Der einprägsame Begriff „Schmetterlingseffekt“ stammt von dem US-amerikanischen Meteorologen Edward N. Lorenz und ist ein Begriff aus der Chaostheorie. Tritt das Schlagen eines Schmetterlingsflügels in Brasilien einen Tornado in Texas los?

Irgendwie ist das traurig. Wie verzweifelt müssen wir sein, wenn wir jetzt schon auf die wenig erforschte Chaostheorie unsere Hoffnungen setzen, dass wir vielleicht doch noch mit einem blauen Auge davonkommen?

Es wird vielleicht einmal eine Zeit kommen, da werden sich die Menschen der Zukunft fragen, wie in Gottes Namen es möglich war, dass die heutige Menschheit nicht früher und besonnener gehandelt hat.

Es wird vielleicht einmal eine Zeit kommen, da werden sich die Menschen der Zukunft der „Klimakleber“ erinnern – das Einzige, was sie taten, war, sich hin und wieder in der Rushhour am Asphalt festzukleben. Ärgerlich, keine Frage. Zuweilen sogar sehr ärgerlich.

Aber: Was sind das eigentlich für Leute, was wollen sie?

Wenn die Zeit reif ist, über diese Klimaaktivisten ein besonnenes Urteil zu fällen, was wird man schreiben, wie wird man sie sehen? Wird man sie als chaotische Spinner bezeichnen oder als verzweifelte Rufer in der Wüste? Werden ihre Aktionen als geradezu kindlich naiv dem gegenüber erscheinen, was uns erst noch erwartet(e)?

Der Klimawandel wird zusehend nicht mehr besser, wegsehend aber auch nicht! D. h. mit unseren bewährten situationselastischen Maßnahmen kommen wir nicht mehr ans Ziel.

Das Problem der heutigen Politik – und ich meine hier durchaus nicht nur die österreichische – ist, dass diese in erster Linie aus Verwalten besteht. Aus der Verwaltung eines bestehenden komplizierten Konglomerates mit Namen Wohlstandsgesellschaft.

Das reine Verwalten reicht schon längst nicht mehr. Wenn wir das Problem in den 90ern politisch erkannt hätten, möglicherweise. Wissenschaftlich war das bereits der Fall, aber die Stimmen zu wenig zahlreich und zu wenig laut. Aber dieser Zug ist längst abgefahren. Jetzt braucht es unpopuläre Gestalter, keine Verwalter, die auf den nächsten Wahltermin schielen und mit Populismus politisches Kleingeld wechseln.

Wenn es nicht gelingt, unsere Beharrungskräfte in Bewegung zu bringen, bevor es zu spät ist, werden wir untergehen – wie andere Hochkulturen untergegangen sind, die keine Antworten auf Fragen ihrer Zeit gefunden hatten.

Aber wenn früher Großreiche oder politische Systeme untergingen – und das taten sie letztendlich alle – so war das letztlich immer ein doch „nur“ regionales (manchmal auch kontinentales) Ereignis, eine begrenzte strukturelle Katastrophe, die zwar meist mit langen Nachwehen verbunden war, aber irgendwann auch Platz für etwas Neues schaffte. Das Ende des Ersten Weltkrieges mit seiner konsekutiven Wiederauflage 1939-45 und schließlich der demokratischen Erneuerung (West-)Europas ab 1945 und schließlich auch von Teilen Ost- (Mittel-)Europas ab 1989 ist eines von vielen Beispielen dafür.

Für den Klimawandel gelten leider andere Gesetze. Deshalb hat unsere dunkelste Stunde leider nicht nur 60 Minuten. Das Problem ist von vorneherein nicht nur ein globales, sondern auch eines, das (leider) nicht vergeht, selbst wenn politische Strukturen wechseln. Selbst Pandemien gehen irgendwann zu Lebzeiten eines *Homo sapiens* einmal vorbei (zumindest bis dato). Der Klimawandel aber bleibt bestehen – wie (vorerst) leichte Zahnschmerzen, die man zwar temporär ignorieren kann, aber

mit Sicherheit nicht besser werden, solange man sich nicht Hilfe sucht oder das Übel im wahrsten Sinne des Wortes „an der Wurzel“ packt.

Wie macht man auf Probleme aufmerksam, die keiner hören will?

Nehmen wir einmal an, sie glauben, im Besitz einer Wahrheit zu sein, die niemand hören will. Die Politik nicht und auch die Medienlandschaft nur selektiv. Noch dazu ist es eine Wahrheit, die mit Verzicht gepaart ist. Mit Konsumverzicht, dem Antichristen des Kapitalismus.

Was muss man in Österreich tun, um Aufmerksamkeit zu erregen, ohne dass man Mörtel Lugner heißt? Um auf einen Missstand aufmerksam zu machen? Um zu warnen? Um die Gesellschaft aufzurütteln? Auf dem Ballhausplatz brav mit einem Plakat stehen und sich ignorieren lassen?

„Letzte Generation“ nennen sich die Klima-Aktionisten.

- Wenn Sie wissen wollen, wer die Eltern dieser Generation sind – schauen Sie mit mir zusammen in den Spiegel!
- Wenn Sie wissen wollen, wer der Adressat Ihres Zorns ist – schauen Sie mit mir zusammen in den Spiegel!
- Und wenn Sie wissen wollen, wer alles dieser letzten Generation angehört – siehe oben.

Wir stellen fest: Wir alle sind Kinder der letzten Generation. Die letzte Generation, die es in der Hand hat, diesen Klimawahnsinn noch abzuschwächen.

Zum Schluss aber Zeit für tröstliche Nachrichten.

Auch wenn ich am Ende Udo Lindenberg widersprechen muss: Die dunkelste Stunde, die der Menschheit droht – so sie nicht doch noch die Notbremse zieht – hat wohl doch weit mehr als nur 60 Minuten ...

Trotzdem: In einer Million Jahren ist alles überstanden. Für die Evolution freilich nur ein Wimpernschlag.

Der blaue Planet wird wieder blau sein – oder auch weiß, wenn die nächste Eiszeit alles von Menschenhand Geschaffene endgültig weg gehobelt haben wird. Die Luft wird wieder sauber sein, die Meere wieder klar.

Wie sangen schon die beiden berühmtesten österreichischen Klimaforscher Hans Moser und Paul Hörbiger? *„Es wird a Wein sein, und wir wern nimmer sein!“*

Wie wahr – *in vino veritas!* Der dann wieder wilde Wein wird auf den Hängen des Donautales wachsen, wenn es uns schon lange nicht mehr gibt ...

Weltmacht USA

Fakten und Folgerungen zu den Wahlen 2024

von Andreas Wenzel

Mit den Wahlen vom 5. November 2024 wird der rechtskonservative Republikaner Donald J. Trump als 45. und nun auch als 47. US-Präsident in die Geschichtsbücher eingehen. Trump hat zahlreiche Reformen in seinen Wahlversprechen angekündigt, mit teils massiven Auswirkungen auf nationaler sowie internationaler Ebene.

Das oberste Ziel des designierten Präsidenten ist es, den USA zur „alten Größe“ zu verhelfen: *Make America Great Again!* Die erreichte Mehrheit der Republikaner in beiden Häusern des Kongresses, Senat und Repräsentantenhaus, unterstützt grundsätzlich eine rasche Umsetzung seiner Agenda, zumindest bis zu den Zwischenwahlen in zwei Jahren. Voraussetzung ist der Schulterschluss aller republikanischen Kongressabgeordneten – gerade dahingehend besteht jedoch Zweifel. Die sog. *checks* und *balances* könnten schon zu Beginn seiner Amtszeit ihre Wirkung entfalten und das kolportierte „machtvolle Mandat“ in die Schranken weisen.

Zahlreiche medial instrumentalisierte „negative“ und „angstbesetzte“ Darstellungen über die Folgen seiner rechtskonservativen Vorhaben bedürfen jedoch einer näheren Betrachtung. Insbesondere die Frage, ob die USA in einer Welt im Umbruch, in der das „Groteske“ zur Normalität geworden ist, nicht eine anders gestrickte, von gewohnten Mustern „ver-rückte“ Führung benötigen, um das nationale Überleben und insbesondere den Machtanspruch als globaler Hegemon sicherzustellen?

Die Krise besteht gerade darin, dass das Alte stirbt und das Neue nicht geboren werden kann: in diesem Interregnum treten die verschiedensten krankhaften Erscheinungen auf.

Antonio Gramsci¹

Präsidenten- und Kongresswahlen 2024 – eine Zusammenfassung

Entgegen den landesweiten Umfragen, die wochenlang ein Kopf-an-Kopf-Rennen prognostizierten, setzte sich der Republikaner Donald J. Trump mit seinen Vizepräsidentenskandidaten, James David Vance, gegen die demokratische Kandidatin Kamala Harris und ihr *Running Mate* Tim Walz, mit 312 zu 226 Wahlleuten deutlich durch. Ausschlaggebend für den Wahlerfolg waren v.a. die Siege in sämtlichen *Swing States*². Themen wie Teuerung, Wirtschaft, illegale Zuwanderung und Kriminalität beherrschten den Wahlkampf und führten letztlich zum Sieg des republikanischen Spitzenkandidaten. Erfolgsverstärkend erhielt Donald J. Trump mit 49,9 % zu 48,4 % zudem die Mehrheit aller insgesamt abgegebenen Stimmen. Somit ist Trump der erste Republikaner seit George W. Bush im Jahre 2004, der sowohl die *electoral vote*, als auch die *popular vote* bei den Präsidentenwahlen für sich gewinnen konnte (vgl. The Washington Post 2024b).

Bezüglich der Wählerstromanalyse, bei der in den USA auch die ethnische und religiöse Zugehörigkeit abgefragt werden, zeigte sich, dass Trump die Unterstützung von „weißen“ Christen erhielt, Harris hingegen v. a. von „Schwarzen“, „Latinos/Hispanics“, „Asiaten“ und Personen aller anderen (Nicht-) Konfessionen. Insbesondere Männer, Personen mittleren Alters (45 bis 64 Jahre) und die Wählerschicht ohne Hochschulabschluss³ wählten mehrheitlich Trump. Dabei konnte der republikanische Kandidat v.a. bei den Themen Immigration, Wirtschaft und Außenpolitik überzeugen (vgl. The Washington Post 2024a).

In den USA wird das Staatsoberhaupt nicht direkt durch das Volk, sondern indirekt über Wahlleute gewählt. Deren Anzahl pro Bundesstaat entspricht der jeweiligen Anzahl der Abgeordneten im Kongress. Zudem wird das Mehrheitswahlrecht mit dem „*The Winner Takes it All*“-Prinzip angewendet. Folglich erhält jener Präsidentenchaftskandidat, der die Mehrheit der Stimmen in einem Bundesstaat gewinnt, alle Sitze dieses Gliedstaates im *Electoral College*. Am 6. Jänner 2025 tritt dieses Wahlkollegium im Kongress zusammen, um nach der Auszählung der Stimmen das formelle Ergebnis der Präsidentenchaftswahlen bekannt zu geben. Für die offizielle Ernennungszeremonie des 47. US-Staatspräsidenten ist der 20. Jänner 2025 festgelegt.

Neben der Wahl der neuen Administration fanden am 5. November 2024 Kongresswahlen statt. Dabei wurden alle 435 Sitze im Repräsentantenhaus sowie ein Drittel

¹ Zitat durch den Verfasser nach dem italienischen Original übersetzt, welches der Historiker, Philosoph und Politiker Antonio Gramsci in der Zwischenkriegszeit (1930) in politischer Gefangenschaft verfasste: „La crisi consiste a punto nel fatto che il vecchio muore e il nuovo non può nascere: in questo interregno si verificano i fenomeni morbosi più svariati“ [Antonio Gramsci (1891-1937), *Quaderni del carcere*, (Q 3, §34, p. 311)]. Die „fenomeni morbosi“ werden wörtlich als „krankhafte Erscheinungen“ oder interpretiert sogar als „Monster“ übersetzt. Übertragen auf die heutige Zeit, insbesondere mit der Begriffsarbeit der modernen Psychologie (siehe Klassifikation psychischer Störungen: DSM bzw. ICD), trifft die sinngemäße Übersetzung „gestörte Erscheinungen“ eher den Kern der Aussage.

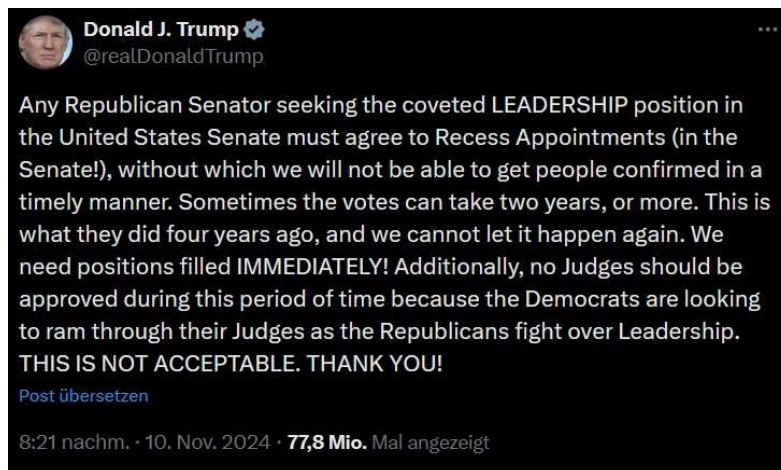
² Dazu gehören die Bundesstaaten: Arizona, Georgia, Michigan, Nevada, North Carolina, Pennsylvania und Wisconsin.

³ Personen mit „geringerer“ Bildung zählen großteils zu den Geringverdienern und sind daher stärker von der Teuerung getroffen.

der insgesamt 100 Sitze des Senats neu gewählt. Den Ergebnissen zufolge stellen die Republikaner künftig 53 Senatoren. Damit brechen sie das erste Mal seit 2018 die Mehrheit der Demokraten im Oberhaus, welche diesmal nur 47 Mandate erreichten (vgl. The New York Times 2024b). Zudem konnten die Republikaner im Unterhaus mit 220 zu 215 Sitzen die Mehrheit halten (vgl. The New York Times 2024a).

Der neugewählte Kongress wird am 3. Jänner 2025 zur konstituierenden Sitzung zusammentreten. Die Kongressabgeordneten verfügen über zahlreiche Kontrollfunktionen (*checks and balances*) und können auch ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten einleiten.

Der designierte US-Präsident benötigt für die Ernennung hoher politischer Beamter und Bundesrichter eine Bestätigung mit einfacher Mehrheit (51 Stimmen) im Senat. Trump hat bereits einen Sonderplan angekündigt, um die Zustimmung des Senats im Anlassfall umgehen zu können. Demnach würde eine Sonderklausel der Verfassung (*Recess Appointment*) dem US-Präsidenten bei einer mindestens zehntägigen Sitzungspause des Senats erlauben, die Ernennung der Spitzenpositionen in der US-Administration (*v. a. Secretaries of State*), sowie Richter, Botschafter und weiterer hunderter Spitzenbeamte selbst durchzuführen. Diese Ernennungen würden höchstens für die Dauer einer Sitzungsperiode, d. h. für zwei Jahre, gültig sein. Folglich gute Voraussetzungen für einen schnellen Beginn bei der Umsetzung der Agenda, zumindest bis zu den Zwischenwahlen (vgl. AFP und ZDF 2024).



Referenzlink: <https://x.com/realDonaldTrump/status/1855692242981155259> [08.12.2024]

Die *Recess Appointment*-Klausel war bis zum Jahre 2014 gängige Praxis und wurde u. a. von Ronald Reagan, George W. Bush oder Barack Obama zur Anwendung gebracht. Das *Supreme Court* stoppte diese veraltete Methode aus dem 18. Jahrhundert, um die Umgehung des Senats hintanzuhalten. Dennoch hält auch der neue republikanische Mehrheitsführer im Senat, John Thune, die Anwendung dieser Klausel im Falle der Verzögerung des Nominierungsprozesses durch die Demokraten für ein probates Mittel (vgl. AFP und ZDF 2024). Die praktische Umsetzung bleibt jedoch eine Herausforderung. Denn seit 2014 besteht die Vorgabe des *Supreme Court*, dass der Senat eine mindestens zehntägige Pause einlegen muss, bei der die Abgeordneten Washington verlassen müssten.

Republikanische Gesetzesvorhaben, für die im Senat eine Mehrheit von 60 Stimmen notwendig wären, könnten in Finanzgesetze (nur einfache Mehrheit erforderlich)

eingeflochten werden, um diese *Super Majority* zu umgehen. Darunter würden Trumps angekündigten Gesetzesinitiativen zur Senkung der Unternehmenssteuern, Einführung von Zöllen und der Finanzierung des fehlenden Grenzmauer-Abschnittes zu Mexiko fallen. Zudem könnten so die Gesetze der demokratischen Vorgänger-Administrationen aufgehoben werden. Dazu gehören v.a. Obamas *Affordable Care Act* („Obamacare“) oder Bidens *Inflation Reduction Act* und die damit verbundenen Klimaschutzmaßnahmen.

Im Repräsentantenhaus ist die republikanische Mehrheit von den benötigten 218 Stimmen eher knapp als eindeutig. Zwar wird der derzeitige *Speaker* Mike Johnson mit Unterstützung des designierten Präsidenten sein Amt behalten dürfen, jedoch sollen zwei Abgeordnete seiner Fraktion in die Trump-Administration wechseln: Elise Stefanik als VN-Botschafterin und Mike Waltz als Nationaler Sicherheitsberater. Zudem hat Matt Gaetz, der zwischenzeitlich auch als Justizminister genannt worden war, aufgrund zahlreicher schwerwiegender Vorwürfe auf sein Abgeordnetenmandat verzichtet. Beim Ausscheiden von Abgeordneten müssen Nachfolger in ihren Bundesstaaten neu gewählt werden. Bezüglich der Nachfolger von Gaetz und Waltz wird in Florida erst am 1. April 2025 neugewählt. Darüber hinaus ist der Nachwahltermin in New York für die Stefanik-Nachfolge noch offen (vgl. Sattar 2024).

Die Mehrheit im Repräsentantenhaus bedeutet für die Republikaner auch die Fortsetzung der Kontrolle über die wichtigsten Ausschüsse für Trumps Wahlversprechen, *Departments* zu reformieren oder gänzlich abzuschaffen. An oberster Stelle befindet sich hierzu der „Ausschuss für Aufsicht und Rechenschaft“ (*United States House Committee on Oversight and Accountability*).

Project 2025 und Agenda 47 – Make America Great Again!

Bezüglich der möglichen Inhalte der Agenda des 47. Präsidenten haben über 400 konservative Experten aus Politik und Wissenschaft Handlungsvorschläge ausgearbeitet. Die konservative Denkfabrik *The Heritage Foundation* veröffentlichte die Ergebnisse im April 2023 in Buchform mit dem Titel *Mandate for Leadership – The Conservative Promise* (*The Heritage Foundation* 2023). Die politischen Empfehlungen beziehen sich v.a. auf Grenzsicherung und Massendeportationen von illegalen Immigranten, Förderung fossiler Energiequellen und Beendigung des „Klimafanatismus“. Zusätzlich werden der Abbau des *deep state*⁴ und „Rückgabe der Regierungsgewalt an den Kongress und den Präsidenten“, Förderung der Todesstrafe, sowie Verbesserungen im Bildungssystem aufgelistet (vgl. *The Heritage Foundation* 2024b). Die Autoren beabsichtigen, den „nächsten Präsidenten“⁵ bestmöglich bei der „Rettung der Republik“ zu unterstützen, um den „Schaden der Linken“ durch strikt konservative Politik zu beseitigen. Während der Beginn von Donald Trumps 45. Präsidentschaft eher unvorbereitet verlief, soll nun über das von der *Heritage Foundation* organisierte *Project 2025 – Presidential Transition Project* eine rasche, profes-

⁴ Dabei handelt es sich um den Mythos, dass in Washington im Verborgenen Regierungsbeamte regieren, die Trump in seiner Amtszeit entgegenwirkten. Im Wahlkampf hatte Trump bereits angekündigt, Sonderermittlungen gegen politische Gegner (etwa die Biden-Familie) starten zu wollen.

⁵ Die Gründer von *Project 2025* betonten ausdrücklich die Unterstützung des „nächsten konservativen Präsidenten“, ohne persönlichen Bezug zu Trump. Das *Project 2025* wurde 2022 ins Leben gerufen, zu einer Zeit deutlich vor der Kandidatur eines bestimmten Kandidaten.

Vgl. *The Heritage Foundation* 2023, S. 4.

sionelle Umsetzung erfolgen. Für diesen Zweck wurde ein 180-Tage-Plan vorbereitet, der mit dem Tag der Amtseinführung am 20. Jänner 2025 beginnen könnte. Zusätzlich erfolgte über die *online* Projektplattform eine Unterstützung bei der Rekrutierung und Ausbildung von loyalen konservativen Kandidaten für die *Presidential Administration* sowie die Vernetzung zahlreicher konservativer Organisationen (vgl. The Heritage Foundation 2024a).

Donald Trump hat sich wiederholt über Medienkanäle vom *Project 2025* distanziert, doch inhaltlich entspricht es in zentralen Punkten seinen politischen Positionen. Laut einem Bericht des Senders CNN waren mindestens 140 ehemalige Mitarbeiter der früheren Trump-Administration an der Ausarbeitung des *Project 2025* beteiligt (vgl. Contorno 2024).

Kritiker, darunter der Verfassungsrechtler Erwin Chemerinsky, beschreiben das *Project 2025* sinngemäß, „als eine Anleitung für den Rückbau der Demokratie, hin zu einer autoritären Herrschaftsform“ (vgl. Reinle 2024).

Neben zahlreichen inhaltlichen Überschneidungen vom *Project 2025* mit Trumps politischer *Agenda 47* ist insbesondere sein Vorgehen gegen den sog. *deep state* einer genaueren Betrachtung zu unterziehen. Präsident Trump hat einen Zehn-Punkte-Plan angekündigt, um diesen aufzulösen und die Demokratie des amerikanischen Volkes von der „Korruption in Washington“ zurückzugewinnen:

1. On Day One, re-issue 2020 executive order restoring the president's authority to fire rogue bureaucrats.
2. Overhaul federal departments and agencies, firing all of the corrupt actors in our National Security and Intelligence apparatus.
3. Fundamentally reform the FISA courts, ensuring that corruption is rooted out.
4. Establish a Truth and Reconciliation Commission to declassify and publish all documents on Deep State spying, censorship, and abuses of power.
5. Launch a major crackdown on government leakers who collude with the media to create false narratives, pressing criminal charges when appropriate.
6. Make every Inspector General's Office independent from the departments they oversee, so that they do not become protectors of the deep state.
7. Establish an independent auditing system to continually monitor our intelligence agencies to ensure that they are not spying on our citizens or running disinformation campaigns against the American people.
8. Continue Trump administration effort to move parts of the federal bureaucracy outside of the Washington Swamp, just like President Trump moved the Bureau of Land Management to Colorado. Up to 100,000 government positions could be moved out of Washington.
9. Ban federal bureaucrats from taking jobs at the companies they deal with and regulate, such as Big Pharma.
10. Push for a constitutional amendment to impose term limits on members of Congress. (donald-jtrump.com 2023)

Trump fordert mehr Macht für den Präsidenten. Über das „Weiße Haus“ soll möglichst straffe Kontrolle über alle Bundesbehörden, darunter auch das *Department of Justice*, ausgeübt werden können. Bei den Bundesbehörden sollen tausende Beamte durch loyale Rechtskonservative ersetzt werden, welche über das *Project 2025* rekrutiert und ausgebildet bereitstehen.

Im Bereich der Förderung der Kosteneffizienz soll für Elon Musk das *Department of Government Efficiency* geschaffen werden. Dessen besagtes Ziel in dieser vorwiegend „beratenden“ Funktion ist es, die Ausgaben der Trump-Administration um etwa 2 Bio. USD zu reduzieren. Dabei will Musk „geschäftsschädigende“ und ineffiziente Agenturen und Ministerien in den Fokus seiner Analyse nehmen. Diese wären u. a. die Wettbewerbsaufsicht, die Börsenaufsicht, die Steuerbehörde (IRS),

die Umweltbehörde (EPA), die Behörde für Lebensmittelsicherheit (FDA) und die staatliche Antidiskriminierungsbehörde (vgl. Mink 2024, S. 6).

Die **Agenda 47**, mit der Trump den USA wieder zur „alten Größe“ verhelfen möchte, beinhaltet 20 Wahlversprechen – *core promises* (vgl. donaldjtrump.com 2024). Wesentliche Inhalte daraus werden nachfolgend dargestellt:

Grenzschutz und illegale Einwanderung: Gemäß diesem zentralen Wahlversprechen sollen hierbei die „Mauer“ an der Grenze zu Mexiko fertiggestellt werden, die größten Massenabschiebungen in der Geschichte der USA stattfinden und strengere Asylverfahren etabliert werden. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der kriminellen Strukturen beinhalten die massive Verstärkung der Grenzschutzbehörden mit weiteren Sicherheitskräften, darunter auch militärischen Verbänden (u. a. US-Navy zur Seeblockade gegen Fentanyl-Schmuggel). Für die von ihm geplante Massenabschiebung illegaler Immigranten hat Trump bereits angekündigt, auf den *Alien Enemies Act*⁶ aus 1798 zurückgreifen zu wollen, um den Kongress zu umgehen.

Medienberichten zufolge soll die Gouverneurin von South Dakota, Kristi Noem, Heimatschutzministerin werden. Sie unterstützt Trumps Pläne für Massenabschiebungen von illegalen Einwanderern. Mit dem Heimatschutzministerium bekommt Noem die Aufsicht über die Einwanderungsbehörden und Grenzkontrollen und würde eng mit Tom Homan zusammenarbeiten. Dieser war in den Jahren 2017 und 2018 der Leiter der Behörde ICE (*Immigration and Customs Enforcement*). Der als Hardliner bekannte Tom Homan wird für „alle Abschiebungen illegaler Einwanderer in ihr Herkunftsland“ zuständig sein und daher die von Trump angekündigte „größte Abschiebeaktion der US-Geschichte“ durchführen.

Wirtschaft, Handel und Soziales: Enthalten sind die „größten Steuersenkungen in der Geschichte der USA“; die Kaufkraft soll damit gestärkt, die Inflation gesenkt und die Wirtschaft angekurbelt werden. Bereits abgewanderte US-amerikanische Großunternehmen sollen ihre Produktion wieder in die USA verlegen. Trump will an den „*Tax Cuts and Job Act*“ von 2017 anknüpfen und u. a. die Einkommenssteuer auf Sozialversicherungsleistungen abschaffen. Zudem werden weniger Regulation, Steuersenkungen sowie niedrigere Energiepreise (Steuern auf Trinkgeld sollen ganz wegfallen) versprochen. In der Handelspolitik liegt der Fokus auf China. Mit Grundzöllen auf im Ausland hergestellte Waren setzt Trump auf eine „Politik des maximalen Drucks“. Bereits während seiner 45. Präsidentschaft waren Importzölle ein intensiv genutztes wirtschaftspolitisches Instrument.

Die angekündigte Zollpolitik stellt einen radikalen Bruch zur liberalen Handelspolitik dar und entspricht der isolationistischen *America-First*-Einstellung der Republikaner. Bereits im Wahlkampf kündigte Trump an, Importzölle von zehn bis zwanzig Prozent auf alle im Ausland produzierten Produkte zu erheben, für China sogar von bis zu 60 %. Für Importe aus Mexiko und Kanada hat der designierte US-Präsident kürzlich Einfuhrzölle von 25 % angekündigt, um Druck auf deren Regierungen hinsichtlich strengerer Maßnahmen bei den Themen Einwanderung und Kriminalität aufzubauen. Mit beiden Ländern besteht bis dato ein Freihandelsabkommen (US-MCA), welches Trump in seiner ersten Amtszeit selbst ausgehandelt hatte. Unter

⁶ Dieser erlaubt dem US-Präsidenten die Verhaftung und Abschiebung jedes Ausländers zu befehlen, der Bürger eines Landes war, mit dem sich die USA im Kriegszustand befanden. Das Gesetz wurde am 6. Juli 1798 verabschiedet und ist bis heute (als Teil des 50 USC 21-24) in Kraft.

anderem wird etwa ein Drittel der Obst- und Gemüsewaren der USA aus den beiden Nachbarländern importiert (vgl. Frey 2024).

Außen- und Sicherheitspolitik: Trump verspricht, sich für den Frieden einzusetzen, will den „Dritten Weltkrieg“ verhindern und den Frieden in Europa und im Nahen Osten wiederherstellen. Zusätzlich beabsichtigt er zur Verbesserung der US-Landesverteidigung die Errichtung einer „eisernen Kuppel“ – *All made in America!*

Für die Umsetzung der außenpolitischen Vorhaben soll der Senator Marco Rubio die Funktion des US-Außenministers ausüben. Rubio ist ein entschiedener Verfechter einer harten Außenpolitik, insbesondere gegenüber China und dem Iran. Die Nominierung Rubios gilt zudem als strategischer Schritt Trumps, um seine Erfolge bei den



Latino-Wählern aufgrund Rubios kubanischer Wurzeln zu festigen. Bezüglich einer Lösung im Krieg mit der Ukraine fordert der designierte US-Außenminister baldige, direkte Verhandlungen zwischen der ukrainischen und russischen Regierung. Die Unterstützung ukrainischer Forderungen für die Rückeroberung aller verlorener Gebiete wäre nicht zielführend. So stimmte Rubio erst im April 2024, gemeinsam mit 14 republikanischen Senatoren, gegen ein 95 Mrd. USD schweres Militär-Hilfspaket für die Ukraine. Die USA sind der größte Unterstützer der Ukraine seit Kriegsbeginn (siehe Grafik⁷).

Medienberichten zufolge konnte die Biden-Administration noch vor Jahresende 2024 eine weitere Zusage zu einem Hilfspaket an die Ukraine machen. Die Militärhilfen im Wert von 500 Mio. USD umfassen Waffen, Munition und Ausrüstung, darunter u.a. Systeme zur Drohnenabwehr, gepanzerte Fahrzeuge, Munition für Raketenwerfer Himars sowie für andere Artilleriesysteme.

Resümee und Ausblick

Sowohl Donald J. Trumps erste Amtszeit (2017–2021) als auch seine diesjährige Wahlkampfstrategie zeigten starke Züge einer „populistischen Präsidentschaft“ auf. Diesbezüglich wird mittels direkter Kommunikation über Medienplattformen die Anhängerschaft mobilisiert und somit der gemäß Verfassung angestrebte Ausgleich und Kompromiss der Institutionen des politischen Systems umgangen. Durch die angestrebte weitere Verschiebung der Legislativkompetenzen hin zur Exekutive soll eine „imperiale Präsidentschaft“ (Schlesinger 1973) mit größtmöglicher Gestaltungsmacht entstehen (vgl. Brand und Robel 2023, S. 142).

Die de facto Durchsetzungsmacht aufgrund der Mehrheit im Kongress wird sich bei der Exekutive, Legislative und auch bei der Judikative zeigen. Denn die Macht der Demokraten ist gebrochen und auch die Anzahl von Trump-kritischen republikani-

⁷ Referenzlink: <https://cdn.statcdn.com/Infographic/images/normal/27275.jpeg>; weitere Informationen zur Grafik, siehe: Janson, Matthias (2024): Die Top 10-Unterstützer der Ukraine. In: Statista, 19.11.2024 (CC BY-ND 3.0.). Online verfügbar unter <https://de.statista.com/infografik/27275/ruestungs-und-waffenhilfezusagen-von-regierungen-an-die-ukraine/>, zuletzt geprüft am 04.12.2024.

schen Abgeordneten hat, im Vergleich zu seiner ersten Amtszeit, erheblich abgenommen (vgl. Jaspar 2024). Die Erfolgsaussichten eines „Impeachment“-Verfahrens, falls Trump „außer Kontrolle“ geraten sollte, sind gering, aber nicht gleich null. Denn die republikanischen Kongressabgeordneten vertreten auch die Interessen ihrer Bundesstaaten und diese können anlassbezogen Trumps Direktiven entgegenstehen.

Im Zuge von Trump I wurden 234 Richterposten konservativ besetzt, darunter drei am „Supreme Court“, was dazu führte, dass sechs der insgesamt neun Höchstrichter von Republikanern (grundsätzlich auf Lebenszeit) bestellt wurden. In der kommenden 47. Präsidentschaft könnten zwei konservative Richter⁸ aufgrund ihres fortgeschrittenen Lebensalters durch junge „Trumpisten“ ersetzt werden, um damit die konservative Überlegenheit für Jahrzehnte zu garantieren. Präsident Biden nutzt die letzten Tage vor der Machtübergabe, um eigene Nominierungen für vakante Richterposten durch den Senat bestätigen zu lassen. Noch verfügen die Demokraten mit 51 zu 49 Stimmen über die notwendige einfache Mehrheit. Im Zuge der Biden-Präsidentschaft wurden bereits über 200 liberale Richter, darunter Richterin Ketanji Brown Jackson am „Supreme Court“, ernannt. Durch Trump wird jedenfalls ab dem 20. Jänner 2025 das Verhältnis von Konservativen in der Justiz größtmöglich gestärkt werden. Diesbezüglich sind v. a. Einschränkungen bei den Befugnissen von Bundesbehörden, eine Ausweitung des Waffenrechts oder strengere Regulierungen des Abtreibungsrechts erwartbar (vgl. APA und Reuters 2024).

Bereits vor seinem Amtsantritt führte Trumps Einfluss auf die Justiz zur Einstellung bzw. Aussetzung (fast) sämtlicher Verfahren gegen seine Person. Nur im New Yorker Schweigegeldprozess, im Strafprozess eines Bundesstaates, endet die Einflussnahme. Trump wurde verurteilt, den Vollzug des Strafmaßes wird das Gericht bis zum Ende seiner Amtszeit aufschieben. Denn gemäß der US-Verfassung muss der Ausübung des Amtes durch den Präsidenten der Verhängung einer Strafe Vorrang eingeräumt werden.

Bei der Wirtschafts- und Handelspolitik könnte Trumps „Politik des maximalen Drucks“ durch die Importzölle zu einer massiven Störung aller industriellen Lieferketten sowie zu einem erheblichen Preisanstieg für die US-Konsumenten führen. Kritiker warnen auch davor, dass die geplanten Steuersenkungen in Verbindung mit den Maßnahmen zur Eindämmung der illegalen Immigration (v.a. Abschiebung von Billiglöhnern im Süden der USA) den Preisauftrieb erheblich befeuern und damit das erklärte Wahlziel „die Inflation zu senken und die Preisteuerung zu bekämpfen“ scheitern könnte (vgl. Bews 2024).

Die Trump II-Administration steht vor großen außenpolitischen Herausforderungen, darunter der Krieg in der Ukraine und im Nahen Osten sowie die wachsende Allianz zwischen China, Russland und dem Iran. Zudem fordert das Erstarken der BRICS+ Staaten gegen die Vormachtstellung des Westens in Verbindung mit einer starken Aufrüstungsdynamik (insbesondere im nuklearen Bereich) durchsetzungsstarke bzw. wirksame Handlungsmaßnahmen.

Trumps außenpolitische Vorgehensweise kann dabei am ehesten mit der „These der relativen Gewinne“ beschrieben werden. Bei jedem Übereinkommen müssen die USA besser abschneiden als die anderen Akteure. Es handelt sich dabei aber um

⁸ Medienberichten zufolge könnten der konservative 76-jährige Clarence Thomas und der 74-jährige Samuel Alito altersbedingt zurücktreten.

kein Nullsummenspiel, bei dem es nur einen Gewinner und Verlierer gibt – sondern alle Akteure können Gewinne machen (vgl. Gärtner 2018, S. 130). Trump versteht seine Stärke des „Dealmakers“ einzusetzen. Und er hat noch einen Trumpf im Ärmel: seine Fähigkeit, mit „jedem“ Akteur persönlich in Kontakt zu treten und Kommunikationskanäle zu etablieren. Besonders bezüglich der globalen Sicherheit und Stabilität vor dem Hintergrund des „dritten nuklearen Zeitalters“ ist dies ein nicht zu unterschätzender Wert des designierten US-Präsidenten, von dem auch wir Europäer profitieren werden.

Die Frage, ob Trump die richtige Führungspersönlichkeit in einer Zeit der „Groteske“ ist, wird wohl erst im Laufe und am Ende seiner Präsidentschaft bzw. durch die historische Aufarbeitung im längerfristigen Vergleich beantwortet werden.

Abschließend können wir festhalten, dass demokratisch gewählte Repräsentanten, selbst wenn diese uns mit ihren „besonderen“ Denkmustern nicht zusagen, dennoch ihre Berechtigung haben müssen. Sie sind ein fester Bestandteil von Demokratien, fordern diese heraus, aber fördern ihre Wettbewerbsfähigkeit und damit ihre Resilienz im Ganzen. Ein simplifiziertes „Monster-Bild“ zu zeichnen, muss daher überdacht werden. Und ja, die liberale Demokratie in den USA ist massiv herausgefordert. Dennoch wird sie dem erwartbaren, ausufernden Machtrausch standhalten. Die „checks and balances“ werden ihre Wirkung horizontal und vertikal entfalten – entweder über die Macht der Bundesstaaten oder bei den Zwischenwahlen in zwei Jahren, aber spätestens bei den nächsten Präsidentschaftswahlen in vier Jahren.

Quellenverzeichnis

AFP; ZDF (2024): Wie Trump den US-Senat bei Minister-Ernennung umgehen könnte. In: ZDFheute, 15.11.2024. Online verfügbar unter <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/trump-senat-umgehen-minister-ernennung-usa-wahl-100.html>, zuletzt geprüft am 08.12.2024.

APA; Reuters (2024): Demokraten wollen vor Trumps Amtsantritt Richterbesetzungen durchpeitschen. In: DER STANDARD, 12.11.2024. Online verfügbar unter <https://www.derstandard.at/story/3000000244675/demokraten-wollen-vor-trumps-amtsantritt-richterposten-durchpeitschen>, zuletzt geprüft am 05.12.2024.

Bews, Katharina (2024): US-Wirtschaft: Wie sich Trumps Zollpläne als Bumerang erweisen könnten. In: Frankfurter Rundschau, 09.12.2024. Online verfügbar unter <https://www.fr.de/wirtschaft/wie-sich-trumps-zollplaene-als-bumerang-erweisen-koennnten-zr-93457702.html>, zuletzt geprüft am 09.12.2024.

Brand, Alexander; Robel, Stefan (2023): Die Außen und Weltpolitik der USA. In: Michael Staack (Hg.): Einführung in die Internationale Politik. Studienbuch. 6. Auflage. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg, S. 137–177.

Contorno, Steve (2024): Trump claims not to know who is behind Project 2025. A CNN review found at least 140 people who worked for him are involved. In: CNN, 11.07.2024. Online verfügbar unter <https://edition.cnn.com/2024/07/11/politics/trump-allies-project-2025/index.html>, zuletzt geprüft am 12.11.2024.

donaldjtrump.com (2023): Agenda47, President Trump’s Plan to Dismantle the Deep State and Return Power to the American People, 21.03.2023. Online verfügbar unter <https://www.donaldjtrump.com/agenda47/agenda47-president-trumps-plan-to-dismantle-the-deep-state-and-return-power-to-the-american-people>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.

- donaldjtrump.com (2024): Agenda47. President Trump's 20 CORE PROMISES TO MAKE AMERICA GREAT AGAIN! Online verfügbar unter <https://www.donaldjtrump.com/platform>, zuletzt geprüft am 12.11.2024.
- Frey, Eric (2024): Trumps Zollpläne folgen nur seiner Willkür und keiner Strategie. In: DER STANDARD, 26.11.2024. Online verfügbar unter <https://www.derstandard.at/story/3000000246558/trumps-zollplaene-folgen-nur-seiner-willkuer-und-keiner-strategie>, zuletzt geprüft am 09.12.2024.
- Gärtner, Heinz (2018): Internationale Sicherheit und Frieden. Definitionen von A-Z. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Jaspar, Ruppert (2024): Dominanz im US-Kongress: Wie Trump durchregieren könnte. In: BR24, 07.11.2024. Online verfügbar unter <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/dominanz-im-us-kongress-wie-trump-durchregieren-koennte,UTQYy8r>, zuletzt geprüft am 05.12.2024.
- Mink, Andreas (2024): Heritage Foundation in den USA bereitet Trump-Regierung vor. In: Neue Zürcher Zeitung, 09.03.2024. Online verfügbar unter <https://www.nzz.ch/international/heritage-foundation-schwenkt-auf-trump-kurs-ein-ld.1821349>, zuletzt geprüft am 03.06.2024.
- Sattar, Majid (2024): Warum Trump doch nicht einfach so durchregieren kann. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.12.2024. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/us-wahl/donald-trump-koennte-im-kongress-auf-widerstand-von-republikanern-stossen-110153403.html>, zuletzt geprüft am 08.12.2024.
- Schlesinger, Arthur M. (1973): The Imperial Presidency. 5. Aufl. Boston: Houghton Mifflin. Online verfügbar unter <https://permalink.obvsg.at/AC02954122>.
- The Heritage Foundation (Hg.) (2023): Mandate for Leadership. The Conservative Promise. Unter Mitarbeit von Paul Dans und Steven Groves. The Heritage Foundation. Washington, DC. Online verfügbar unter <https://www.project2025.org/policy/>, zuletzt geprüft am 14.11.2024.
- The Heritage Foundation (2024a): Presidential Personnel Database. Online verfügbar unter <https://www.project2025.org/personnel/>, zuletzt aktualisiert am 25.01.2024, zuletzt geprüft am 13.11.2024.
- The Heritage Foundation (2024b): The Truth About Project 2025. Online verfügbar unter <https://www.project2025.org/truth/>, zuletzt aktualisiert am 23.10.2024, zuletzt geprüft am 13.11.2024.
- The New York Times (2024a): U.S. House Election Live Results 2024. In: The New York Times, 05.11.2024. Online verfügbar unter <https://www.nytimes.com/interactive/2024/11/05/us/elections/results-house.html>, zuletzt geprüft am 05.12.2024.
- The New York Times (2024b): U.S. Senate Election Live Results 2024. In: The New York Times, 05.11.2024. Online verfügbar unter <https://www.nytimes.com/interactive/2024/11/05/us/elections/results-senate.html>, zuletzt geprüft am 05.12.2024.
- The Washington Post (2024a): Exit polls from the 2024 presidential election. In: The Washington Post, 06.11.2024. Online verfügbar unter <https://www.washingtonpost.com/elections/interactive/2024/exit-polls-2024-election/>, zuletzt geprüft am 05.12.2024.
- The Washington Post (2024b): Presidential election results 2024: Trump wins. In: The Washington Post, 03.12.2024. Online verfügbar unter <https://www.washingtonpost.com/elections/results/2024/11/05/president/>, zuletzt geprüft am 05.12.2024.

Indopazifik

Perzeptionen und Konsequenzen der US-Wahlentscheidung

von Barbara Farkas

Die Länder des indopazifischen Raumes erwarten die Fortsetzung der bisherigen US-Politik, welche die nationalen Sicherheitserwägungen der USA in ein wirtschaftliches Gesamtkonzept gegenüber China einbindet. Da der strategische Wettbewerb seit längerem als Leitprinzip der China-Strategie der USA besteht, wird es auf der Makroebene der bilateralen Beziehung nur geringe Veränderungen geben.

Erwartet wird, dass vier wesentliche Tendenzen Trumps Vorgehen dominieren werden und teils eine Neuausrichtung der außenpolitischen Strategien erfordern. Dazu zählen höhere Handelszölle, ein geringeres militärisches Engagement zur Kostensenkung der USA, verstärkter Druck auf Verbündete für einen erhöhten Beitrag zur sicherheitspolitischen Lastenteilung und eine mögliche Neubewertung der Beziehungen zu relevanten Akteuren.

Einleitung

Auf der nationalen und bilateralen Ebene rechnen die äußerst heterogenen Länder des indopazifischen Raumes grundsätzlich mit größeren Veränderungen unter Donald Trump als unter Kamala Harris. Umfassendere Maßnahmen erwarten sie, basierend auf der Vielfalt ihrer (sicherheits-) politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, insbesondere bei Zöllen, Technologiebeschränkungen sowie der Klima- und Finanzpolitik. Dies hätte wesentliche Auswirkungen auf die wichtigsten US-Handelspartner, darunter China, Indien, Japan, Südkorea und Taiwan. Mit der Fokussierung auf die US-Handelsdefizite und die Ankurbelung der Produktion in den USA brachte Trump im Vorfeld der Wahl 2024 wiederholt eine Grenzsteuer von 10 % auf alle ausländischen Importwaren und einen Zoll von bis zu 60 % auf Einfuhren aus China ins Gespräch. Zudem könnten die USA zusätzliche Handelsbeschränkungen erlassen, die möglicherweise über Technologien für die künstliche Intelligenz (KI) hinausgehen. Die künftig vermutlich aggressivere Haltung in der Handelspolitik wird sich nicht nur auf China beschränken. Der Protektionismus der USA wird den Prozess der Deglobalisierung beschleunigen. Ein solcher Ansatz könnte eine Verhandlungsbasis für die Erlangung von Zugeständnissen bilden, entweder im Bereich des Handels oder zur Förderung anderer politischer Ziele. Handelsbeschränkungen, die sich auf bestimmte Branchen oder Unternehmen konzentrieren, könnten ebenso ins Auge gefasst werden wie die Einführung strengerer Regeln für das Ursprungs- bzw. Herkunftsland von Waren.

Charakter der Beziehung der USA zum indopazifischen Raum

Die politische Positionierung der USA gegenüber dem indopazifischen Raum beruht auf dem Verständnis, dass der Einfluss der USA in der Region von großer Relevanz für die globale Stabilität und Sicherheit ist. Im Kontext der wechselseitigen Abhängigkeiten von wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und diplomatischen Faktoren werden die grundlegenden Ziele der US-Außenpolitik im indopazifischen Raum im Wesentlichen konstant bleiben, wobei Trumps Stil den Asien-Beziehungen eine neue Direktheit verleiht. Da Bündnispartner für Trump in erster Linie Kosten darstellen, sollen sie zur Lastenteilung motiviert werden; für Harris wären Allianzen von größerer Bedeutung (gewesen), nicht zuletzt wegen des relativen globalen Machtverlustes der USA. In diesem Sinne wirkt sich die unterschiedliche Definition der US-Interessen auf den Charakter der internationalen Beziehung der USA sowie auf die Bereitschaft der anderen Staaten für eine Positionierung an der Seite der USA aus. Insbesondere die Haltung der USA zu China und zum Handel sind beständig.

Wandel der Wissenschafts- & Technologiepolitik der USA im indopazifischen Raum

Die US-Technologiepolitik wird unter Trump eine deutliche Verschärfung erfahren. Dies betrifft insbesondere das verstärkte Streben nach der Marktführung im Bereich der künstlichen Intelligenz, vor allem über Exportkontrollen für fortschrittliche Halbleitertechnologien, insbesondere nach China. Zudem plant Trump die Einschränkung der KI-Regulierung, was auf einen geringeren Einsatz für den Aufbau eines Netzwerks globaler KI-Sicherheitsinstitute unter Trump hindeutet. Die Wahrscheinlichkeit einer Zusammenarbeit mit asiatischen Partnern im Bereich Wissenschaft und Technologie ist geringer als dies für eine Präsidentschaft von Harris angenommen wurde.

Für die **südostasiatischen Staaten**, die eher Abnehmer als Hersteller von Technologien sind, stellen die Beschränkungen der USA für den Verkauf von Spitzentechnologien sowohl eine Chance als auch eine Herausforderung dar. Indonesien, die Philippinen und Vietnam beabsichtigen die Entwicklung ihrer Halbleiterindustrien, um in der Wertschöpfungskette aufzusteigen. Zur Unterstützung steht ein *Chips and Science Act Fonds* der USA im Wert von 500 Mio. US-Dollar zur Verfügung. Seit längerem verfolgen die südostasiatischen Unternehmen eine Diversifizierungsstrategie ihrer Lieferketten und Produktionsbetriebe unter dem Prinzip „China plus One“ zur Risikoverringerung einer übermäßigen Abhängigkeit von China und zur Vermeidung von US-Zöllen auf Waren aus China. Dies führte zu einem raschen Anstieg des Außenhandels und dazu, dass die Exporte der südostasiatischen Länder in die USA jene nach China übersteigen. Doch selbst wenn Südostasien Investitionen von Technologieunternehmen aus den USA oder China zum Ausbau der Aktivitäten in den Bereichen Halbleiterdesign, Chipherstellung und -verpackung sowie Rechenzentren gewinnt, bestehen Risiken. Diese resultieren etwa aus der potenziellen, beabsichtigten oder nicht beabsichtigten Nichteinhaltung der stetig erweiterten US-Export- und Investitionsbeschränkungen oder künftigen Zöllen. Beispielhaft ist die Ankündigung der USA im Oktober 2024, Zölle auf in Kambodscha, Malaysia, Thailand und Vietnam hergestellte Solarpaneele einzuheben.

Chinas Strategische Kalkulation

Grundsätzlich wird die komplexe Beziehung zwischen China und den USA eine der folgenreichsten bilateralen Beziehungen der Welt – weiterhin angespannt bleiben. Chinesische Politikwissenschaftler erkennen unter den US-Strategen drei unterschiedliche Denkschulen, die jedoch alle China als wesentliche Herausforderung der USA betrachten. Erstens die „neuen Kalten Krieger“, welche die USA bereits in einem neuen Kalten Krieg mit China sehen, den die USA gewinnen müssen. Zweitens die „Wettbewerbsmanager“, für die eine Strategie der Koexistenz mit China wichtig ist. Und drittens die Befürworter von Zugeständnissen an China, um ein Abgleiten des zunehmend aggressiveren Wettbewerbs in eine Konfrontation zu vermeiden.

Da sich der strategische Wettbewerb seit längerem als Leitprinzip in der China-Strategie der USA festsetzte, wird es auf der Makroebene der bilateralen Beziehung nur geringe Veränderungen geben. Die Fortsetzung der bisherigen US-Politik, welche die nationalen Sicherheitserwägungen in ein wirtschaftliches Gesamtkonzept gegenüber China einbindet, ist wahrscheinlich. Denn in den vergangenen Jahren drang die nationale Sicherheit in die Handels- und Investitionspolitik der USA gegenüber China ein und führte zu einer Verschärfung der US-Exportkontrollen für Hochtechnologiewaren. In der Perspektive chinesischer Politikwissenschaftler wird Trump am Streben nach der Einhegung Chinas und am US-Bündnissystem festhalten, jedoch größere Kostenbeiträge von seinen Partnern einfordern, insbesondere von Japan, Südkorea und den Philippinen. Trump betrachtet die strategische Rivalität mit China als Hegemonialkonflikt (für Harris gilt sie als Systemkonflikt). Er stützt die US-Außenpolitik auf Grundsätze mit realistischen und nationalistischen Tendenzen sowie seine Entscheidungen eher auf reale Ergebnisse als auf eine starre Ideologie. Beispielhaft für Trumps Eintauch von Prinzipien gegen Interessen ist das

während des US-Wahlkampfes zuerst angestrebte Verbot von TikTok unter Berufung auf nationale Sicherheitsbedenken, um sich hingegen nun für die chinesische App einzusetzen.

In seiner ersten Amtszeit verfolgte Trump eine diplomatische Strategie des maximalen Drucks zur Wahrung der US-Interessen. Dies betraf auch die US-Verbündeten im indopazifischen Raum. Die bisher geringe Wirksamkeit der Druckausübung auf China, die China als Herausforderung für seine eigene Souveränität wahrnimmt, resultiert aus Chinas Fähigkeit zur strategischen Vergeltung, seiner starken Wirtschaft, den globalen Handelsnetzen und dem zentralisierten politischen System, das Sanktionen und diplomatischer Isolation standhält. Grundsätzlich stellt China in seiner Außenpolitik die politische über die wirtschaftliche Sicherheit und stützt seine Argumentation immer häufiger auf die Souveränität.

Die Einführung von US-Importzöllen in der Höhe von 60 % könnte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Chinas um 0,68 % bzw. das Wirtschaftswachstum Chinas in den ersten zwölf Monaten um 1,5 Prozentpunkte verringern, was einer Halbierung gleichkommt. Dazu könnten die USA mehrere rechtliche Möglichkeiten nutzen, beispielsweise den Abschnitt 232 des *Trade Expansion Act* von 1962 und das Gesetz über wirtschaftliche Befugnisse bei einer internationalen Notlage von 1977 (*International Emergency Economic Powers Act*, IEEPA). Der Abschnitt 232 gewährt dem US-Präsidenten weitreichende Rechte zur Anpassung von Importen, wenn diese als Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA angesehen werden. Das Gesetz über wirtschaftliche Befugnisse bei einer internationalen Notlage greift bei einer ungewöhnlichen und speziellen Bedrohung der nationalen Sicherheit, der Außenpolitik oder der US-Wirtschaft.

Höhere Zölle auf chinesische Waren würden in China die Exportkosten und die Arbeitslosigkeit erhöhen sowie die Wettbewerbsfähigkeit und das Exportwachstum verringern. Chinas Wirtschaftswachstum bildet eine wesentliche Grundlage für die militärische Stärke und stellt die US-Führungsrolle in der Weltwirtschaft in Frage. Zudem schwächen Chinas preiswerte und zunehmend hochwertige Exporte die Industriebasis der USA. China trifft für diverse Szenarien Vorbereitungen, jedoch ohne öffentlich Details bekannt zu geben. Potenzielle Gegenmaßnahmen Chinas könnten beispielsweise eine Abwertung des Renminbis gegenüber dem US-Dollar zur Preisminderung der chinesischen Exporte umfassen oder Exportkontrollen auf kritische Rohmaterialien. Beispielhaft ist Chinas Ausfuhrbeschränkung für Antimon, die im September 2024 in Kraft trat. Einen Monat später verabschiedete China seine erste umfassende Verordnung zur Verschärfung der staatlichen Kontrolle über den strategischen Sektor der Seltenen Erden. Dies zeigt, wie sich der Chipkrieg zwischen den USA und China über technologiebezogene Beschränkungen auf den Wettbewerb um kritische Ressourcen ausweitete. China beherrscht den Markt für kritische Mineralien, die für die Chipproduktion wichtig sind, sowohl in Bezug auf den Marktanteil als auch auf die Verarbeitungstechnologie. Es nutzt diesen Vorteil zunehmend, um gegen Länder vorzugehen, die seinen technologischen und wirtschaftlichen Fortschritt behindern. Gemäß einiger chinesischer Politikwissenschaftler könnte Elon Musk möglicherweise als Puffer fungieren und zum Spannungsabbau beitragen, sofern er in der Lage ist, die beiderseitigen Vorteile der chinesisch-amerikanischen Wirtschaftskooperation hervorzuheben, die zuletzt vorangetriebene Abkopplung und Lieferkettenunterbrechung zu korrigieren sowie die Beziehungen zwischen China und den USA in eine relativ kontrollierbare Richtung zu lenken. Musk

verfolgt in China signifikante Geschäftsinteressen, denn China ist der größte Absatzmarkt für Teslas. Außerdem werden in drei Werken in Shanghai mehr als die Hälfte aller Tesla E-Autos gefertigt.

Taiwans Herausforderungen

Die strategische Ambiguität der USA gegenüber Taiwan wird unter Trump fortbestehen. Trumps Geringschätzung des Multilateralismus und die wahrscheinliche Reduktion des US-Engagements im indopazifischen Raum könnten Taiwan auf der globalen Ebene noch mehr isolieren. In der ersten Amtszeit Trumps war die Taiwan-Politik der USA von Waffenverkäufen an Taiwan, Patrouillen der US-Marine in der Region und hochrangigen Besuchen der USA gekennzeichnet. Unter dem wachsenden Druck, einen höheren Kostenanteil für die eigene Sicherheit zu übernehmen, stellte Taiwan für 2024 eine Rekordsumme von 19 Mrd. US-Dollar für die Verteidigung bereit. Taiwan verdoppelte sein Verteidigungsbudget im vergangenen Jahrzehnt. Der Anteil des Verteidigungshaushalts liegt bei rund 2,5 % des BIP und soll nach Aussagen Trumps auf 10 % ansteigen.

Obwohl Taiwan zu den zehn wichtigsten US-Handelspartnern zählt und eine bedeutende Rolle in den globalen Lieferketten spielt, konzentriert sich Trump auf die bilaterale Handelsbilanz, da er sie als besten Indikator für die Fairness einer Wirtschaftsbeziehung ansieht. Taiwans Handelsüberschuss mit den USA betrug 2023 48 Mrd. US-Dollar. Trump könnte dessen Reduktion fordern, etwa durch die Erhöhung der taiwanesischen US-Importe oder eine Währungsaufwertung. Im Kontext der Bemühungen um eine inländische Halbleiterfertigung stellten die USA im Rahmen des überparteilichen *Chips and Science Act* Taiwan knapp 53 Mrd. US-Dollar für die Ausweitung der Chip-Produktion in den USA bereit. Die *Taiwan Semiconductor Manufacturing Company* profitierte bereits von 6,6 Mrd. US-Dollar für die Errichtung einer Fabrik in Arizona. Trump wird Taiwan vermutlich zu einem raschen Produktionsanstieg in den USA drängen, etwa durch die Vereinfachung von Genehmigungsverfahren.

Südkoreas Dilemma aufgrund der geopolitischen Lage

Südkoreas konservative Regierung unter Yoon Suk-yeol priorisiert ein robustes Bündnis mit den USA, eine harte Haltung gegenüber Nordkorea und eine Koalition gleichgesinnter Länder. Die innen- und parteipolitische Spaltung Südkoreas entlang zweier politischer Großparteien, die seit Beginn des Demokratisierungsprozesses 1988 abwechselnd die Regierungskontrolle übernahmen, zeigte sich deutlich im Kontext der US-Wahlentscheidung. Denn die Konservativen treten für eine weitere strategische Konvergenz mit den USA ein, die Progressiven fordern hingegen eine größere strategische Autonomie. In den vergangenen Jahren vertiefte Südkorea seine sicherheitspolitische Diversifizierung, insbesondere durch den steten Ausbau seiner Rüstungsindustrie aus wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gründen. Wie auch Japan trägt sich Südkorea immer wieder – zuletzt anlässlich des Ukraine-Krieges – mit dem Gedanken, eigene Nuklearwaffen zu entwickeln oder auf seinem Staatsterritorium aufzustellen.

Südkoreas Dilemma besteht in einem relativ kleinen strategischen Handlungsspielraum im Vergleich zu seinen deutlich gewachsenen Kapazitäten, da seine strategische und geographische Umgebung in erster Linie von den geopolitischen Entwicklungen geprägt wird. Aufgrund der jüngsten geopolitischen Ereignisse, vor allem dem Abkommen zwischen Nordkorea und Russland sowie den langfristigen Spannungen zwischen den USA und China, erwartet Südkorea nur begrenzte unmittelbare Veränderungen der Indopazifikstrategie der USA. Es strebt nach einer Aufrechterhaltung oder Vertiefung der Sicherheitsverpflichtungen der USA gegenüber Südkorea bzw. nach der Stärkung der Glaubwürdigkeit der USA als Sicherheitsgarant. Einen relevanten Faktor wird, wie auch unter Trumps erster Amtszeit, die Neuaufteilung der Verteidigungskosten darstellen. Herausforderungen sieht Südkorea in einem gewissen Maß an politischer Unvorhersehbarkeit und einer Umgestaltung der geopolitischen und geoökonomischen Ausrichtung der USA. Kollateralschäden könnten von der harten US-Außen- und Wirtschaftspolitik gegenüber China ausgehen, insbesondere in Bezug auf die Abkopplung und die Risikominderung im Halbleitersektor. Spezifische bilaterale Protektionsmaßnahmen gegen Südkorea, die beispielsweise das bestehende Freihandelsabkommen zwischen Korea und den USA (KORUS FTA) gefährden würden, erwartet Südkorea nicht.

Ein beunruhigendes – jedoch unwahrscheinliches – Szenario für die konservative Regierung Südkoreas wäre eine Normalisierung der Beziehung der USA zu Nordkorea, denn sie präferiert eine verstärkte Abschreckung. Die USA verpflichteten sich am 26.04.2023 zu einer Strategie der konventionellen und erweiterten nuklearen und integrierten Abschreckung gegen Nordkorea. In der Washingtoner Erklärung wurde die Beibehaltung der Anzahl der US-Streitkräfte in Südkorea, die Abhaltung regelmäßiger gemeinsamer Militärübungen und der vereinbarungsgemäße Einsatz der US-amerikanischen strategischen Waffen festgelegt. Potenzielle Verhandlungen Trumps mit Nordkorea über eine Denuklearisierung kämen einer Anerkennung Nordkoreas als Atomwaffenstaat gleich und würden die seit langem verfolgte Nordkorea-Politik der Regierung Yoon Suk-yeols untergraben. Südkorea befürchtet, dass Nordkorea etwaige Zugeständnisse, die es im Gegenzug für eine mögliche Aufhebung von US-Sanktionen unter Trump machen könnte, sowie potenzielle Vereinbarungen zu einer Denuklearisierung nicht einhalten würde. Die Progressiven könnten eine solche Entwicklung jedoch als neue Chance für die Lösung des nordkoreanischen Nuklearproblems sehen.

Japans Engagement für die kollektive Sicherheit

Japans seit Jahrzehnten verhärtete Bedrohungswahrnehmung von Nordkorea und China wurde durch die aktuelle geopolitische Lage vorangetrieben, insbesondere durch den Ukraine-Krieg, die zunehmenden Spannungen in der Taiwan-Straße und die anhaltende nukleare und raketengestützte Bedrohung durch Nordkorea. Zudem vertiefte Russland seine strategischen Beziehungen mit China sowie seine Partnerschaft im Bereich der Verteidigung und der technologischen Unterstützung mit Nordkorea. Vor diesem Hintergrund strebt Japan nach einer weiteren Aufrüstung seiner Selbstverteidigungskräfte, der Fortführung seiner langfristigen Militärreform, der Aufwertung der Allianz mit den USA und der verstärkten Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern. Vor allem mit Blick auf China bekräftigte Japan seinerseits seine Unterstützungszusage für Taiwan und die Philippinen, sollte dies erforderlich werden. Zugleich führt es die Transformation seines Verteidigungssektors

fort. Dies betrifft insbesondere den Ausbau der bisher wenig profitablen nationalen Verteidigungsindustrie sowie die Abkehr vom Paradigma der defensiven Verteidigung. Denn Japan orientiert sich im Rahmen der vernetzten Sicherheitsarchitektur der USA zunehmend an den Prinzipien der kollektiven Sicherheit. Dazu erfolgen Anpassungen an die internationalen Normen, insbesondere zur Koordination mit den US-Streitkräften. Japan möchte die regionale und internationale Ordnung proaktiv gestalten und sieht die Fähigkeit und Kapazität der USA zur Übernahme einer regionalen und globalen Führungsrolle als eher limitiert an. Daher unterstreicht Japan – insbesondere im Hinblick auf die US-Präsidentschaft Trumps – seine eigenen Fähigkeiten als US-Partner und sein innovatives Denken als Regelsetzer. Allerdings verfügt der seit 01.10.2024 amtierende Premierminister Shigeru Ishiba nicht über die außenpolitische Vision, das strategische Vorgehen und den innenpolitischen Rückhalt, die Shinzo Abe auszeichneten. In den vergangenen Jahren festigten die USA die multilateralen Rahmenwerke, darunter die trilateralen Kooperationen der USA und Japans mit Australien, den Philippinen bzw. Südkorea. Die nationalen Sicherheitsstrategien der USA und Japans zeigen eine weitgehende Übereinstimmung ihrer Ziele und Ansätze, insbesondere gegenüber China. Einen wesentlichen Konfliktpunkt Japans mit China stellt die Geoökonomie dar. Denn diese gilt für Japan als wesentliche Voraussetzung zur Erreichung der angestrebten Position als asiatische Führungsmacht im gesamten indopazifischen Raum. Die potenzielle Verhängung von US-Zöllen wäre für Japan daher äußerst nachteilig.

Südostasien erwartet eine Umgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen mit den USA

Die Länder Südasiens können relativ gut mit Trumps transaktioneller Politik umgehen. Der Transaktionismus beschreibt eine Entwicklung, die in kontinuierlicher Wechselwirkung mit der Umwelt erfolgt. Eine generelle Sorge bereitet eine mögliche Involvierung in den sino-amerikanischen Großmachtkonflikt. Unter Trump wird eine Ausweitung des Handelskonflikts und damit eine weitere Beeinträchtigung der regionalen Wirtschaft befürchtet. Vietnam und Malaysia könnten eventuell von einer Verlagerung von Produktions- und Lieferketten profitieren. In den vergangenen Jahren näherten sich Kambodscha, Malaysia, Thailand und teilweise auch Indonesien stärker an China an. Im Gegensatz dazu wenden sich die Philippinen deutlich gegen China. Die großen Staaten Südasiens hegen, verglichen mit den Ländern Ostasiens, ein größeres Misstrauen gegenüber einer US-Vorherrschaft in der Region. China und Südostasien stellen füreinander den wichtigsten Handelspartner dar, wobei Chinas Bedeutung steigt. Das Handelsvolumen Südasiens mit China betrug 2023 rund 697 Mrd. US-Dollar, basierend insbesondere auf Hochtechnologie- und Industriegütern, und mit den USA 395 Mrd. US-Dollar. Bei einer Berücksichtigung der Geschäftsbeziehungen auch mit US-Partnern, etwa Japan, Südkorea, Australien oder die Europäische Union, erreichte das Handelsvolumen Südasiens 804 Mrd. US-Dollar. Als Folge der US-Präsidentenwahl erwarten die Staaten Südasiens eine signifikante Umgestaltung ihrer bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Südasiens Wirtschaftskraft liegt bei 3,6 Billionen US-Dollar, die Bevölkerung umfasst 700 Millionen Menschen. Die USA stellen den viertwichtigsten Wirtschaftspartner und seit kurzem den wichtigsten Exportmarkt (bisher China) Südasiens dar.

Das regionale Engagement der USA wird durch unterschiedliche Mechanismen unterstützt, insbesondere den Verband der südostasiatischen Nationen (*Association of Southeast Asian Nations*, ASEAN), die dazu beitragen, die nationalen Prioritäten

mit umfassenderen regionalen Zielen in Einklang zu bringen. Die vergleichsweise geringe Durchsetzungsstärke ASEANs beruht auf dem Einstimmigkeitsprinzip.

Die historischen Erfahrungen Südasiens mit ihrer Kooperation mit den USA waren wechselhaft. Die „America First“ Politik der Trump-Administration und ihre Präferenz für bilaterale Abkommen führten zu einem gefühlten Rückzug aus der Region. Dies verdeutlichte der Austritt der USA aus der Transpazifischen Partnerschaft. Einerseits profitierten einige südostasiatische Länder von den Verlagerungen der Lieferketten aufgrund des Handelskonflikts zwischen den USA und China, andererseits sahen sich einige einer erhöhten Unsicherheit gegenüber. Die Regierung Bidens rückte den Multilateralismus und das regionale Engagement hingegen wieder in den Vordergrund. Sie wertete die Beziehungen zwischen den USA und ASEAN im Jahr 2022 zu einer umfassenden strategischen Partnerschaft auf und initiierte neue Initiativen. Der unter Biden vorangetriebene Indopazifik-Wirtschaftsrahmen für Wohlstand (*Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity*, IPEF) umfasst sieben ASEAN-Mitgliedsstaaten. Die Einstellung der südostasiatischen Länder gegenüber IPEF ist vorsichtig optimistisch, vor allem in Bezug auf die Erhöhung der Lieferkettenresilienz und saubere Energie. Die Bedenken Südasiens betreffen die hohen Arbeits- und Umweltstandards und die mangelnde Realisierung neuer Marktzugänge. Gleichzeitig verfolgt Südostasien weiterhin seine eigene regionale wirtschaftliche Integration durch Freihandelsabkommen, wie etwa die Regionale Umfassende Wirtschaftspartnerschaft (*Regional Comprehensive Economic Partnership*, RCEP), eine erweiterte Freihandelszone mit China (*ASEAN–China Free Trade Area*, ACFTA) und mehrere bilaterale und sektorspezifische Abkommen.

Eine zweite Amtszeit von Donald Trump wird die „America First“ Politik wiederbeleben und bilateralen gegenüber multilateralen Vereinbarungen den Vorrang geben. Mögliche und schwer vorhersehbare politische Veränderungen betreffen einen von Trump angekündigten potenziellen Rückzug aus dem IPEF sowie Zölle und Handelsabkommen. Die Zölle könnten Unternehmen von einem langfristigen Engagement in Südostasien abhalten. Trump wird vermutlich die strategische Abkopplung von China verstärken. Von der Verlagerung von Lieferketten aus China könnten einige ASEAN-Volkswirtschaften wie Malaysia, Thailand und Vietnam profitieren, wären jedoch aufgrund ihrer wachsenden Handelsüberschüsse mit den USA ebenfalls von Trumps Zöllen betroffen. Die prognostizierte Verschärfung der Regeln für Technologieexporte und -investitionen durch die USA könnte die südostasiatische Technologielandschaft umgestalten, indem sich einige Staaten als High-tech-Lieferketten-Alternative zu China etablieren. Andere könnten im Rahmen der Verlagerung von chinesischen Technologieunternehmen nach Südostasien von Investitionen und technologischem Wissenstransfer profitieren. Trumps Präferenz für den Bilateralismus könnte die Rolle von ASEAN und ASEAN-zentrierten Initiativen bei der Gestaltung der regionalen Zusammenarbeit untergraben. Manche Staaten Südasiens könnten wegen Trumps Präferenz für schnelle und greifbare Abschlüsse jedoch eine Gelegenheit sehen, langwierige politische Dialoge zu umgehen und direkt zu verhandeln. Sein transaktionaler Ansatz könnte diejenigen ansprechen, die pragmatische Interaktionen suchen, insbesondere diejenigen, die den Handelskonflikt zwischen den USA und China zu ihrem Vorteil nutzen wollen. Unabhängig von den erwarteten konkreten Veränderungen der US-Politik wird Südostasien weiterhin proaktiv nach der Vertiefung der regionalen Integration und der Diversifizierung seiner Handelsbeziehungen streben. Damit stärkt es zugleich seine Verhandlungsmacht, insbesondere gegenüber den USA sowie seine Resilienz gegenüber geopolitischen Risiken, externem Druck und Abhängigkeiten.

Singapur beispielsweise rechnet mit keinen großen Veränderungen der US-Strategie in Asien, denn es betrachtete stets die gemeinsamen Interessen und nicht gemeinsame Werte als Grundlage der Kooperation. Die Haltung der USA zu China und zum Handel nimmt Singapur als beständig wahr, wobei den USA eine essenzielle Rolle zum Machtausgleich gegenüber China und zur Stabilität in Asien zukommt.

Südasiens rechnet mit Kontinuität

In Südasiens wird erhebliche Kontinuität erwartet. Eine offizielle Südasiensstrategie der USA existiert nicht, denn die US-Indopazifikstrategie ist die zentrale Triebkraft der US-amerikanischen Politik in Asien. In seiner ersten Amtszeit konzentrierte sich Trump auf Indien, Pakistan und Afghanistan, weiters auf die Stärkung der Beziehung zu den meisten Staaten Südasiens und die Einhegung der wachsenden Präsenz Chinas in der Region. Trump räumt in der Außenpolitik Überlegungen zum Großmachtwettbewerb Priorität ein, daher werden die grundlegenden Ziele der Indopazifik-Strategie bestehen bleiben.

Resümee & Ausblick: Mögliche künftige Szenarien im Kontext der US-Wahlentscheidung für den indopazifischen Raum

Eines der vorstellbaren Szenarien für den indopazifischen Raum wäre die Beibehaltung bzw. die selektive Ausweitung der Zölle gegenüber China bei einer gleichzeitig fortgeführten Erleichterung des Marktzugangs in den USA für andere Handelspartner, insbesondere für Produzenten aus Japan, Südkorea oder Taiwan. Denn zur Erhöhung der Investitionen in die USA griffen die USA zu Subventionen im Rahmen des „Inflation Reduction Act“ (IRA). Hiervon profitierten bereits etwa Autobatteriehersteller in Südkorea oder Stromnetzausrüster in Taiwan. Die Ausweitung der Zölle auf bis zu 60 % auf Waren aus China und 10 % weltweit würde hingegen die Entkopplung der USA von China weiter vorantreiben. Dies würde etwa chinesische Batteriefirmen betreffen, vor allem, wenn die USA ein CO₂-Grenzausgleichssystem („Carbon Border Adjustment Mechanism“, CBAM) einführen. Eine Kürzung der IRA-Investitionssubventionen stellt ein Risiko für die asiatischen Lieferketten dar, insbesondere für erneuerbare Energietechnologien und Elektrofahrzeuge.

Angesichts des geplanten Ausmaßes potenzieller Zollerhöhungen wäre China eindeutig am stärksten und Indien am wenigsten betroffen. Aber auch Japan, Südkorea und Taiwan wären aufgrund ihrer Exportorientierung und ihrer hohen Handelsüberschüsse mit den USA herausgefordert.

EU unter Druck

Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels in der „Trump-II-Ära“

von Rastislav Báchora

Die EU wird durch die künftige US-Administration in vielen Politikbereichen herausgefordert. Insbesondere sind umfassende Auswirkungen auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Sicherheits- und Verteidigungspolitik erwartbar.

Angesichts der Absicht von Donald Trump, den Krieg in der Ukraine beenden zu wollen, wird es auch diesbezüglich eine Anpassung der bisherigen Politik der EU geben müssen. Da ein Ausfall der US-Hilfen für die Ukraine von der EU nicht kompensiert werden kann, wird eine Friedenslösung von europäischen Partnern unterstützt werden. Der EU wird es jedoch voraussichtlich schwerfallen, einen Kurswechsel zu vollziehen.

Unter Donald Präsident Trump wird die NATO als Verteidigungsbündnis weiter an Glaubwürdigkeit verlieren. Daher werden Anstrengungen der EU hinsichtlich der Integration der Verteidigungspolitik auch vor dem Hintergrund der weiteren Entwicklungen in der Ukraine forciert. Die Forderung nach strategischer Autonomie könnte durch ein Konzept der strategischen Handlungsfähigkeit ersetzt werden.

Einleitung

Aus der Perspektive der EU kann die sicherheitspolitische Gesamtsituation globaler Prozesse am Ende des „Superwahljahres 2024“ (Wahls 2024) als ein Zustand strategischer Fragilität bezeichnet werden. Diesbezüglich wäre dem „democracy-versus-autocracy framing“ (Youngs 2022), welches sich mit weitreichenden Konsequenzen in „Krisenlandschaften“ – mit Fokus auf Europa, Indopazifik sowie dem Nahen- und Mittleren Osten – im Spannungsverhältnis der durch die USA, China und Russland maßgeblich geprägten „Koordinaten“ des Weltgeschehens (Bagger 2020: 20) geopolitisch manifestiert, eine nicht unwesentliche Funktion zuzuschreiben. Es sind gegenwärtig vor allem machtpolitische Faktoren der dominierenden Globalakteure in den internationalen Beziehungen, welche Ordnungsstrukturen und regulatorische Wirkkräfte herausfordern, die für die EU von zentraler Bedeutung sind. Vor diesem Hintergrund stellt der Sieg von Donald Trump bei den Präsidentschaftswahlen in den USA am 5. November 2024 eine essenzielle Beurteilungsvariable für die EU als globale Akteurin im geopolitischen Wettbewerb dar. Des Weiteren werden dadurch auch Konfliktentwicklungen in der europäischen Nachbarschaft – als „Feuerbogen“ bezeichnet – beeinflusst, welche die EU vor Herausforderungen stellen (Borrell 2024). Dies hat Auswirkungen auf weiterführende Fragen betreffend die Zukunft des Multilateralismus, der euro-atlantischen Beziehungen sowie der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Da die USA in der Vergangenheit nicht immer ein verlässlicher Partner im institutionell-multilateralen Kontext waren (Burkhalter 2024), werden europäische Bestrebungen unter Präsident Donald Trump wahrscheinlich vermehrt im Gegensatz zur strategischen Ausrichtung Washingtons stehen (Gowan 2024). Der ehemalige Kommissionspräsident José Manuel Barroso bezeichnet daher generell die zweite Präsidentschaftsära von Donald Trump auch als „Schocktherapie“ für die EU (Barroso 2024), die ihre Wirkung in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik entfalten dürfte. Diesbezüglich wird die Frage zu beantworten sein, ob ein Paradigmenwechsel in der GSVP lediglich eine Möglichkeit realpolitischer Maßnahmengestaltung oder gar eine Notwendigkeit für die weitere strategische Handlungsfähigkeit darstellt. Ob die Zielsetzung der strategischen Autonomie gemäß EU-Globalstrategie (EUGS) (Global Strategy 2016: 4) wieder die politischen Agenden der höchsten Entscheidungsträger bestimmen wird oder bestimmen sollte, wird abschließend thematisiert.

Leitperspektiven der EU als globale Akteurin

Das Eintreten für eine regelbasierte Weltordnung im Rahmen eines funktionierenden Multilateralismus bleibt nicht nur ein deklaratorisches Postulat der EU (Borrell 2021) basierend auf Kurzzeitzielen, sondern stellt vielmehr „Leitperspektiven“ der GASP sowie der GSVP über Legislaturperioden hinweg dar (Europäischer Rat 2024). Dies wurde sowohl in der vom Europäischen Rat verabschiedeten „Strategischen Agenda“ – beschlossen am 27. Juni 2024 – als auch in den „politischen Leitlinien“ von der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Juli 2024 bestätigt. Angesichts der zunehmenden multispektralen Spannungen zwischen den globalen Mächten USA und China (Jie 2024) mit dem Kulminationspunkt des „strategischen Wettbewerbs“ in Indopazifik (Farkas 2024: 40) sowie des russischen Angriffskrieges in der Ukraine scheinen gerade Ansätze der Normsetzung des

Völkerrechts hinsichtlich eines institutionenbasierenden Multilateralismus zwar notwendig (Michel 2024), aber auch schwer realisierbar zu sein (United Nations News 2024). Somit ist nicht nur eine analytische, sondern vor allem eine realpolitische Diskrepanz zwischen Anspruch und tatsächlicher Umsetzung von wertegeleiteten Maßnahmen als gegeben anzusehen. Dennoch bleiben die „Strategische Agenda“ sowie Leitlinien der EU-Kommission der Jahre 2024-2025 auf die Stärkung der völkerrechtlich verankerten Institutionen und der rechtlichen Regulierung internationaler Prozesse fokussiert. Vor diesem Hintergrund werden von Ursula von der Leyen klare Festlegungen nach ihrer Wiederwahl zur Kommissionspräsidentin durch die Staats- und Regierungschefs beim EU-Gipfel am 27. Juni 2024 vorgenommen und scheinen auch die weitere politische Ausrichtung der Legislaturperiode bis 2029 – zumindest konzeptuell und programmatisch – zu prägen:

„Europa wird stets die auf Regeln beruhende internationale Ordnung verteidigen, in der Recht und Normen stärker sind als Machtansprüche und Konflikte. Darauf gründet sich unsere Union und darauf wird sich unsere Zukunft gründen (Politische Leitlinien 2024 – 2029: 39).“

Diese dezidiert deklaratorisch-normative Ausgestaltung der künftigen Ausrichtung manifestiert sich in den Politikfeldern der GASP und GSVP, muss sich jedoch hinsichtlich der bereits erwähnten Diskrepanz in realpolitischen Maßnahmensetzungen unter den vorherrschenden Rahmenbedingungen des hierarchisch strukturierten Systems der internationalen Beziehung (Barder 2017) auch durchsetzen. Angesichts der massiven politischen Veränderungen in den USA dürfte aber die EU in den kommenden Jahren im Hinblick auf das Entstehen für einen wertebasierten Multilateralismus nicht nur mit geopolitischen Herausforderern wie Russland und China konfrontiert sein, sondern auch mit gegensätzlichen Interessen der US-Administration unter Präsident Donald Trump. Financial Times spricht von „multiplen Problemen“, die vom „Trumpismus“ für Europa ausgehen würden (Financial Times 2024). In diesem Kontext spielen neben Interessensgegensätzen in den außen- und sicherheitspolitischen Bereichen sowie der Wirtschafts- und Handelspolitik auch demokratiepolitische Aspekte im Sinne des „Transatlantic illiberalism“ (van Rij 2024, Financial Times 2024) eine nicht unwesentliche Rolle. Es ist jedoch generell davon auszugehen, dass demokratiepolitische Argumente und vor allem die Kritik an autokratischen Zügen des „Trumpismus“ in den USA in den euro-atlantischen Beziehungen an Bedeutung abnehmen und somit eher interessensgeleitete Maßnahmen in mehreren Bereichen in den Mittelpunkt gerückt werden.

Angesichts des Lagebildes wären daher die zentralen politischen Handlungsfelder zu definieren, welche die EU sowohl in ihrer supranationalen als auch ihrer intergouvernementalen Gestaltungs-, Handlungs- und Umsetzungsfähigkeit im Zusammenhang der künftigen US-Administration beeinflussen werden. Unmittelbar nach dem Wahlsieg von Trump listete Politico neben der Verteidigungspolitik elf weitere Politikfelder auf, in denen sich die Interessensgegensätze zwischen der EU und den USA unter Präsident Trump mit hoher Wahrscheinlichkeit verschärfen werden. Betroffen sind folgende Bereiche: Klima, Handel, Zentralbankwesen, Nachhaltigkeit, Finanzdienstleistungen, Gesundheit, Mobilität, Technologie (u.a. Chips), Wettbewerb und die Cybersicherheit (Politico 2024). Die bereits im Vorfeld der Übernahme der Amtsgeschäfte durch den „President-elect“ Donald Trump abzeichnenden gegensätzlichen Interessen zwischen der künftigen US-Administration und der EU deuten auf eine Veränderung der bisherigen euro-atlantischen Beziehungen mit womöglich weitreichenden Konsequenzen für die weitere Entwicklung der GASP und GSVP (Spatafora 2024: 4) hin. Um mögliche weiterführende

Rückschlüsse ziehen zu können, müssen einerseits die zu erwartenden Entwicklungen im Ukrainekrieg und andererseits der innere Zusammenhalt der NATO berücksichtigt werden.

Wende in der europäischen Sicherheitspolitik

Nach dem Ausbruch des russischen Angriffskriegs in der Ukraine im Februar 2022 stand die Verteidigung der regelbasierten Weltordnung im Mittelpunkt der Kommunikation der EU und USA, wie es auch beim EU-USA-Gipfel im Oktober 2023 bestätigt wurde (European Council 2023). Dadurch wurde der euro-atlantische Einklang in der Begegnung der globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen hervorgehoben und unter die viel zitierte Prämisse des Kampfes der Demokratie versus Autokratie untergeordnet (Youngs 2022). Diese Darstellung kann als eine demokratiepolitische Untermauerung der strategischen Ausrichtung der GASP und GSVP interpretiert werden. In einem der wichtigsten sicherheitspolitischen Dokumente der GSVP, dem Strategischen Kompass, beschlossen während dem EU-Ratsvorsitz Frankreichs im März 2022, wurde der „Wettbewerb der Governance-Systeme“ als ein Kriterium der gemeinsamen Sicherheitspolitik hervorgehoben (Rat der Europäischen Union 2022: 5). Kontextualisiert wurde dies mit der Verteidigung der demokratischen Werte vor allem im Lichte des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine. Als unverbrüchliche Verbündete standen die EU mit den USA gemeinsam den autokratischen Herausforderungen auf europäischer und globaler Ebene entgegen (Youngs 2022). Damit schienen auch die Anstrengungen für die militärische Unterstützung für die Ukraine im Krieg gegen Russland und in weiterer Folge für die Verteidigung des „freien Europas“ unerschütterlich zu sein. Die gemeinsame Steuerung globaler Prozesse erfolgte auf Basis demokratiepolitischer Prinzipien in enger Absprache zwischen europäischen Partnern und den USA. Eindeutlich wurde dies unter anderem beim G7-Außenministertreffen 2024 in Rom oder beim NATO-Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Juli in Washington unter Anwesenheit des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj bestätigt (U.S. Department of State 2024a, 2024b). Beim NATO-Gipfel, der unter den Vorzeichen des 75-Gründungsjubiläums stand, wurden zwei wesentliche Absichten deklariert: a) Bekräftigung der „unerschütterliche Unterstützung für die Ukraine“ und b) „Stärkung der Abschreckungs- und Verteidigungshaltung“ (US. Department of State 2024b). Dies untermauerte erneut das Fundament der Partnerschaft. Kooperation zwischen EU, USA und NATO im Sinne der Ukraine wurden jedenfalls bis zum Sieg von Donald Trump – mit Ausnahme von Ungarn und der Slowakei – innerhalb der EU und NATO nicht ernsthaft infrage gestellt (Resnik et. al 2024). Doch der Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA läutete bereits unmittelbar danach einen Änderungsprozess ein, der Auswirkungen auf mehreren Ebenen bewirkte:

- Anpassung des geopolitischen Framings („Demokratie vs. Autokratie“),
- Herbeiführen einer Friedenslösung im Ukrainekrieg,
- Schwächung der NATO.

Angesichts des Sieges von Donald Trump, der von Präsident Biden als Diktator und als Gefahr für Demokratie und von Vizepräsidentin Kamala Harris gar als Faschist bezeichnet wurde (Biden 2023, 2024; Harris 2024), wird seitens der EU eine gewisse Anpassung des bisherigen strategischen Framings (Kampf gegen Autokratie) zu

erwarten sein, um keine zusätzlichen Spannungen gegenüber der neuen US-Administration zu erzeugen. Die US-Administration unter Präsident Trump könnte nicht nur innerhalb der EU mit in Kritik geratenen Mitgliedsländern wie z. B. Ungarn enger kooperieren, sondern auch mit jenen Staaten, die international als Autokratien gelten. So erwartet sich z. B. Saudi-Arabien eine geopolitische Aufwertung durch Trump (O'Connor 2024).

Insbesondere aber wird eine Änderung der Herangehensweise im geopolitischen Konflikt gegenüber Russland vollzogen, was bereits unmittelbar in der ersten Jahreshälfte 2025 erfolgen dürfte. Der von Trump nominierte Ukraine-Beauftragte Keith Kellog möchte so schnell wie möglich den Krieg in Europa beenden. Das Narrativ der künftigen Entscheidungsträger im Weißen Haus geht vor der Schuld der US-Führung unter Präsident Biden am Krieg in der Ukraine aus (Kellog, Fleitz 2024:1). Zudem werden die außenpolitischen Maßnahmen der Biden-Administration einerseits als aggressiv im Vorfeld des russischen Überfalls auf die Ukraine verteilt – Beharren der Ukraine auf NATO-Beitritt war demnach ein Fehler – und andererseits zu ineffizient während des Krieges selbst (Kellog, Fleitz 2024: 5-6, 8). Somit ist ein zeitnahes Kriegsende in der Ukraine nach der Übernahme der Amtsgeschäfte durch Donald Trump sehr wahrscheinlich. Nicht einmal nach zwei Wochen nach der US-Wahl hat der ukrainische Präsident Selenskyj davon gesprochen, dass eine baldige Beendigung des Krieges möglich sein wird. Konkret sprach er erstmals über die Erreichung des Friedens mit Mitteln der Diplomatie (Selenskyj 2024).

Obwohl Donald Trump bis zu einer Wiederwahl in der EU mehrheitlich äußerst kritisch bewertet wurde, änderte sich danach schlagartig auch die Rhetorik der europäischen Entscheidungsträger ihm gegenüber. Deutlich ersichtlich war dies beim Besuch in Frankreich anlässlich der Eröffnung der Notre-Dame am 7. Dezember, wo es unter anderem zu einem Treffen von Trump mit Selenskyj sowie dem französischen Präsidenten Macron kam. Trump bekräftigte, den Krieg in der Ukraine schnell beenden zu wollen und es schien, als ob die „kriegsmüden Europäer“ dem keinen großen Widerstand entgegensetzen würden, so die mediale Interpretation des Treffens (Mayer 2024). Trotz der Aufforderung Selenskyjs an den Westen, weitere Waffen zu liefern, wurde vom Sieg auf der Basis der Rückeroberung der besetzten Gebiete deutlich Abstand genommen. Auch der „10-Punkteplan“, der beim „Friedensgipfel“ in der Schweiz im Juni 2024 mit 92 Staaten und acht internationalen Organisationen behandelt wurde und Russland zur Aufgabe der eroberten und besetzten Territorien aufforderte (ORF 2024a), hatte keine Gültigkeit mehr. Noch am 17. Oktober wurde von Selenskyj ein „Siegesplan“ den EU-Staats- und Regierungschefs präsentiert, der unter anderem auf einem NATO-Beitritt und der Lieferung von Langstreckenwaffen beruhte. Dabei bekräftigte Selenskyj, dass die Realisierung der Vorhaben und somit der Sieg im Krieg gegen Russland von den Partnern abhängen. Diese lehnten seine Vorschläge jedoch mehrheitlich ab (ZDF 2024) und steht seit der Wiederwahl von Trump zum Präsidenten nicht einmal mehr zur Diskussion.

Angesichts der Opferzahlen in der Ukraine, gab Selenskyj diese im Dezember mit 43.000 Toten und 300.000 Verletzten allein auf der Seite der Ukraine an (Mayer 2024), stieg bereits im Oktober die Bereitschaft der ukrainischen Bevölkerung zu Friedensverhandlung auf deutlich über 50 % an, allerdings sprachen sich lediglich 32 % für die Abgabe von Territorien aus (Ukraine-Analysen 2024). Auch die Bereitschaft des Westens, die Ukraine weiterhin zu unterstützen, dürfte sich auf die Moral der Bevölkerung auswirken. Trump selbst kündigte unmittelbar nach dem Treffen mit Selenskyj am 8. Dezember eine Kürzung der Unterstützung für die Ukraine an

(ORF 2024b), wodurch die Frage gestellt wurde, ob und inwieweit die EU den Wegfall der Hilfen der USA für die Ukraine im Krieg gegen Russland wird, kompensieren können. Allgemein herrscht die Einsicht vor, dass europäische Partner die militärischen Hilfsleistungen der USA nicht ersetzen können (Politico 2023). Ukrainische Experten gehen jedenfalls davon aus, dass beim Ausbleiben der US-Unterstützung, das Land sich noch bis Jahresmitte 2025 verteidigen wird können (The Kyiv Independent 2024). Insbesondere jene Staaten, die den militärischen Sieg der Ukraine stets unterstützt haben, stehen unter Druck, sich den neuen politischen Realitäten in den USA anzupassen. Eines der wichtigsten Unterstützer der Ukraine ist Polen, wodurch diesem Land eine hohe Priorität bei der Formulierung der Ukraine-Politik beigemessen wird. Am 10. Dezember äußerte sich der polnische Regierungschef Donald Tusk erstmals positiv zu einer Verhandlungslösung im Ukrainekrieg. Friedensgespräche, so Tusk weiter, könnten noch im Winter – also zu Jahresbeginn 2025 – beginnen (Tusk 2024).

Schwierig erscheint eine Änderung der bisherigen Politik gerade für die EU zu sein, da die Unterstützung für die Ukraine bis zum Sieg das offizielle Ziel darstellte. Präsident Putin wird in der EU als Diktator bezeichnet und bis zum Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA herrschte die Meinung vor, dass man mit Russland nicht über einen Frieden in der Ukraine verhandeln dürfe (Bernath 2024). In diesem Zusammenhang rückt die neue Außenbeauftragte und Vizekommissionspräsidentin, Kaja Kallas, ins Zentrum des Geschehens. Gleich am ersten Amtstag (1.12.2024) reiste Kaja Kallas zusammen mit dem neuen Ratspräsidenten, António Costa, nach Kiew und bekräftigte, dass der Sieg der Ukraine eine Priorität für sie hat. Dabei sagte sie: “the European Union wants Ukraine to win this war.” (Kallas 2024). Inwieweit diese Position nach wie vor die Mehrheitsmeinung der EU darstellt oder weiterhin vertreten wird können, ist fraglich (Lau, Stuart; Hartog, Eva 2024). Jedenfalls dürfte die GASP und GSVP eine Anpassung an die Maßnahmen der US-Administration 2025 erfahren, abhängig jedenfalls von der Eintrittswahrscheinlichkeit unterschiedlicher Szenarien – das Spektrum reicht von Einfrieren des Konfliktes bis zum Sieg Russlands (Tagarev 2024).

Eine weitere wesentliche Frage wird die Ausgestaltung der künftigen europäischen Sicherheitsarchitektur sein. Mit Trump als Präsident der USA wird die Rolle der NATO für die europäische Sicherheit im Allgemeinen sowie die Gültigkeit des Artikels 5 der Allianz im Besonderen wieder hinterfragt werden. Wenige Wochen vor der Amtsübernahme durch die neue US-Administration verkündet Trump, dass ein Ausstieg der USA aus der NATO realistisch sei, sollten die europäischen Allianzmitglieder ihren Verpflichtungen nach höheren Verteidigungsausgaben nicht beikommen (ORF 2024c). Damit löste Trump noch im Vorfeld seiner Präsidentschaft eine Debatte über die Glaubwürdigkeit der NATO als Verteidigungsbündnis aus. Vor diesem Hintergrund wird die EU künftig mehr Verantwortung für die Sicherheit in Europa übernehmen müssen, worauf sich die neue Kommission und auch die Mitgliedsländer einzustellen haben (Bundesministerium der Verteidigung 2024). Um die Sicherheitsgarantien der NATO und dadurch auch das Schutzversprechen der USA gegenüber den europäischen Partnern weiter aufrechterhalten zu können, werden die militärischen Bedrohungen ausgehend von Russland in den Fokus rücken. Der NATO-Generalsekretär Mark Rutte warnte am 12. Dezember 2024 eindringlich vor einem Krieg mit Russland. Demnach bereite sich Russland auf einen „langen Konflikt“ mit Europa vor und verweist dabei auch bereits hybride Aktivitäten Russlands einigen Mitgliedsstaaten (Rutte 2024).

Verteidigungsunion als Paradigmenwechsel

Am 1. Dezember 2024 hat die neue EU-Kommission unter der Leitung von Ursula von der Leyen offiziell die Amtsgeschäfte übernommen. Eines der zentralen Aufgabenfelder wird die verstärkte Integration der Verteidigungspolitik sein. Diesbezüglich sind auch weitreichende Maßnahmen in der GSVP geplant. Eine der zentralen Änderungen und somit auch das sichtbarste Zeichen eines Aufbruchs in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist die Aufstellung eines eigenen Kommissars für Verteidigung und Raumfahrt. Als erster EU-Verteidigungskommissar wurde der aus Litauen stammende ehemalige Premierminister Andrius Kabilius bestätigt. Zusammen mit der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizekommissionspräsidentin Kaja Kallas werden in der Legislaturperiode 2024-2029 politische Vertreter aus jenen EU-Ländern die GASP und GSVP in der Kommission maßgeblich bestimmen, die sich vehement für einen militärischen Sieg der Ukraine einsetzen und sich auch die eine stärkere Angliederung der EU und die NATO wünschen. Dies dürfte sich in der künftigen Ausgestaltung der außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Ausrichtung der EU widerspiegeln. Ausgehend von den Vorhaben der Kommission in der GASP und GSVP ist der politische Wille zur Vertiefung der verteidigungspolitischen Kooperation deutlicher als in der Vergangenheit ausgeprägt. Dies leitet sich von den Vorgaben der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen an Kallas und Kabilius ab. Besonders hervorgehoben wird dabei der geopolitische Kontext:

„You take office at a time when the world is more dangerous and unstable than it has been for generations. From Russia’s war of aggression in Ukraine and a systematic attack on the rules-based international order and our common values, to a weaponisation of all types of policies, we are in an era of **geostrategic rivalries** [Hervorhebung im Originaltext, Anm. d. Verf.] (Ursula von der Leyen 2024a).“

Die wesentlichen Aufgaben der Außenbeauftragten Kallas im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind gemäß „Mission Letter“ (Ursula von der Leyen 2024a) folgende:

- Unterstützung für die Ukraine „solange es dauert“,
- Koordinierung beim Aufbau der Verteidigungsunion,
- Mitwirkung am Weißbuch der Verteidigung,
- Stärkung der EU-NATO-Partnerschaft,
- Flexible Reaktion auf neue Bedrohungen,
- Strategischer Zugang zu Sanktionen.

Die konkrete Operationalisierung der einzelnen Bereiche in der Verteidigungspolitik obliegt dann dem Verteidigungskommissar Kabilius. Dieser ist mit der Umsetzung weitreichender Maßnahmen betraut (Ursula von der Leyen 2024b), u.a. mit:

- Aufbau der Verteidigungsunion,
- Erstellung des Weißbuches für Verteidigung,
- Entwicklung der zivilen und militärischen Vorsorge,
- Stärkung der militärischen Mobilität und der Transportinfrastruktur,
- Dual-Use Kapazitäten nutzen,
- Beitrag zum Aufbau eines Binnenmarktes für Rüstungsgüter und Integration von KMU in Lieferketten,
- Vorantreiben der Standardisierung mit der NATO,
- Implementierung des “European Air Shield” und Cyber-Verteidigung,

- Aufsicht über die Europäischen Verteidigungsindustrie-Strategie,
- Weiterentwicklung des Verteidigungsfonds,
- Implementierung des “European Defence Industry Reinforcement through Common Procurement Act” (EDIRPA) sowie des “Act in Support of Ammunition Production (ASAP).
- Stärkung der EU-NATO-Partnerschaft.

Anhand dieser Maßnahmen der künftigen Kommission wird eine Ernsthaftigkeit der vertiefenden Kooperation in der Verteidigungspolitik ersichtlich, wobei die genannten Maßnahmen der integrativen Absichten im Kontext der geopolitischen Spannungen sowie den möglichen Dynamiken in den internationalen Beziehungen zu sehen sind. Die deklarierte Zielsetzung, eine Verteidigungsunion zu etablieren, scheint vor allem ein Paradigmenwechsel vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine zu sein, der im Zuge der zweiten Präsidentschaft von Donald Trump rasch zu vollziehen sein wird. Angesichts der beschriebenen sicherheitspolitischen Konstellation herrscht daher die weitverbreitete, aber dennoch falsche Meinung vor, wonach die EU auf Entwicklungen lediglich reagiere, wodurch eine mangelnde Strategiefähigkeit und dadurch auch eine Schwäche gegenüber anderen Akteuren argumentiert wird. Tatsache ist aber, dass die integrative Vertiefung der verteidigungspolitischen Kooperation ein Bestandteil des seit 2009 gültigen Vertrags von Lissabon ist. Abgebildet ist der Aufbau der Verteidigungsunion im EU-Vertrag (EUV) im Artikel 42 Abs. 1 und Abs. 2, der die Möglichkeiten einer gemeinsamen Verteidigung vorsieht. Im genauen Wortlaut heißt es im Art. 41 Absatz 1 wie folgt:

„Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Sie sichert der Union eine auf zivile und militärische Mittel gestützte Operationsfähigkeit. Auf diese kann die Union bei Missionen außerhalb der Union zur Friedenssicherung, Konfliktverhütung und Stärkung der internationalen Sicherheit in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen zurückgreifen. Sie erfüllt diese Aufgaben mit Hilfe der Fähigkeiten, die von den Mitgliedstaaten bereitgestellt werden (EUV Art. 41, 1).“

Während im Artikel 42 Absatz 1 der Stellenwert der Sicherheits- und Verteidigungspolitik als „integraler Bestandteil“ der GASP definiert und auch der Zweck präzisiert wird, wird im Absatz 2 die Absicht bekundet, „einer schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigung“ näher zu kommen.

„Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik umfasst die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der Union. Diese führt zu einer gemeinsamen Verteidigung, sobald der Europäische Rat dies einstimmig beschlossen hat. Er empfiehlt in diesem Fall den Mitgliedstaaten, einen Beschluss in diesem Sinne im Einklang mit ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften zu erlassen (EUV Art. 41, 2.)“

Diesbezüglich sei auf die bereits in der Globalstrategie (2016) deklarierte Erreichung der „strategischen Autonomie“ der EU mit der Frage zu verweisen, ob der Aufbau der Verteidigungsunion nach wie vor das damals definierte Ziel verfolgt. Angesichts der beabsichtigten Tragweite der genannten Aufgabenfelder in der GSVP kann eher davon gesprochen werden, dass nicht die „strategische Autonomie“ in der Verteidigungspolitik, sondern bereits die „strategische Handlungsfähigkeit“ im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik in den Mittelpunkt der sicherheits- und verteidigungspolitischen Gestaltung der EU zu stellen wäre. Somit könnte die Etablierung der Verteidigungsunion als eine langfristige Maßnahme für die Erreichung der Handlungsfähigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik im Sinne von Dan Kraus interpretiert werden:

„Es geht um bewusstes, intendiertes aktives und eigenständiges Tätigwerden auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Anspruch auf erfolgreiche Teilhabe an Interaktionen und Prozessen der internationalen Politik und der internationalen Beziehungen. (...) Dafür sind bei einem politischen Akteur sui generis, wie der EU und 27 Mitgliedstaaten politischer Wille und vor allem politische Führung erforderlich sowie die Bereitschaft zur Machtausübung, in all ihren Formen, wenn notwendig (Krause 2020: 17-18).“

In diesem Zusammenhang bedeutet ein möglicher Paradigmenwechsel der EU in der „Trump-II-Ära“ nicht primär den Aufbau der Verteidigungsunion, um autonom von den USA und NATO handeln und sich auch verteidigen zu können, sondern nachhaltig glaubwürdig und strategisch handlungsfähig bei der umfassenden Interessensdurchsetzung in den internationalen Beziehungen zu sein. Langfristig sollte die EU in der Lage sein, auch gegenüber den Interessen der USA eine strategische Handlungsfähigkeit zu besitzen. Dies geht jedoch weit über die Legislaturperiode von Donald Trump als Präsident (2017-2021) hinaus.

Resümee und Ausblick

Die Präsidentschaft von Donald Trump wird die EU unter Druck setzen, sich entweder an den politischen Willen der US-Administration anzupassen oder einen Weg zu finden, die eigenen Interessen ohne größere Spannungen und Verwerfungen mit dem Weißen Haus verfolgen zu können. Der weitere Verlauf des Krieges in der Ukraine und vor allem die Absicht von Trump, diesen beenden zu wollen, wird zeigen, inwieweit und wie schnell europäische Partner die außen- und sicherheitspolitischen „Vorgaben“ aus Washington adaptieren werden können. Bereits im Vorfeld der Übernahme der Amtsgeschäfte von Donald Trump wurde ersichtlich, dass insbesondere die Bereitschaft der EU in der US-Ukrainepolitik nicht gegeben sein dürfte, sich dem Wunsch nach Beendigung des Krieges entgegenzustellen. Ein Abrücken von der deklarierten Zielsetzung, die Ukraine bis zum militärischen Sieg unterstützen zu wollen, wird höchstwahrscheinlich bereits in der ersten Jahreshälfte 2025 einer pragmatischen Herangehensweise weichen. Es ist auch nicht auszuschließen, dass in den EU-Ländern mittelfristig das Narrativ der US-Administration zum Krieg in der Ukraine an Zustimmung gewinnen wird. Einen Paradigmenwechsel müsste die EU vor allem deshalb vollziehen, weil künftig eigene Interessen verstärkt gegen den Willen der USA durchgesetzt werden müssen. Das Vorhaben der Kommission, eine Verteidigungsunion zu etablieren, könnte als langfristige Maßnahme, strategische Handlungsfähigkeit in der GASP/GSVP erreichen zu wollen, interpretiert werden.

Literatur und Quellen

- Bagger, Thomas (2020): Koordinaten deutscher Außenpolitik nach 1989 (19 – 25), in: Lippert, Barbara; Maihold, Günther (Hrsg.): Krisenlandschaften und die Ordnung der Welt – Im Blick von Wissenschaft und Politik, SWP-Studie 18, September 2020, Berlin; https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2020S18_Krisenlandschaften.pdf (zuletzt eingesehen am 19.11.2024).
- Barder, Alexander (2017): International Hierarchy. Oxford Research Encyclopedia of International Studies. Retrieved 19 Nov. 2024, from <https://oxfordre.com/internationalstudies/view/10.1093/acrefore/9780190846626.001.0001/acrefore-9780190846626-e-95> (zuletzt eingesehen am 19.11.2024).
- Barraso, José Michael (2024): Europe is facing a triple crisis – Trump’s re-election is the shock therapy it needs, 9.12.2024, <https://www.chathamhouse.org/publications/the->

- world-today/2024-12/europe-facing-triple-crisis-trumps-re-election-shock-therapy (zuletzt eingesehen am 11.12.2024).
- Bernath, Markus (2024): Muss die Ukraine jetzt mit Putin verhandeln? Die fünf grössten Irrtümer über einen Frieden, 28.9.2024, <https://www.nzz.ch/international/muss-die-ukraine-jetzt-mit-putin-verhandeln-nein-die-fuenf-groessten-irrtuemer-ueber-einen-frieden-ld.1850061> (zuletzt eingesehen am 12.12.2024).
- Biden, Joseph R. (2023) zitiert in Reuters (2023): Biden on Trump 'dictator' remark: 'He's saying it out loud', 11.12.2023, <https://www.reuters.com/world/us/white-house-warns-democracy-threat-after-trump-repeats-dictator-remark-2023-12-11/> (zuletzt eingesehen am 5.12.2024).
- Biden, Joseph R. (2024): Biden blasts Trump as a 'despicable' danger to democracy, 1.5.2024, <https://www.politico.com/news/2024/01/05/biden-democracy-speech-00134118> (zuletzt eingesehen am 5.12.2024).
- Borrell, Josep (2021): Stärkung des Multilateralismus für das 21. Jahrhundert, 17.2.2021, https://www.eeas.europa.eu/eeas/st%C3%A4rkung-des-multilateralismus-f%C3%BCr-das-21-jahrhundert_de (zuletzt eingesehen am 19.11.2024).
- Borrell, Josep (2024): https://www.eeas.europa.eu/eeas/europe-arc-fire_en (zuletzt eingesehen am 5.12.2024).
- Bundesministerium der Verteidigung (2024): Für ein starkes und sicheres Europa: Treffen im Fünfer-Format in Berlin, 25.11.2025, <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/pistorius-empfang-fuenfer-format-5862896> (zuletzt eingesehen am 12.12.2024).
- Burkhalter, Dorian (2024): Was bedeuten die US-Wahlen für das internationale Genf?, 3.11.2024, <https://www.swissinfo.ch/ger/internationales-genf/was-bedeuten-die-us-wahlen-f%C3%BCr-das-internationale-genf/87917003> (zuletzt eingesehen am 25.11.2024).
- Carothers, Thomas; Youngs Richard (2024): European and U.S. Democracy Support: The Limits of Convergence, 2.5.2024, <https://carnegieendowment.org/research/2024/05/european-and-us-democracy-support-the-limits-of-convergence?center=europe&lang=en> (zuletzt eingesehen am 29.11.2024).
- European Council (2023): EU-US summit, 20 October 2023, <https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/international-summit/2023/10/20/> (zuletzt eingesehen am 29.11.2024).
- Europäischer Rat (2024): Strategische Agenda 2024 – 2029, https://www.consilium.europa.eu/media/w5gdkvhv/sn02167de24_web.pdf (zuletzt eingesehen am 19.11.2024).
- Farkas, Barbara (2024): Der indopazifische Raum (39 – 45), in: ISS Lagebild – Strategie & Sicherheitspolitik. Akteure und Mächte, Frühjahr 2024, https://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/iss_lagebild_2_24_webversion_v4.pdf (zuletzt eingesehen am 20.11.2024).
- Financial Times (2024): The Trump challenge for Europe, 13.11.2024, <https://www.ft.com/content/7e09b1c4-db5f-4cc0-ac59-c2bae2997687> (zuletzt eingesehen am 20.11.2024).
- Gowan, Richard (2024): UN-nerved: How Trump's Victory is Seen at the United Nations, 14.11.2024, <https://ny.fes.de/article/un-nerved-how-trumps-victory-is-seen-at-the-united-nations.html> (zuletzt eingesehen am 5.12.2024).
- Harris, Kamala (2024) zitiert von Brian Benett (2024): Harris: Trump Is a 'Fascist' Who Will Use Military For Personal Vendettas, 23.10.2024, <https://time.com/7096898/harris-trump-facist-speech/> (zuletzt eingesehen am 5.12.2024).
- Jie, Yu (2024): China 'under siege' – How the US's hardening China policy is seen in Beijing, 10.10.2024, <https://www.chathamhouse.org/2024/07/china-under-siege/key-issues-china-us-relationship> (zuletzt eingesehen am 20.11.2024).
- Kallas, Kaja (2024) zitiert in Lau, Stuart; Hartog, Eva (2024): Europe's next top diplomat is ready to be undiplomatic, 9.12.2024, <https://www.politico.eu/article/kaja-kallas-estonia->

- europe-next-top-diplomat-prime-minister-brussels-eu-leader/ (zuletzt eingesehen am 12.12.2024).
- Kellogg, Keith; Fleitz, Fred (2024): America First, Russia, & Ukraine, 29.4.2024, https://americafirstpolicy.com/assets/uploads/files/America_First_Russia_Ukraine_.pdf (zuletzt eingesehen am 12.12.2024).
- Krause, Dan (2020): Die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in der Außen- und Sicherheitspolitik (13-35), in: Dan Krause (Hrsg.): Europäische Sicherheit - die EU auf dem Weg zu strategischer Autonomie und Europäischer Verteidigungsunion?, Reihe WIFIS-aktuell, Verlag Barbara Budrich, Opladen, Berlin, Toronto 2020
- Mayer, Michael (2024): Trumps doppelte Botschaften zum Ukrainekrieg mit Macron als Broker, 9.12.2024, <https://www.derstandard.at/story/3000000248479/trumps-doppelte-botschaften-zum-ukrainekrieg-mit-macron-als-broker> (zuletzt eingesehen am 10.12.2024).
- Michel, Charles (2024): 'Rebuilding trust, boosting trade and transforming our multilateral institutions' - speech by Charles Michel, President of the European Council, at WTO Presidential Lecture, European Council, Speech, 1.11.2024, <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2024/11/01/rebuilding-trust-boosting-trade-and-transforming-our-multilateral-institutions-speech-by-charles-michel-president-of-the-european-council-at-wto-presidential-lecture/> (zuletzt eingesehen am 19.11.2024).
- O'Connor, Tom (2024): Saudi Arabia Has Its Own 'Deal of the Century' for Trump, 24.11.2024, <https://www.newsweek.com/saudi-arabia-has-its-own-deal-century-trump-1989311> (zuletzt eingesehen am 5.12.2024).
- ORF (2024a): Selenskyj sieht Druck auf Kreml steigen, 15.6.2024, <https://orf.at/stories/3360814/> (zuletzt eingesehen am 12.12.2024).
- ORF (2024b): Trump: Ukraine-Hilfen werden „wahrscheinlich“ gekürzt, <https://orf.at/stories/3378322/> (zuletzt eingesehen am 12.12.2024).
- ORF (2024c): Trump droht erneut mit US-Austritt aus NATO, 8.12.2024, <https://orf.at/stories/3378317/> (zuletzt eingesehen am 12.12.2024).
- Politico (2023): EU to US: Help, we can't cope without you on Ukraine, 5.10.2023, <https://www.politico.eu/article/josep-borell-eu-ukraine-to-us-help-we-cant-cope-without-you-on-ukraine/> (zuletzt eingesehen am 12.12.2024).
- Politico (2024): Trump's in. Here's what it means for Europe., 6.11.2024, <https://www.politico.eu/article/donald-trump-washington-us-elections-win-2024-kamala-harris-europe-russia/> (zuletzt eingesehen am 20.11.2024).
- Politische Leitlinien (2024): Europa hat die Wahl politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission 2024–2029, Ursula von der Leyen, Kandidatin für das Amt der Präsidentin der Europäischen Kommission, 17. Juli 2024, Straßburg, https://commission.europa.eu/document/download/e6cd4328-673c-4e7a-8683-f63ffb2cf648_de?filename=Political%20Guidelines%202024-2029_DE.pdf (zuletzt eingesehen am 19.11.2024).
- Spatafora, Giuseppe (2024): Trump, Harris and transatlantic uncertainties – What choices for Europe?, EUISS Special Report, October 2024, <https://www.iss.europa.eu/sites/default/files/EUISSFiles/2024-02%20GS%20Transatlantic%20uncertainties.pdf>
- Rat der Europäischen Union (2022): Ein Strategischer Kompass für Sicherheit und Verteidigung – Für eine Europäische Union, die ihre Bürgerinnen und Bürger, Werte und Interessen schützt und zu Weltfrieden und internationaler Sicherheit beiträgt, 1.3.2022, <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7371-2022-INIT/de/pdf> (zuletzt eingesehen am 26.11.2024).
- Resnik, Diana; Roche, Lena; Siposhegyi, Zoltán (2024): Zankapfel Ukraine-Hilfe: Slowakei und Ungarn verbünden sich, 16.1.2024, <https://de.euronews.com/2024/01/16/zankapfel-ukraine-hilfe-slowakei-und-ungarn-verbunden-sich> (zuletzt eingesehen am 12.12.2024).

- Rutte, Mark (2024) zitiert in Die Zeit (2024): Nato-Generalsekretär warnt vor russischem Angriff auf Rest Europas, 12.12.2024, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-12/nato-generalsekretar-mark-rutte-russland-putin> (zuletzt eingesehen am 13.12.2024).
- Selenskyj, Wolodymyr (2024) zitiert in BR24 (2024): Selenskyj will den Krieg 2025 durch Diplomatie beenden <https://www.br.de/nachrichten/bayern/selenskyj-ukraine-krieg-muss-2025-durch-diplomatie-enden>, UUIV SaU (zuletzt eingesehen am 10.12.2024).
- Tagarev, Todor (2024): Prepare for the worst: Four scenarios for Ukraine under Trump 2.0, 6.12.2024, <https://ecfr.eu/article/prepare-for-the-worst-four-scenarios-for-ukraine-under-trump-2-0/> (zuletzt eingesehen am 12.12.2024).
- The Kyiv Independent (2024): Ukraine has arms to resist at least until mid-2025 if US cuts aid, finance minister says, 12.12.2024, <https://kyivindependent.com/ukraine-has-enough-arms-to-resist-at-least-until-mid-2025-marchenko/> (zuletzt eingesehen am 12.12.2024).
- Tusk, Donald (2024) zitiert in Tageschau (2024): Tusk setzt auf Gespräche noch "in diesem Winter", 10.12.2024, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/tusk-verhandlungen-ukraine-100.html> (zuletzt eingesehen am 12.12.2024).
- Ukraine-Analysen (2024): Die Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zu Verhandlungen mit Russland, 14.11.2024, <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/306/einstellung-ukraine-friedensverhandlungen-mit-russland/> (zuletzt eingesehen am 10.12.2024).
- United Nations News (2024): Ukraine war 'stark reminder' of the trials facing multilateralism, 19.4.2024, <https://news.un.org/en/story/2024/04/1148756> (zuletzt eingesehen am 19.11.2024).
- U.S. Department of State (2024b): G7 Italy 2024 Foreign Ministers' Statement, 19.4.2024, <https://www.state.gov/g7-italy-2024-foreign-ministers-statement-on-addressing-global-challenges-fostering-partnerships/> (zuletzt eingesehen am 27.11.2024).
- U.S. Department of State (2024b): NATO Summit, ohne Datum, <https://www.state.gov/nato-summit/> (zuletzt eingesehen am 5.12.2024).
- van Rij, Armida (2024): Trump and his growing number of European allies threaten the European project, 11.11.2024, <https://www.chathamhouse.org/2024/11/trump-and-his-growing-number-european-allies-threaten-european-project> (zuletzt eingesehen am 20.11.2024).
- von der Leyen, Ursula (2024) Mission Letter, Kaja Kallas – High Representative for Foreign Affairs and Security Policy and Vice-President of the European Commission, 17.9.2024, https://commission.europa.eu/document/download/1fd85a66-b89a-492b-8855-89499106c1d4_en?filename=Mission%20letter%20-%20KALLAS.pdf (zuletzt eingesehen am 12.12.2024).
- von der Leyen, Ursula (2024) Mission Letter, Andrius Kubilius – Commissioner-designate for Defence and Space, 17.9.2024, https://commission.europa.eu/document/download/1f8ec030-d018-41a2-9759-c694d4d56d6c_fr?filename=Mission%20letter%20-%20KUBILIUS.pdf (zuletzt eingesehen am 12.12.2024).
- Wahls, Rina (2024): Wer wann wo weltweit wählt, 11.2.2024, <https://www.spiegel.de/ausland/superwahljahr-2024-in-grafiken-rund-die-haelfte-der-weltbevoelkerung-ist-zu-wahlen-aufgerufen-a-dae06614-a1fb-47fc-baee-9c519b7da694> (zuletzt eingesehen am 19.11.2024).
- Youngs, Richard (2022): Autocracy Versus Democracy After the Ukraine Invasion: Mapping a Middle Way. 20.7.2022, <https://carnegieendowment.org/research/2022/07/autocracy-versus-democracy-after-the-ukraine-invasion-mapping-a-middle-way?lang=en> (zuletzt eingesehen am 27.11.2024).
- ZDF (2024): Selenskyj: "Siegesplan" hängt von Partnern ab, 17.10.2024, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/selenskyj-ukraine-siegesplan-eu-100.html> (zuletzt eingesehen am 10.12.2024).

Die NATO

und die transatlantischen Beziehungen

von Otto Naderer

Obwohl es noch unklar ist, wie sich die Wahl Donald Trumps auf die transatlantische Allianz auswirken wird, darf doch davon ausgegangen werden, dass Europa mehr für seine Sicherheit leisten müssen.

Das NATO-interne „burden sharing“ muss ausgeglichener werden und darüber hinaus werden die europäischen Alliierten sehr wahrscheinlich gefordert sein, Washington überhaupt vom Wert der Bindung an Europa weiter zu überzeugen.

So muss der „alte Kontinent“ darangehen, den seit langem geforderten „europäischen Pfeiler“ in der NATO aufzubauen, damit die USA eigene militärische Kapazitäten für ihren „pivot to Asia“ freimachen können. Nur so wird sich Washington zukünftig in der NATO engagieren.

75 Jahre NATO

Am 4. April 1949 im Kontext des beginnenden Kalten Kriegs gegründet, feierte das transatlantische Bündnis im vergangenen Juli seinen 75. Geburtstag in Washington. Nach mehr als zwanzig Jahren Krisenmanagement im Auftrag der Vereinten Nationen führte der russische Angriff das Bündnis nun wieder zu seinem ursprünglichen Zweck zurück, nämlich für seine mittlerweile 32 Mitgliedsstaaten über Abschreckung und Verteidigung Sicherheit zu gewährleisten. Das Gipfeltreffen in Washington sollte daher auch in diesem Sinne Beschlüsse fassen, vermutlich zum letzten Mal im einhelligen transatlantischen Geist. Denn im Jänner 2025 wird D. Trump erneut als Präsident der Vereinigten Staaten angelobt, was aufgrund seiner bekannten Aussagen schwerwiegende Folgen für die Allianz haben kann. Doch bevor die möglichen Auswirkungen dieser Präsidentschaft analysiert werden, soll mit den Entscheidungen vom vergangenen Sommer eine Art Bestandsaufnahme der NATO erfolgen.

Die Gipfelbeschlüsse von Washington und ihre erste Umsetzung

Der großflächige Angriff Russlands auf seinen Nachbarn Ukraine beherrscht die Politik der Allianz, die hauptsächlich auf den Schutz der Ostflanke mit wieder aufgerüsteten Streitkräften und die Unterstützung des angegriffenen Landes abzielt.

Auf Basis der „NATO-Russland-Gründungsakte“ aus 1997 wurde die Osterweiterung des Bündnisses mit Russland akkordiert und als Gegenleistung für Moskau in den neuen Mitgliedsstaaten auf substanzielle Kampfverbände sowie Nuklearwaffen verzichtet. Außerdem sollte die Russische Föderation als Partner für die Sicherung des Friedens in Europa gewonnen werden, letzte Bemühungen darum können noch in den frühen 2010er Jahren festgestellt werden. Doch die russische Annexion der Krim 2014 führte zu einem Umdenken und drei Jahre später zur „Enhanced Forward Presence“ mit der Aufstellung Bataillons-starker Verbände im Baltikum und in Polen. Der umfassende russische Angriff 2022 auf die Ukraine zwang die NATO, diese Kräfte zu verstärken und weitere in der Slowakei, in Ungarn, in Rumänien und in Bulgarien zu stationieren. Zusätzlich wurde diesen Landstreitkräften auch die entsprechende Luft- und Seeunterstützung zugeteilt. Mit dem zwischenzeitlichen NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands ist nun eine von Nordfinnland bis zum Schwarzen Meer durchgehend gesicherte „Ostflanke“ entstanden. Nachdem aber europäische Regierungen ihre Streitkräfte fast 25 Jahre zu Tode gespart hatten, was zu den berüchtigten „Bonsai-Armeen“ führte, müssen diese nun wieder mühsam aufgebaut werden. Dieser Auf- oder Nachrüstung dient das „2-Prozent-BIP-Ziel“, dessen Verwirklichung bis 2024 die NATO-Mitgliedsstaaten bereits in Wales 2014 gelobten. Inzwischen sind es zwei Drittel der Alliierten, die diese Vorgabe erfüllen. Das ist auch notwendig, sind doch in den nächsten Jahren geschätzt weitere 35 bis 50 Brigaden aufzustellen, damit die „Ostflanke“ allein bei den Landstreitkräften ausreichend besetzt ist. Um das abzusichern, einigten sich die Verbündeten über die NATO-Verteidigungsplanung hinaus auf eine langfristige Rüstungsplanung, abgestimmtes Vorgehen bei Beschaffungen sowie gesicherte Lieferketten, damit besonders die europäische Rüstungsindustrie nach jahrzehntelanger Vernachlässigung nun wieder gesichert produzieren kann. Man wird sehen, wie weit diese Absichten mit Leben erfüllt werden, bedeutet die Realisierung gemeinsamer Beschaffung wie abgestimmter Produktion doch auch ein Zurücknehmen lang gepflegter nationaler Präferenzen.

In Bezug auf die Unterstützung der Ukraine kamen die NATO-Staaten in Washington auch überein, dass das Bündnis nach fast zweieinhalb Jahren Krieg nun von den USA die Koordinierung der Hilfslieferungen wie der Ausbildung der ukrainischen Soldaten übernimmt und mit der „NATO Security Assistance and Training for Ukraine“ (NSATU) eine neue Plattform mit Sitz in Wiesbaden bildete. Außerdem soll Kiew fünf Luftverteidigungssysteme „Patriot“ und „SAMP-T“ erhalten, deren Dringlichkeit der russische Luftangriff kurz davor auf ein Kinderspital unterstrich. Ergänzend waren noch in diesem Sommer die ersten F-16 Kampfflugzeuge einsatzbereit und werden beginnen, die russische Luftüberlegenheit einzuschränken. Um die weitere Hilfe im Sinne von „as long as it takes“ abzusichern, wurde über den „Pledge of Long-Term Security Assistance for Ukraine“ für 2025 Kriegsmaterial, sonstige Ausrüstung und Ausbildung im Wert von 40 Mrd. EUR versprochen. Diese Summe entspricht in etwa den jährlichen Aufwendungen seit 2022 und wurde auch für die Folgejahre in Aussicht gestellt. Weitere, von Kiew vorgebrachte Forderungen wie die Sicherung des westlichen Luftraums der Ukraine wurden nicht erfüllt, da die NATO auf keinen Fall in diesen Krieg hineingezogen werden will. Das zeigte auch die zögerliche Haltung bei der Frage, ob westliche Waffen zum Bekämpfen russischer Stellungen in Russland eingesetzt werden dürfen. Auch beim NATO-Beitritt gab es für die Ukraine keine konkreten Zusagen, hier stehen ebenso Ängste über eine Verwicklung in den Krieg wie die ablehnende Haltung der USA und der Bundesrepublik Deutschland sowie das ohnehin zu erwartende ungarische Veto im Hintergrund. Diese Frage erfährt frühestens nach Ende des Krieges eine Antwort. Es muss aber klar sein, dass nach den gescheiterten Sicherheitsversprechen wie dem „Budapester Memorandum“ (1994) oder dem neutralen Status nur eine NATO-Mitgliedschaft vor neuen Angriffen Russlands Schutz bieten kann.

Wenige Wochen später trafen sich Mitte Oktober die Verteidigungsminister der Allianz zur zweitägigen Herbstsitzung, die zum ersten Mal vom neuen Generalsekretär Mark Rutte geleitet wurde. Erste Umsetzungsschritte der sommerlichen Gipfelbeschlüsse wurden erörtert und dank bereits länger zurückreichender Bemühungen konnte eine Steigerung der Munitionserzeugung zur Kenntnis genommen werden, wenn auch noch mehr getan werden muss. Die Munition ist noch zu teuer, eine Verbesserung der Standardisierung und noch mehr Koordination bei der Beschaffung sollen helfen. Hier ist bemerkenswert, dass trotz jahrzehntelanger Bemühungen um Standardisierung in einer eigens dafür eingerichteten Agentur immer noch Handlungsbedarf besteht. Erneut dürften nationale Eigenheiten in der Rüstungsindustrie und in der militärtechnischen Spezifizierung hier nachhaltig hinderlich sein. Davon abgesehen schreitet die Verstärkung der Ostflanke voran, besonders mit Kräften der Fliegerabwehr. Luftraumverletzungen rumänischen Luftraumes durch russische Drohnen betonen die Notwendigkeit dieser Aufgabe.

Bei den Gesprächen mit dem ukrainischen Verteidigungsminister standen vorwiegend die für 2024 zugesagten 40 Mrd. EUR im Vordergrund, wovon in der ersten Jahreshälfte bereits knapp 21 Mrd. EUR wurden. In diesem Zusammenhang berichtete NATO-Generalsekretär Mark Rutte auch von seinem Besuch im entstehenden Koordinationskommando in Wiesbaden.

Im Sinne des 2022 beschlossenen „Strategischen Konzepts“ und der dort verankerten Vertiefung der Partnerschaft trafen sich erstmals die transatlantischen Verteidigungsminister mit ihren Amtskollegen aus dem Indopazifik, konkret aus Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea. Mit diesen wurde die Zusammenarbeit bei Cyberangriffen, der Umgang mit Desinformation und die Herausforderungen der

künstlichen Intelligenz debattiert. Dabei betonte NATO-Generalsekretär Mark Rutte die Vernetzung der globalen Sicherheit, da Konflikte in Europa Auswirkungen auf den indopazifischen Raum haben können und umgekehrt. Ein Beleg dafür ist der Einsatz nordkoreanischer Truppen an der russischen Front und die dafür gewährte Unterstützung Moskaus, damit Pjöngjang die wegen des Nuklearprogramms verhängten Sanktionen umgehen kann.

Hier ist durchaus ein globales Zusammenrücken des Westens erkennbar, wobei die NATO auf schon länger bestehende Beziehungen mit diesen Ländern zurückblicken kann. Alle vier oben genannten Staaten beteiligten sich über mehrere Jahre in irgendeiner Form am NATO-Einsatz in Afghanistan und wurden mit weiteren Staaten im Format „partners across the globe“ zusammengefasst. Ihre Bedeutung nahm im Zuge des Aufstiegs Chinas zur „Herausforderung“ des Westens, wie im „Strategischen Konzept 2022“ formuliert, zu.

Abschließend wurden noch mehrere multinationale Programme lanciert, die u. a. die Entwicklung neuer Aufklärungsdrohnen, einer Satellitenkommunikation über der Arktis („NORTHLINK“) und die Nutzung des Weltraums für militärische Operationen (STARLIFT) zum Ziel haben.

Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass sich die NATO in ihrem Jubiläumsjahr mit Ausnahme weitreichender Beschlüsse für die Ukraine als weitgehend geschlossenes Bündnis präsentierte, das angemessen auf den russischen Krieg in Europa reagierte. Mit der wiederaufgenommenen Sicherung der Ostflanke steht damit die alte Kernaufgabe „Abschreckung und Verteidigung“ eindeutig im Vordergrund, „Kooperative Sicherheit“ und „Krisenprävention und Krisenmanagement“ sind nachrangig geworden. Die einzelnen Verteidigungsbudgets nehmen kontinuierlich zu und damit die individuellen Beitragsleistungen für das Bündnis. Und somit sichert die Allianz erneut Europa vor Moskau, wie sie es bereits zwischen 1949 und 1989 getan hat. Eine Leistung, von der auch die übriggebliebenen neutralen Staaten Europas, wie Österreich und die Schweiz, enorm profitieren.



Flugzeugträger USS Gerald Ford in norwegischen Gewässern⁹

⁹ *Deterrence and Defence* vom 1. 7. 2024, abgerufen aus der NATO-Homepage: www.nato.int am 24. 11. 2024

Donald J. Trump kehrt zurück

Doch diese Erfolgsbilanz ist mit der überzeugenden Wiederwahl Donald Trumps zum US-Präsidenten massiv bedroht, sofern dieser seine Ankündigungen aus dem Wahlkampf wahr macht. Bei Berücksichtigung zwischenzeitlich erfolgter Personalentscheidungen muss aber zumindest in Teilen damit gerechnet werden.

Zuerst wird sich der NATO-Partner Ukraine Sorgen machen, dass die Unterstützung Washingtons versiegt. Das würde die schon jetzt erkennbar schwierige Lage an der Front verschärfen, da nicht angenommen werden kann, dass die europäischen NATO-Alliierten diese Lücke füllen können. Nach der Corona-Pandemie sind die meisten Budgets in Europa strapaziert, es müssen Finanzmittel für die eigene Ausrüstung reserviert werden und ein US-europäischer Handelskrieg droht. Kiew muss also befürchten, am Ende für einen politischen „Deal“ zwischen Trump und Putin geopfert zu werden. Dieser wird sicher mehr als 24 Stunden in Anspruch nehmen, könnte aber den Verlust mehrerer Landesteile, eine weiterhin verschlossene Tür zur NATO und damit eine unsichere Zukunft mit sich bringen. Eine derartige Niederlage würde aber auch den Ruf des Westens, oder was danach davon noch übrig ist, dauerhaft ramponieren und gleichzeitig in der Russischen Föderation Putin als unumschränkten Sieger erscheinen lassen. Dieser würde sehr wahrscheinlich nach einer militärischen Auffrischung zu seiner nächsten Aggression übergehen, blieb doch schon die Annexion der Krim ohne ernsthafte Konsequenzen, was zum Angriff 2022 ermunterte, der solcherart wieder „belohnt“ wäre.

Das wäre der ultimative Test für die NATO, wie immer sie dann aussehen mag. Nach jahrzehntelanger Bindung der USA an Europa, die auch schwierige Phasen wie den „Doppelbeschluss“ in den 1980-er Jahren zur nuklearen Nachrüstung meisterte, könnte mit Trump ab nächstem Jahr die transatlantische Allianz ernsthaft gefährdet werden. Denn nach wie vor verfügen die USA über unerreichte konventionelle Fähigkeiten, und was noch mehr zählt, sie bilden mit ihrem Nukleararsenal den Atomschirm für unseren Kontinent, der zur Abschreckung der russischen Nuklearwaffen einfach unverzichtbar ist. Mit diesem militärischen Potenzial, verstärkt durch wirtschaftliche Leistung und Diplomatie, gewährleisteten sie auch eine Führung in der Allianz und sicherten damit eine gewisse Einigkeit, die ansonsten nicht so leicht herzustellen gewesen wäre.

Es ist genau diese Bindung zwischen den USA und Europa, die die NATO zur erfolgreichsten Allianz der neueren Geschichte machte und die über Jahrzehnte eine Expansion der Sowjetunion und danach der Russischen Föderation Richtung Westen verhinderte. Trump könnte die Bindung nun mit zweifelhaften Aussagen über die US-Beitragsleistung zum „Artikel 5“ oder einem Austritt aus der NATO sofort lösen, was trotz aller zwischenzeitlich versuchter politischer Bremsen wie der Zustimmung des Kongresses möglich sein dürfte. Besonders jetzt, da die Republikaner diesen beherrschen. Er könnte aber auch die Mitgliedschaft Washingtons im Bündnis formell fortsetzen und gleichzeitig massiv militärische Kräfte aus Europa abziehen, da er diese gegen China und/oder zur Deportation illegaler Migranten in den USA bräuchte. Beides hätte für die NATO äußerst nachteilige Folgen, da sie in so einem Falle nur mehr eine Hülle ihrer selbst wäre, die vermutlich rasch in einzelne Kräftegruppierungen zerfallen würde. Die unter den erwartbaren Umständen noch beste Vorgangsweise Trumps wäre, den Nuklearschirm weiter zu garantieren, Seestreitkräfte für den Atlantik und das Mittelmeer sowie für die Verstärkung von US-Landstreitkräften im Kriegsfall bereitzuhalten, die ansonsten aber zu einem gewissen

Teil abgezogen würden. Dies würde Europa zwingen, im weiterhin bestehenden NATO-Rahmen Heeres- und Luftwaffenverbände der USA zu ersetzen und damit den so lang schon geforderten „europäischen Pfeiler“ glaubwürdig aufzubauen. Schlussendlich wäre damit auch eine gerechtere NATO-interne Lastenteilung erzielt und den Vereinigten Staaten in der kommenden multipolaren Weltordnung der Wert der Allianz gezeigt, was ihren politischen Einsatz für das Bündnis fortsetzen könnte.

Denn ein derartiger Pol ist die von Moskau für den Krieg gegen Kiew aufgebaute Allianz. Sie umfasst mit China, dem Iran und Nordkorea so ziemlich alle Staaten, die von Washington als Gegner beurteilt werden. Und die vermutliche Lieferung russischer Raketentechnologie an Nordkorea als Gegenleistung für die Gestellung von Truppen könnte Pjöngjang bald in die Lage versetzen, mit seinen Raketen auch für die USA, zumindest für ihre Basen im Pazifik, zur atomaren Gefahr zu werden. Eine NATO, die es Washington erlaubt, Kräfte in Europa für den „pivot to Asia“ freizumachen, könnte auch mit einem US-Präsidenten Trump ihre Zukunft sichern.

Resümee & Ausblick

Die Luftangriffe der NATO 1999 gegen Jugoslawien zeigten schon vor 25 Jahren den eklatanten Unterschied in den militärischen Fähigkeiten zwischen den europäischen Alliierten und den USA. Dieser setzte sich 2011 bei den nun von den UN autorisierten Angriffen auf die libyschen Regierungskräfte fort und der Verfasser dieser Zeilen war Zeuge, als der damalige US-Verteidigungsminister im selben Jahr die Europäer energisch aufforderte, diese Mängel endlich abzustellen. Doch wurde die unkoordinierte, aber umfassende Abrüstung zumindest bis 2014 fortgesetzt, was nicht zuletzt zu den bekannten Drohungen Trumps führte, die in der Präsidentschaftswahl von der Mehrheit der Wähler goutiert wurden. Den Europäern bleibt nun nichts anderes übrig, als im Angesicht des russischen Kriegs in der Ukraine und der künftigen US-Politik weiter aufzurüsten, um, wie oben dargelegt, die NATO zu erhalten. Damit wäre die europäische Sicherheit am besten garantiert, doch es müssen zeitgleich auch Vorsorgen Richtung „strategischer europäischer Autonomie“ getroffen werden, sollte Trump das Bündnis wirklich verlassen.

Und Österreich? Österreich sollte zuerst seine ohnehin nur minimale Unterstützung für die Ukraine nicht noch weiter reduzieren und beispielsweise Überflüge und Landtransporte verbieten. Und trotz Neutralität sollten wir uns nicht isolieren und an internationalen Initiativen wie „Sky Shield“ oder an europäischen Programmen zur Munitionsbeschaffung teilnehmen. Dies würde preisgünstige Zugänge zu Waffenprogrammen und die Einbindung in moderne internationale Prozesse erlauben, die bei einer doch aggressiven Politik Trumps von Vorteil wären. Aber vor allem sollten wir uns als Gesellschaft fragen, ob die 1955 getroffene Entscheidung für die „immerwährende Neutralität“ noch zeitgemäß ist. Wenn beinahe alle EU-Partner der NATO beitreten, über diese die Ukraine unterstützen und nun gefordert sind, zur Aufrüstung des Bündnisses beizutragen, dann können wir nur schwer abseitsstehen. Denn mit Trump im Westen und mit Putin im Osten war unsere Zukunft noch nie so unsicher wie jetzt. Wann, wenn nicht jetzt, wäre eine sicherheitspolitische Debatte notwendig?

Das transatlantische Verhältnis

unter der zweiten Trump Administration

von Gustav C. Gressel

Donald Trump ist für seine zweite Amtszeit weit besser vorbereitet als seine erste. Er hat die vier Jahre genutzt, um ihm loyale, seine politische Agenda mittragende, aber auch regierungsfähige, bzw. verwaltungserfahrene Mitstreiter zu sammeln, mit denen er ohne interne Widerstände aus der Bürokratie regieren will. Dabei stehen aber innen- und machtpolitische Fragen an erster Stelle, die Außenpolitik nimmt nur eine Nebenrolle in den Überlegungen Trumps Mitstreiter ein. Die außenpolitischen Äußerungen und Sichtweisen seiner bisherigen Nominierungen sind alles andere als kohärent.

Allerdings wird sich die innenpolitische Agenda auch stark auf die Außenpolitik durchschlagen. Die „Zerschlagung des Deep States“, also eine Massenentlassung von Beamten aus dem Justiz- und Geheimdienstwesen, der Ermittlungsbehörden, des diplomatischen Dienstes etc. und ein Austausch gegen Trump loyale Republikaner wird die praktische Leistungsfähigkeit vieler Dienste, bis möglicherweise hin zu den Streitkräften selbst, in Mitleidenschaft ziehen. Auf diese sind jedoch die Europäer bei der Terrorbekämpfung und der Aufrechterhaltung der äußeren Sicherheit durch Abschreckung angewiesen.

Auch wenn sich Trump und Biden in ihrer Rhetorik zur Ukraine stark unterscheiden, streben beide einen Waffenstillstand mehr oder weniger entlang der bestehenden Frontlinien an und wollen die Ukraine nicht in die NATO aufnehmen. Dass Putin gegenüber Trump verhandlungsbereiter ist als gegenüber Biden, ist unwahrscheinlich. Sollten sich amerikanische Waffenlieferungen erneut verzögern, oder die USA versuchen, die militärische Unterstützung für Kyjiw auf Europa umzulasten, könnte die ohnehin schon unter Druck stehende ukrainische Armee in ernste Bedrängnisse geraten.

Die Ukraine erkämpft den Europäern wertvolle Zeit, sich auf eine europäische Verteidigung mit deutlich reduziertem amerikanischem Engagement einzustellen. Der Nachrüstungsbedarf ist groß. Den meisten europäischen Armeen fehlen nicht nur Schlüsselkapazitäten, sondern ihren kleinen Berufsarmeen fehlt die Durchhaltefähigkeit und Skalierbarkeit, um einen Großmachtkonflikt mit Russland ohne die USA zu bestehen.

Disruptiv sind Trumps Pläne in der Handelspolitik, die Außenzölle und Zugangsschranken für Staaten vorsehen, mit denen die USA ein deutliches

Handelsdefizit aufweisen. Die wirtschaftlichen Kosten drohen, die verteidigungspolitische Kooperation mit den USA innenpolitisch unvertretbar zu machen.

Die Konturen der „trumpschen“ Nahost und Ostasienpolitik sind weder klar noch in der republikanischen Partei unumstritten. Die europäischen Möglichkeiten auf diese Einfluss auszuüben waren schon immer begrenzt. Nun wird Europa in der Priorität hinter beide Regionen zurückgestellt. Ein Verlust der Akteursrolle ist jetzt nicht mehr durch diplomatische Initiativen zu verhindern, sondern nur durch den Aufbau eigener robuster technischer, industrieller, und militärischer Kapazitäten. „Gun up or get lost.“

Einleitung

Die erneute Wahl Donald Trumps zum 47. Präsidenten der USA hat in Europa überwiegend besorgte Reaktionen ausgelöst. In seiner ersten Amtszeit war er bereits dank europaskeptischer Aussagen, Androhungen von Strafzöllen und abfälligen Bemerkungen über Verbündete einer der unbeliebtesten US-Präsidenten in Europa gewesen. Doch im praktischen Vollzug seiner Politik wurde er damals von den „adults in the room“, den Erwachsenen im Zimmer, oft ausgebremst: von seinem Stabschef John F. Kelly, Außenminister Rex Tillerson, Verteidigungsminister James N. Mattis oder Mark Epster, oder den Vorsitzenden des nationalen Sicherheitsrates Raymond McMaster, John Bolton, oder Charles O'Brian. Niemand der Genannten wird der neuen Trump-Administration angehören, die meisten haben während des Wahlkampfes explizit vor ihm gewarnt, bzw. ihn für amtsunfähig erklärt.

Die Republikanische Partei, die mit Donald Trump den Präsidenten stellt und nun auch den Senat und das Repräsentantenhaus kontrolliert sowie zudem am Obersten Gerichtshof über sechs von insgesamt neun Richtern verfügt, hat wenig mit der Partei gemein, die von Ronald Reagan bis George W. Bush prägend für die amerikanische Außenpolitik gewesen war. Sie ist heute mehr populistisch als konservativ, mehr proletarisch denn elitär, und mehr isolationistisch und protektionistisch, denn auf weltweiten Freihandel und amerikanische Führerschaft ausgerichtet. Vor allem ist die Partei Trump ergeben, der als Galionsfigur und Zugpferd dient, und 2024 den deutlichsten Wahlsieg für die Partei seit 1988 eingefahren hat. All dies unterscheidet Trump 2024 von Trump 2016, und man ist schlecht beraten, auf eine Wiederholung der ersten Amtszeit zu setzen.

Wie alle Wiedererweckungsideologien geht auch der „Trumpismus“ von einer Opferrolle des eigenen Landes und der Gesellschaft aus. Nur dass der „Feind“ weniger eine externe Macht ist, und die Demütigung nicht primär durch eine Niederlage in einem Krieg zustande kam, sondern in den Augen Trumps und vieler seiner Gefolgsleute die etablierten Eliten des eigenen Landes sind, und zwar inklusive traditioneller republikanischer Konservative wie Liz Cheney, John McCain, oder die Bush-Familie. Die scheinbar erlittene Demütigung besteht darin, für die Interessen anderer (der Eliten, fremder Länder etc.) Blut in sinnlosen Kriegen vergossen und Arbeitsplätze im Namen der Globalisierung verloren zu haben. Und selbst wenn einige Republikaner ein differenzierteres Bild der Lage haben, dies ist der ideologische Erwartungshorizont, vor dessen Hintergrund sie durch ihre Wähler gemessen werden, und dem sie zumindest dem Anschein nach Genüge zu tun haben.

Europa und die europäischen Bündnispartner sind in dieser Weltsicht Teil jener Staaten, die auf Kosten der USA floriert haben. Dadurch dass die USA die Kosten der Verteidigung Europas geschultert und durch Freihandelsabkommen einen lukrativen Absatzmarkt für europäische Produkte boten, während das enge regulative Netzwerk der EU amerikanische Produkte weitestgehend vom Markt ausschloss, konnten – so die Weltsicht der Basis der „Make America Great Again“ (MAGA) Bewegung – in Europa Wohlstand und Sicherheit auf Kosten amerikanischer Arbeitsplätze und dem Geld amerikanischer Steuerzahler entstehen. Vor dem Erwartungshintergrund der eigenen Basis, „America First“ zu stellen, stehen dem transatlantischen Verhältnis schwierige Zeiten bevor.

Innenpolitische Agenda

Bei aller Spekulation um die außenpolitische Agenda der neuen Trump Administration gerät außer Acht, dass die innenpolitische Machtkonsolidierung das erste und oberste Ziel der zweiten Amtszeit Trumps ist, dem alle außenpolitischen Unterfangen untergeordnet werden.

In die erste Amtszeit schlitterte Trump völlig unvorbereitet. Er verfügte kaum über loyale Gefolgsleute, die seine Ideologie teilten und gleichzeitig auch regierungsfähig waren. Etwa sein erster Nationaler Sicherheitsberater Michael Flynn wie auch Chefberater Steve Bannon erwiesen sich schnell als regierungsunfähig, ihre Nachfolger torpedierten jedoch Trumps „America First“ Politik, da sie als verwaltungs- und versicherungserfahrene Republikaner des alten Schlages anders politisch sozialisiert waren. Seit 2020 ging das Trump-Team daran, geeignete Kandidaten für eine mögliche Wiederkehr auszumachen.

Doch damit nicht genug. Die traditionelle politische Sozialisierung vieler Bundesbehörden, vorwiegend im Militär und nachrichtendienstlichen Sektor, der Diplomatie, Justiz, der Umwelt- und Gesundheitsbehörden und dem FBI ist den MAGA-Verfechtern suspekt. Trump selbst sah sich in seiner ersten Amtszeit einer „Hexenjagd“ ausgesetzt, organisiert vom sogenannten „Deep State“, um ihn zu schädigen und aus dem Amt zu entheben. Die *Heritage Foundation*, der insbesondere der Vizepräsident Vance nahesteht, skizzierte in ihrem „Projekt 2025“ einen Plan zum Austausch nicht nur der administrativen Spitzen, sondern fünfstelliger Nummern an Beamten in allen Teilen der Verwaltung und eine Umpolung der Loyalität von der Verfassung auf den Präsidenten und dessen unmittelbaren Gestaltungswillen (Dans, Groves 2023, S.69 ff.). Ein permissiver Oberster Gerichtshof sollte die rechtlichen Anfechtungen dieser Politik abfedern.

Für Europa ist der Ausblick auf eine komplette „Umkrempelung“, wenn nicht Zerschlagung der administrativen Kapazitäten in den USA aber alles andere als erfreulich. Europa ist vorwiegend von nachrichtendienstlichen Informationen aus Washington abhängig, schon für triviale Dinge wie die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in europäischen Großstädten selbst. Die meisten europäischen Nachrichtendienste haben nicht einmal die rechtlichen Befugnisse, Gefährder und Terroristen auf eigenem Hoheitsgebiet aufzuklären. Wo die Befugnisse da sind, fehlen die technischen Mittel, um diese effizient und zeitgerecht aufzuklären. Dies gilt umso mehr für die Aufklärung von Bedrohungen im unmittelbaren Umfeld Europas – vor allem Nordafrikas und der Sahelzone, dem Mittleren Osten und Russland – wo Europa auf die Ergebnisse der technischen Aufklärung der USA angewiesen ist. Die

Sicherheit, mit der Five Eyes Dienste den russischen Überfall auf die Ukraine vorhersagen konnten, verglichen mit dem „laienhaften“ Raten der Europäer, hat die Diskrepanz in der Fernaufklärung noch einmal deutlich vor Augen geführt. Zwar werden Trumps Säuberungspläne nicht die technischen Fähigkeiten der USA beeinträchtigen, wohl aber die Fähigkeit und die institutionelle Festigkeit der Dienste, aus technischen Aufklärungsergebnissen ein kohärentes Lagebild zu schmieden und daraus rechtzeitig Rückschlüsse für die Informationsweitergabe zu schließen.

Gerade da Russland seinen Einfluss in Nordafrika weiter ausbaut, die Migrations- und Drogenrouten nicht nur aus dem Osten, sondern bald auch aus dem Süden kontrolliert, könnte eine Störung der zwischen-dienstlichen Kooperation gerade zum falschen Zeitpunkt passieren.

Außenhandel

Isolationistische Tendenzen und ein zunehmendes Hinterfragen der bisherigen Freihandelspolitik waren in den Vereinigten Staaten schon seit Ende der 2000er Jahre deutlich zu vernehmen. Obama, Trump I, und Biden verabschiedeten Gesetze und Zölle, die im Ausland als Protektionismus gewertet wurden. Keiner verspricht aber einen so dramatischen Bruch mit der bisherigen Außenhandelspolitik wie Donald Trump in seiner zweiten Amtszeit.

Im Wahlprogramm hat Trump bereits generelle Einfuhrzölle von 10 % angekündigt. Diese würden europäische Waren in den USA über Nacht erheblich verteuern. Die USA sind der wichtigste Exportmarkt für die EU als Ganzes, und eine sinkende Nachfrage in den USA hätte gerade für finanziell angeschlagene Staaten wie Frankreich oder Italien eine stark negative Wirkung.

Hauptziel der „trumpschen“ Zollpolitik wird freilich die Volksrepublik China sein. Das Abwandern der herstellenden und verarbeitenden Industrie nach China wird in den USA für den Niedergang vieler amerikanischer Industrieregionen und Sektoren sowie die daraus folgende Verarmung und soziale Spannung verantwortlich gemacht. Zumindest den Anschein eines forschen Auftretens gegenüber China und einem Kampf um amerikanische Arbeitsplätze muss Trump schon allein aus innenpolitischen Gründen bieten.

Sollte China als Reaktion auf amerikanische Zölle und Einfuhrbeschränkungen versuchen seine Produkte auf den europäischen Markt zu werfen, und dies auch durch Exportförderungen substituieren, um seinerseits die Schockeffekte der amerikanischen Handelspolitik abzufedern, sähe sich die EU gezwungen ähnliche Schutzzölle oder Einfuhrbeschränkungen zu erlassen, um heimische Produzenten vor Dumpingprodukten zu schützen. Eine solche Spirale wechselseitiger Zollerhöhungen gab es bereits – 1931, als infolge der Börsenkrise die USA begannen, Zoll- und Kapitalverkehrsschranken zu errichten, und dieser Dominoeffekt ähnlicher Maßnahmen um die Welt ging. Stabilitätsfördernd war es nicht unbedingt.

Die Nähe Trumps zu einigen spezifischen in China tätigen Unternehmen und seine Bereitschaft, im Gegenzug zu innenpolitischem Gefallen und Gefolgschaften Zugeständnissen in Außen- und Außenhandelspolitik zu machen, verkomplizieren die Lage für die EU zusätzlich. Bereits unter der ersten Trump Regierung kam es vor, dass amerikanische Diplomaten in Brüssel für die Sanktionierung chinesischer Unternehmen (aus durchaus nachvollziehbaren Gründen, meist Fragen der IT-Sicherheit) warben, während gleichzeitig Trump in Gesprächen mit Xi Jinping

Sanktionsfreiheit im Gegenzug für die bevorzugte Behandlung ihm nahestehender Unternehmen versprochen. Solche Manöver sind auch in der zweiten Amtszeit zu befürchten und erschweren der EU jede Vorausschau und Planung.

Hinzu kommen persönliche Obsessionen Trumps, etwa durch das Faktum, dass Amerikaner europäische Autos kaufen, aber Europäer kaum amerikanische. Freilich ist es unmöglich, durch politischen Druck das Konsumverhalten privater Leute zu ändern, aber wer erklärt ihm das? Ähnliches gilt für Trumps Obsession mit der Handelsbilanz: Staaten, mit denen die USA eine negative Handelsbilanz haben, stehen unter Generalverdacht, auf Kosten der USA zu existieren. Dies trifft vorrangig enge amerikanische Verbündete, wie Japan, Südkorea oder Deutschland. Dass die negative Handelsbilanz darauf zurückzuführen ist, dass die USA keine in diesen Staaten konkurrenzfähigen Mobiltelefone, Kameras und Autos produzieren, wird bei Trump auch nicht durchgehen. Zölle und Handelsbeschränkungen drohen.

Eine nicht nur isolationistische, sondern auch erratisch-revanchistische Handelspolitik bringt nicht nur ökonomische Nachteile für die betroffenen Staaten. Innenpolitisch wird eine engere Kooperation mit den USA schwer zu rechtfertigen sein, auch wenn Europa mangels eigener militärischer und nachrichtendienstlicher Kapazitäten keine andere Wahl hat. Sie werden antiamerikanische Stimmungen in vielen Staaten deutlich verstärken und chinesisch-russischen Propaganda- und Einflussoperationen Tür und Tor öffnen.

Ukraine

Kein anderer Krieg oder Konflikt wird die Sicherheitslage Europas für die kommenden Jahrzehnte prägen wie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Durch einen Sieg über die Ukraine, deren Vernichtung als eigenständige Nation und das Einverleiben des ukrainischen Territoriums in den russischen Herrschaftsraum möchte sich Moskau zurück in die Position militärischer Dominanz über den europäischen Kontinent hieven. Ein im Dezember 2021 verteilter Vorschlag einer neuen „Sicherheitsarchitektur“ (MID, 2021) für Europa sieht eine Rückabwicklung der NATO-Osterweiterung, ein Verbot des politischen Engagements des Westens in Osteuropa und einen Abzug amerikanischer Truppen aus Europa vor. Er würde Russland nicht nur eine exklusive Einflussosphäre zugestehen, sondern auch die Möglichkeit, durch Druck, Drohung und Gewalt europäische Staaten sukzessive in diese Einflussosphäre zu bringen.

Trotz der immensen strategischen Bedeutung des Krieges für den europäischen Kontinent haben die Europäer selbst die Führung den USA überlassen. Die Biden-Administration gab Strategie und anzuwendende Mittel vor. Die Europäer leisteten dann einen Beitrag, etwa im Verhältnis zu ihrem BIP. Eine ähnliche strategisch-passive Rolle hatten die Europäer in den „expeditionären“ Einsätzen in Afghanistan und Irak. Damals bestand ihr Interesse an diesen Operationen aber in erster Linie darin, die sicherheitspolitische Bindung zu den USA aufrechtzuerhalten. Was in Afghanistan oder dem Irak selbst passierte, war für Europa ein zweit- oder dritrangiges Problem.

Doch im Falle der Ukraine ist dies nicht so trivial. Das Versäumnis der Europäer, die eigene Verteidigungsindustrie nicht ausreichend hochzufahren, keine eigenen strategischen Konzepte zu entwickeln, zu welchem Ende der Krieg gebracht werden soll und welche Mittel dafür aufzuwenden sind. Das war schon zur Amtszeit Joe

Bidens ein Problem. Denn die Eckpunkte seiner Strategie – den Krieg auf ukrainisches Staatsgebiet zu beschränken, durch die minimal notwendige Bereitstellung vorwiegend defensiver Waffen, die russische Armee abzunutzen, bis Russland zu einem Waffenstillstand bereit ist – waren schon kaum Erfolg versprechend. Die ukrainische Armee wurde aufgrund der chronischen Unterversorgung mit Waffen und Gerät über Gebühr abgenutzt, die Einschätzung, dass Putin nur aufgrund hoher Menschenverluste von seinem seit Dekaden verfolgten Ziel der Unterwerfung der Ukraine abrücken würde, erwies sich als naive Illusion. Versuche einzelner europäischer Politiker, etwa Rishi Sunak oder Emanuel Macrons, Unterstützung über die von Washington vorgegebenen Grenzen auszudehnen, wurden im Rest Europas eher mit Achselzucken goutiert.

Obwohl nur ein Bruchteil der zugesagten Hilfe tatsächlich geliefert wurde, war die militärische Unterstützung der USA die quantitativ größte und qualitativ wichtigste. Vor allem da die USA auch für den Munitionsnachschub auch der aus Europa gelieferten Fliegerabwehr oder Raketenartilleriesysteme verantwortlich ist. Die USA stellen mehr Boden-Luft-Raketen her als Deutschland, Frankreich und Japan zusammen. Ohne die Genehmigung der USA können selbst in Deutschland produzierte Patriot-Flugkörper nicht an die Ukraine geliefert werden. Würde Washington die Ukraine nicht mehr in den Lieferungen von Fliegerabwehrmunition priorisieren, wäre die ukrainische Luftraumverteidigung in ernststen Schwierigkeiten, ohne Lieferungen aus den USA würde sie zusammenbrechen. Auch wenn die F16, die der Ukraine zulaufen, aus Europa kommen, würde ein Aussetzen der technischen Unterstützung der ukrainischen Luftwaffe durch die USA die laufende Umstellung auf westliche Kampfflugzeuge erheblich erschweren.

Die USA sind außerdem die wichtigste Quelle für gepanzerte Fahrzeuge der Ukraine und haben bisher die Hälfte aller aus dem Westen gelieferten Schützenpanzer, Mannschaftstransporter, und fast drei Viertel der leicht gepanzerten Fahrzeuge geliefert. Da die europäischen Bestände an älteren gepanzerten Kampf- und Gefechtsfahrzeugen (sowohl sowjetischer als auch westlicher Bauart) bald zur Neige gehen, könnten die US-Reserven an M2 Bradley und M113 in der zweiten Hälfte des Jahres 2025 zur letzten Lebensader für die mechanisierten Kräfte der Ukraine werden – vorausgesetzt, sie stehen dann noch zur Verfügung. Nur bei der Produktion von Artilleriemunition übertrifft Europa die USA: 600.000 gegenüber 480.000 Schuss pro Jahr. Dennoch müssen beide auf Käufe in Drittländern zurückgreifen, um den Mindestbedarf von 1,8 Millionen Granaten pro Jahr zu decken.

Schon zur Amtszeit Joe Bidens waren die militärischen Hilfsleistungen an die Ukraine unzureichend. Die Materialverluste der Ukraine konnten nicht ausgeglichen werden, geschweige denn die Ukraine in eine Lage versetzt werden, den militärischen Druck auf Moskau erheblich zu erhöhen und so zu Verhandlungen zu halbwegs akzeptablen Bedingungen zu kommen. Unter Trump wird die ohnehin zu geringe Unterstützung kaum anwachsen. Das muss nicht an möglichen „Trump-Plänen“ für einen Waffenstillstand liegen, über die derzeit heftigst spekuliert wird. Denn es ist ohnehin unwahrscheinlich, dass sich Trump vor dem Hintergrund seiner innenpolitischen Agenda sofort in Verhandlungen mit Russland stürzen wird, genauso wenig wie Russland Interesse an Verhandlungen hat. Vielmehr ist zu erwarten, dass innenpolitische Prioritäten jede Entscheidung zur Ukraine verzögern und Richtungsstreitereien innerhalb der Trump Administration (man beachte allein die ideologischen Gegensätze zwischen dem designierten Nationalen Sicherheitsberater Mike Waltz und der designierten Geheimdienstchefin Tusli Gabbard) die Entscheidungsflaute noch einmal verlängern.

Das wahrscheinlichste unmittelbare Szenario ist also eine Lieferflaute bei gleichbleibend hohem militärischem Druck an der Front – nicht unähnlich dem Frühjahr 2024, als Streitereien zwischen Republikanern und Demokraten im Repräsentantenhaus die Ukraine-Hilfe blockierten. Die Zeit von November 2023 bis Juni 2024 war für die Ukraine eine äußerst schwere Zeit mit erheblichen Personal- und Materialverlusten. Gerade die Personalverluste, meist erfahrene, motivierte Soldaten jüngerer Jahrgänge sowie Offiziere, waren in dieser Qualität nicht mehr zu ersetzen. Viele später auftretende Koordinations- und Führungsprobleme sowie mangelnde Durchhaltefähigkeit in der Verteidigung vor Pokrowsk waren auf hohe Personalverluste im Frühjahr 2024 zurückzuführen. Es ist fraglich, ob die Ukraine solch eine Durststrecke noch einmal durchhalten kann. Auch das Ziel, die ukrainische Armee eines Tages wieder in eine Lage zu versetzen, Russland unter Druck zu setzen, rückt damit in weite Ferne.

Da die Europäer jenseits der Munitionsproduktion ihre „verteidigungsindustriellen“ Kapazitäten nicht hochfahren haben, bedeutet eine äußerst unangenehme Situation. Im Fahrzeugbau würde es etwa zwei Jahre dauern, bis die europäische Rüstungsindustrie den jährlichen Bedarf von etwa 1.500 gepanzerten Kampf- und Gefechtsfahrzeugen aus frischer Produktion liefern könnte. Eine Versorgung aus aktiven Beständen europäischer Armeen wäre möglich, ist jedoch aufgrund der wankelmütigen Haltung Trumps zur NATO äußerst unwahrscheinlich. Bleibt die Möglichkeit, Fahrzeuge in den USA (oder in Südkorea) zuzukaufen. Bei Patriot-Fliegerabwehrraketen und anderen wichtigen Munitionstypen bleibt nur die Möglichkeit des Zukaufs aus den USA. Das wird zumindest teuer, wenn es nicht auch politisch problematisch wird. Denn Trump könnte sein Einverständnis an andere Zugeständnisse knüpfen, wie den Verzicht auf Gegenzölle oder die Akzeptanz anderer handelspolitischer Maßnahmen.

Ein Hoffnungsschimmer bleibt die ukrainische Rüstungsindustrie, die 2024 die Produktion erheblich steigern und neue Waffensysteme entwickeln könnte – sofern sie vor russischen Raketenangriffen geschützt werden kann. Auch die Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte muss ernsthafter angegangen werden. Die Schwächen im Training, im Management von Personalressourcen sowie in der Ausbildung von Offizieren und Staboffizieren sind deutlich geworden, da weniger erfahrene Soldaten und Offiziere zunehmend in Führungspositionen rücken müssen. Dies kann aber nicht durch Ferndiagnose geschehen, und die Entsendung von Militärberatern ist unter den Europäern gegenwärtig noch umstritten.

All das erschwert den Europäern, die Last der Unterstützung der Ukraine zu schultern. Diese Aufgabe wird aber schneller auf sie zukommen als erwartet, da trotz Ankündigungen, den Krieg in 24 Stunden zu beenden, ein diplomatischer Fortschritt höchst unwahrscheinlich ist. Trumps designierter Sonderbeauftragter für die Ukraine, Keith Kellogg, strebt einen Waffenstillstand unter Einfrieren der Front und eine Verschiebung der Aufnahme der Ukraine in die NATO an (Kellogg, 2024). Aber auch Biden strebte bloß einen Waffenstillstand (zu guten Bedingungen, was immer das bedeuten sollte) an, bekommen hat er in nicht. Vor allem auch, da Biden nie bereit war, die Hilfe zu mobilisieren, die es gebraucht hätte, Russland zu so einem Waffenstillstand zu zwingen. Mit schrumpfender oder zumindest unsicherer militärischer Unterstützung wird Russland noch weniger geneigt sein, ernsthaft zu verhandeln.

Russland hat 2021 den Minsker Prozess bewusst durch die Veröffentlichung interner Dokumente beendet und Monate später militärisch eskaliert, weil es seinem

lange-gehegten Ziel, die ganze Ukraine zu unterwerfen und in seinen Einflussbereich zu zwingen, nicht mehr auf dem diplomatischen Wege (durch Integration der „Separatistenrepubliken“ in die Ukraine) erreichen konnte, und daher zur Eskalation mit militärischer Gewalt schritt (Dumoulin, 2024). Würde Putin nun in Verhandlungen eine unabhängige Ukraine tolerieren, würde er das ein *de facto* Scheitern seiner bisherigen Ukraine-Politik einräumen. Doch warum sollte Putin in Verhandlungen etwas aufgeben, was er auf dem Schlachtfeld zu geringeren Kosten gewinnen kann? Dies schließt freilich Scheinverhandlungen nicht aus, die nur dazu dienen, bei Trump Sympathien zu gewinnen, von Waffenlieferungen abzulenken, gleichzeitig jedoch militärische Fortschritte zu machen. Substanzielles sollte man von diesen Gesprächen jedoch nicht erwarten.

Damit ist nicht nur unklar, wie, und unter welchen Verlusten, die Ukraine das Jahr 2025 überstehen wird, sondern wie es danach weitergeht. Das Erschöpfen der Lagerbestände an sowjetischem Kriegsgerät sowie zunehmende ökonomische Schwierigkeiten in Russland werden für Moskau vermutlich nach 2026 zum Problem. Das heißt jedoch nicht automatisch, dass dann Frieden einkehren muss. Russland kann auch die Intensität der Kampfhandlungen herunterfahren und einen niederschweligen militärischen Konflikt entlang einer 1.200 km langen und die Ukraine teilenden Front fortsetzen – ähnlich wie im Donbas von 2015 bis 2022. Drohnterror und gelegentliche Raketenangriffe können zur Unterbindung von Normalität und Wiederaufbau in der Westukraine eingesetzt werden. Da ein NATO-Beitritt der Ukraine unter Trump unwahrscheinlich ist und die bilateralen „Sicherheitsverträge“ mit der EU und anderen europäischen Staaten keine schlagkräftige Abschreckung vorsehen, ist maximal eine temporäre Beruhigung der Kampfhandlungen zu erreichen, aber nicht dauerhafter Frieden.

NATO und europäische Verteidigung

Für Moskau ist die Eroberung der Ukraine nicht das Endziel, sondern ein notwendiger Schritt, um Russlands Stellung als den europäischen Kontinent dominierende Großmacht wiederherzustellen. Das Ziel ist die Revision der gesamten europäischen Sicherheitsordnung, die Vertreibung der USA aus Europa und eine militärisch dominante Position Russlands, um Europas politische Geschicke nach Belieben zu diktieren. Dieses Ziel verfolgt Russland seit dem Zerfall der Sowjetunion 1991, unter Putin, nur mit mehr und radikaleren Mitteln.

Solange freilich die russische Armee in der Ukraine gebunden ist und auch den Großteil seiner konventionellen Abstandswaffen dort verschießt, ist es freilich aus Kapazitätsgründen unmöglich, dass Russland eine weitere Front gegen die NATO eröffnet. Bedenkt man, dass Russland nicht die Kapazität hatte, neben der „speziellen Militäroperation“ Assad in Syrien zu stützen, würde es auch nicht gegen eine politisch geschwächte NATO reichen. Von den nominellen 1,5 Mio. Soldaten (aller Teilstreitkräfte) standen mit Stand Februar 2024 über 600.000 Mann mit 4.780 Artilleriegeschützen, 1.130 Mehrfachraketenwerfern, 2.060 Kampfpanzern und 7.080 gepanzerten Transportfahrzeugen in der Ukraine (Watling, Reynolds, 2024). Sollte Russland jedoch diesen Krieg gewinnen, könnte sich diese Streitmacht neue Ziele suchen, und dann kann es schnell unbequem auch für den Rest Europas werden.

Trumps unberechenbares Verhalten gegenüber der NATO und seine Geringschätzung der Verbündeten stellen dann ein erhebliches Sicherheitsrisiko für den Kontinent dar. Die USA sind nicht nur in Fragen der nuklearen Abschreckung zentral, sie sind auch der politische Anker, der die Allianz zusammenhält. Etwa um die Türkei bei der Stange und aus der Ägäis fernzuhalten.

Europäischen Armeen fehlen nicht nur die „key enablers“ – Führungseinrichtungen, strategische Aufklärung, Weltraumkapazitäten, Luftbetankung, Lufttransport, Raketabwehr etc. – um große gemeinsame Operationen zu Land und Luft zu führen und durchzuhalten. Die Munitionsvorräte der meisten NATO-Staaten sind weit unter den von der NATO geforderten 30 Kampftageessätzen für alle Systeme geschrumpft und um diese wieder auffüllen zu können, müssen erst Munitionslager gebaut werden. Mit anderen Worten: nach einer Woche ginge den meisten Armeen die Munition aus, egal, wie gut sich ihre Kräfte bis dahin geschlagen hätten.

Das Ziel unter den europäischen NATO-Staaten, 300.000 Mann aufzubringen, die in 30 Tagen verfügbar sind (Grand 2004), reizt die gegenwärtige Personaldecke europäischer Armeen voll aus, obwohl dies nur etwa die Hälfte der Kräfte sind, die Russland derzeit in der Ukraine unterhält. Die meisten europäischen Armeen sind auch kleine Berufsarmeen, denen die Reservekader fehlen, um Personalverluste auf Dauer ersetzen zu können. Wenngleich die rechtlichen Instrumentarien einer Mobilmachung vielerorts noch bestehen, wer würde sie durchführen? Und mit welchem Gerät würden frisch mobilgemachte ausgebildet? Es fehlen dementsprechend auch Territorialverteidigungskräfte, um die Tiefe vor Sabotage- und Drohnenangriffen (über See und Luft) zu schützen.

Europa steht also vor einem qualitativen und quantitativen Nachrüstungs-marathon, dessen Urgenz durch zwei Faktoren bestimmt wird: erstens der militärische Erfolg – oder Misserfolg – der Ukraine, zweitens die Möglichkeiten, die USA in der NATO engagiert zu halten. Die Kosten des Nachrüstungsbedarfs scheinen aber in den gegenwärtigen politischen Debatten und Wahlkämpfen, die sich großteils um Themen der sozialen Versorgung und der Ankurbelung der Wirtschaft erstrecken, nicht angekommen zu sein.

Rest der Welt

In weiten Teilen der Republikanischen Partei ist man der Auffassung, dass China der erste und wichtigste Herausforderer der USA ist, dementsprechend das militärische und außenpolitische Schwergewicht der USA auf den asiatisch-pazifischen Raum auszurichten sei. Allerdings ist Trump persönlich keineswegs überzeugt von diesem Ansatz, persönlicher Ehrgeiz (etwa mit Kim Jong-un ein Abkommen zur Begrenzung dessen Nuklearprogramms zu schließen), der Drang, Sicherheitspartnerschaften zu monetarisieren, und kommerzielle Interessen seiner engsten Berater können solche Pläne jederzeit verwässern.

Der Nahe Osten wird eine wichtigere Rolle spielen als Europa, allerdings ist auch hier die genaue Rolle jenseits einer breiteren Unterstützung Israels noch im Unklaren. Eine israelische Annexion von Teilen des Westjordanlands mit amerikanischer Rückendeckung würde zu erheblichen diplomatischen Verwerfungen führen. Allerdings tendierte der europäische Einfluss in dieser Region schon in der Vergangenheit gegen null, und das Vermögen der Europäer, Netanjahu davon abzubringen, wäre auch ohne Trump bescheiden. Gerade für westeuropäische Staaten, die immer stärker auf die Stimme der „arabischen Straße“ in ihren eigenen Hauptstädten schauen,

wird es aber nicht leichter, bittere Kompromisse mit der Trump-Regierung zu schließen.

Schmerzlich für Europa wird sich aber ein weiterer Abzug der USA aus Afrika auswirken. Sowohl die USA als auch Frankreich waren im Sahel ohnehin auf dem Rückzug, das Vakuum wurde vor allem durch Russland geschlossen, sodass durch eine Reihe von Staatsstreichen ihm gewogene Regierungen in Niger, Mali, Guinea-Bissau, Zentralafrikanische Republik, Sudan, Burkina Faso und Gabun an die Macht kamen. Die ausgeweitete Präsenz russischer Sicherheitsfirmen und Nachrichtendienste hat Russlands Position im Menschen- und Drogenschmuggel nach Europa erheblich gestärkt. Europäer selbst konnten sich weder auf eine konkrete Strategie zur Begrenzung oder Rückabwicklung einigen, noch innereuropäische Rivalitäten – insbesondere zwischen Frankreich und Italien – beilegen. Auch hier wird es ohne die Amerikaner als strategisches Bindeglied schwieriger.

Resümee und Ausblick für Europa

Für Europa werden unter Trump die Kosten eigener Versäumnisse sichtbar. Die russische Schwächephase im Herbst 2022 etwa aus Eskalationsängsten ungenutzt verstreichen zu lassen, erwies sich in der Nachsicht als fataler Fehler. Die Möglichkeiten, einen für Kyjiw sowie Resteuropa vorteilhaften Abschluss zu erzwingen, schrumpfen zusehend.

Die Friedensdividende war kein Geschenk der Geschichte, sondern ein Kredit. Nun werden die Zinsen fällig. Je länger Europa die eigene Nachrüstung sowie die Erhöhung der militärischen Unterstützung für die Ukraine auf die lange Bank schiebt, desto teurer wird die Sache. Es hilft aus europäischer Sicht auch nicht, der regelbasierten Weltordnung der späten 1990er Jahre nachzulaufen. Wir befinden uns im Übergang zu einer Weltordnung, die dem 19. Jahrhundert näherkommt als dem späten 20. Jahrhundert: Einer „polyzentristischen“ Ordnung, in der Großmächte und Mittelmächte ungeniert in die inneren Belange ihrer Nachbarn eingreifen und „historische Größe“ wiederherstellen, versuchen. Einer Ordnung, in der Vernetzung und Interdependenz als Risiko verstanden wird, dem es durch Entkoppelung und Handelshindernisse vorzubeugen gilt. China hat die wirtschaftliche Entkopplung 2012 eingeläutet. Jetzt werden die USA folgen. Russland hat seit 2014 begonnen, imperiale Erde einzusammeln. Kurz darauf tat es ihr, die Türkei in Nordsyrien nach. Die Welt ist voll kleinerer Regionalmächte, welche die Chance, es dem Gleich zu tun als ertragreicher sehen als das Risiko, in einen größeren Konflikt abzugleiten. Diese Trends lassen sich nicht mehr aufhalten, aber Europa hat sich bis jetzt geweigert, diese zur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn sich darauf einzustellen. Die Präsidentschaft Bidens hat zur Illusion verleitet, die Vergangenheit ließe sich perpetuieren. Jetzt wird das Aufwachen umso bitterer.

Die Europäer sollten die kommende Nachrüstung aber auch als Chance begreifen. Sie ist ein Mittel, um Technologien, Forschung und neue Produktionsmethoden zu fördern, die sich später auch „zivil“ vermarkten lassen. Das war schon immer so. Nicht nur der Marshall-Plan, auch die Wiederaufrüstung im Rahmen der NATO hat zum Wirtschaftswunder und insbesondere zum Aufstieg Deutschlands und Italiens zu Maschinenbau-, Automobil- und Flugzeugbaunationen beigetragen. Hätte Deutschland nie über Lizenzfertigungen amerikanischer Kampfflugzeuge seine Flugzeugbauer wiederaufgerichtet, es hätte nie Airbus gegeben.

Die europäische Industriestrategie für den Verteidigungsbereich ist ein Anfang, allerdings läuft die Umsetzung in einem viel zu langsamen Tempo. Fragen der gemeinsamen Finanzierung, der Schaffung eines effektiven europäischen Verteidigungsmarktes werden höchstens hinter verschlossener Tür diskutiert, da es unter den Mitgliedstaaten keine Einigung gibt. Während sich in Europa Sonntagsreden breit machen, dass Europa jetzt mehr tun müsse, steht das praktische Tun immer noch im Hintergrund innereuropäischer Rivalitäten, und der Hoffnung, am Ende werde es alles doch nicht so schlimm kommen. Dass man die erste Amtszeit Trumps gut überstanden hat, täuscht darüber hinweg, dass die zweite unter ganz anderen inneramerikanischen Rahmenbedingungen stattfindet. Man kann nun auf Trump „herumhacken“, wie man will, keines der europäischen Versäumnisse der letzten drei Dekaden wird dadurch besser. Europa wurde schon 2011 vom scheidenden amerikanischen Verteidigungsminister Robert Gates gewarnt, dass die Zeiten rauer werden. Die Warnung wurde weitestgehend ignoriert. Für die europäische Zögerlichkeit, – eigene Defizite anzugehen, – wird die zweite Amtszeit Trumps eine Schocktherapie, allerdings ist unklar, ob der Patient diese übersteht.

Quellen

- Aby Fernbert, 23.11.2024, Trump may name former intelligence director Richard Grenell as Ukraine peace envoy, Reuters reports, Kyiv Independent, <https://kyivindependent.com/trump-may-name-former-intelligence-director-richard-grenell-as-ukraine-peace-envoy-reuters-reports/>
- Paul Dans and Steven Groves (Hrsg.), Project 2025, Mandate for Leadership, the Conservative Promise, Heritage Foundation 2023, https://static.project2025.org/2025_MandateForLeadership_FULLL.pdf
- Marie Dumoulin, 19.02.2024, Ukraine, Russia, and the Minsk agreements: A post-mortem, ECFR Commentary, <https://ecfr.eu/article/ukraine-russia-and-the-minsk-agreements-a-post-mortem/>
- Camille Grand, 03.07.2024, Defending Europe with less America, ECFR Policy Brief, <https://ecfr.eu/publication/defending-europe-with-less-america/>
- Министерство иностранных дел Российской Федерации, 17.12.2021, Договор между Российской Федерацией и Соединенными Штатами Америки о гарантиях безопасности, https://mid.ru/ru/foreign_policy/rso/nato/1790818/?lang=ru
- Keith Kellogg, 09.04.2024, America First, Russia & Ukraine, America first Policy Institute, Research Report, <https://americafirstpolicy.com/issues/america-first-russia-ukraine>
- Jack Watling and Nick Reynolds, 19.02.2024, Russian Military Objectives and Capacity in Ukraine Through 2024, RUSI Commentary, <https://www.rusi.org/explore-our-research/publications/commentary/russian-military-objectives-and-capacity-ukraine-through-2024>

Lateinamerika

Sicherheitslage bleibt angespannt

von Alexander Panzhof

Lateinamerikas Grundprobleme blieben auch 2024 weiterhin bestehen. Drogenkartelle und gewaltbereite kriminelle Banden haben in mehreren Ländern die staatlichen Autoritäten korrumpiert und üben auf weite Teile der Bevölkerung Macht aus. Hinzu kommen die Auswirkungen des Klimawandels und die enormen sozialen Ungleichheiten am Subkontinent, welche den Migrationsstrom in die USA weiter erhöht.

Diverse Präsidentschaftswahlen haben die politische Ausrichtung in ihren Staaten gewechselt, oder Diktaturen ermöglicht, ihre Bevölkerung auch in Zukunft undemokratischer Willkür zu unterziehen.

Die größte Veränderung ergibt sich jedoch aus den Vorbereitung Lateinamerikas, den neugewählten US-Präsidenten künftig die Stirn bieten zu können bzw. sich auf seine Forderungen einzulassen. Das wird insbesondere die lateinamerikanische Wirtschaft betreffen. Eine Neuorientierung der Auswanderungspolitik – verbunden mit neuen Restriktionen – wird mit ziemlicher Sicherheit auch ein außergewöhnliches Ausmaß an Veränderungen am Halbkontinent annehmen.

Einleitung

Mitte des Jahres wurde Boliviens Demokratie kurz erschüttert und von einem Putschversuch heimgesucht. General Juan Jose Zúñiga versuchte mit gepanzerten Einheiten gewaltsam in den Präsidentenpalast einzudringen, um den amtierenden Präsidenten Luis Alberto Arce Catacora zu entmachten. Der bolivianische Armeechef war kurz zuvor seines Amtes enthoben worden und forderte einen Regierungswechsel. Obwohl dem Präsidenten vorgeworfen wurde, den Putsch selbst inszeniert zu haben und viele im Land Arce diesen „Staatsstreich“ auch zutrauten, konnte sich das Staatsoberhaupt trotzdem auf den Rückhalt im Volk stützen, das durch Proteste die Ablehnung des „militärischen“ Angriffs auf die Demokratie des Landes zum Ausdruck brachte. Auch der schärfste Gegner Arces, Ex-Präsident Evo Morales, verurteilte den Putschversuch. Nach der gescheiterten Revolte wurden neben Zúñiga und Vizeadmiral Juan Arnez Salvador noch 15 weitere Militärs festgenommen.

Auch wenn der Putschversuch im Sommer in dem Andenstaat abgewendet werden konnte, kam das Land bis Jahresende nicht zur Ruhe. Anfang November 2024 flammten erneut Proteste auf. Diesmal waren es Sympathisanten des ehemaligen bolivianischen Präsidenten Evo Morales. Anhänger des Ex-Präsidenten hatten in der Provinz Chapare Militäreinheiten angegriffen und 200 Soldaten als Geiseln genommen. Bei der Geiselnahme wurden auch Waffen gestohlen. Obwohl Morales gemäß der bolivianischen Verfassung gar nicht mehr kandidieren darf, blockieren seine Anhänger aus Solidarität mit ihm seit Mitte Oktober die Straßen in verschiedenen Vierteln Boliviens. Der linksorientierte Ex-Präsident war von 2006 bis 2019 das erste indigene Staatsoberhaupt im flächenmäßig fünftgrößten Land Südamerikas und lange Zeit auch sehr beliebt und Hoffnungsträger der Armen und indigen Bevölkerung gewesen. Als er 2019 versuchte, die Verfassung zu seinen Gunsten umzuändern, um eine Wiederwahl zu ermöglichen und diese auch gewann, musste er nach heftigen Protesten zurücktreten und floh auch vorübergehend ins mexikanische Exil. Durch die Proteste und Blockaden entstanden mittlerweile bereits wirtschaftliche Verluste in der Höhe von 1,7 Mrd. USD. Das Außenministerium sieht in den Ereignissen eine ernsthafte Bedrohung der nationalen Sicherheit und forderte inzwischen eine internationale Intervention.

Die Macht der Kartelle weitet sich aus

In **Mexiko** verschärft sich die Sicherheitslage auf Grund rivalisierender **Drogenkartelle** weiter. In Chiapas, dem ärmsten Bundesstaat Mexikos, bekriegen sich gegenwärtig zwei der mächtigsten Drogenkartelle des Landes um die Vormachtstellung in der südlichsten Region Mexikos. Drogenhandel und -schmuggel sowie Menschenhandel, die beiden Haupteinnahmequellen des Cártel de Jalisco Nueva Generación und des Sinaloa-Kartells, haben in den vergangenen Monaten weiter zugenommen und Zwangsrekrutierungen und andere gewalttätige Übergriffe gegenüber der Bevölkerung sind weiter angewachsen. Tausende Zivilisten wurden mittlerweile aus ihren Häusern vertrieben und sind größtenteils ins benachbarte Guatemala geflohen.



Zwei führende Clanmitglieder des Sinaloa-Kartells wurden Ende Juli 2024 in El Paso in Texas verhaftet. Dabei handelte es sich um den Mitbegründer des Sinaloa-Kartells, Ismael „El Mayo“ Zambada García, sowie um den Sohn von „El Chapo“ Guzmán, Joaquín Guzmán López. El Chapo galt als der mächtigste Drogenboss der Welt, bis er im Jänner 2017 an die USA ausgeliefert wurde. Beide Männer werden dafür verantwortlich gemacht, den Handel mit etlichen Tonnen Kokain, Heroin, Methamphetamin und Fentanyl in den USA sowie die damit verbundenen Gewaltverbrechen beaufsichtigt zu haben.

Obwohl die Verhaftung der beiden Kartellführer das „Herz“ der Verbrecherorganisation trifft, zeichnet sich keine Entspannung der ohnehin fragilen inneren Sicherheit im Land ab. Ganz im Gegenteil: durch die Festnahmen wurde auch der Bundesstaat Sinaloa, welcher der Sitz der gleichnamigen kriminellen Vereinigung ist, zum Schauplatz blutiger Auseinandersetzungen zwischen Polizeikräften und Kartellangehörigen.

Seitdem der damalige mexikanische Präsident Felipe Calderón 2006 gegenüber den Drogenkartellen eine Kriegserklärung abgab, eskalierte die Gewalt im Land stetig. Mittlerweile beläuft sich die Opferzahl auf 450.000 Tote und über 115.000 vermisste Personen. Doch die Verbrechersyndikate kontrollieren nicht nur den Drogenhandel. Mit Menschenhandel und dem Transport von Migranten verdienen die Kartelle inzwischen schon mehr Geld als mit Drogen, was dazu führt, dass sich mehrere Mafiaorganisationen um Schmuggelrouten und Anteile am „Schleppermarkt“ bekämpfen.

Diplomatische Verstimmungen und eine umstrittene Justizreform bestimmen Mexikos außenpolitische Ausrichtung

Mexikos Außenpolitik war im ersten Halbjahr von diplomatischen Verstimmungen geprägt. Die mexikanische Botschaft in **Ecuador** wurde Schauplatz eines diplomatischen Fauxpas. Ecuadorianische Sicherheitskräfte drangen in das Gebäude der mexikanischen Auslandsvertretung ein, um den ecuadorianischen Vizepräsidenten Jorge Glas festzunehmen. Glas wird in seinem Land vorgeworfen, Gelder abgezweigt zu haben, die für den Wiederaufbau nach einem verheerenden Erdbeben im Jahr 2015 bestimmt gewesen waren. Er wurde in mehreren Korruptionsverfahren zu acht Jahren Haft verurteilt, jedoch wegen der schlechten Sicherheitslage in Ecuadors Gefängnissen frühzeitig freigelassen. Der seit sieben Jahren juristisch- und politisch-verfolgte Vizepräsident suchte Schutz in der mexikanischen Botschaft und hat in Folge um politisches Asyl angesucht, welches ihm auch gewährt wurde.

Mexiko hat daraufhin die diplomatischen Beziehungen zu Ecuador abgebrochen und ist in dieser Causa vor den Internationalen Gerichtshof gezogen, um Klage gegen das lateinamerikanische Land einzureichen. Die Missachtung der Unverletzlichkeit von Botschaftsgelände bewegte auch Nicaragua dazu, die diplomatischen Beziehungen zu Ecuador abzubrechen. Kritik am Vorgehen Ecuadors wurde am iberoamerikanischen Halbkontinent auch von Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Kuba, Peru und Venezuela geübt.

Mitte September trat in Mexiko eine Justizreform in Kraft, der ebenfalls diplomatische Verstimmungen vorausgingen. Die Neugestaltung des mexikanischen Justizwesens, die mittels einer Verfassungsänderung in Kraft trat, sieht vor, dass Richterinnen und Richter künftig vom Volk gewählt werden. Aber nicht nur Bundesrichter, sondern auch Richter des Obersten Gerichtshofs werden künftig durch das Volk gewählt. Außerdem soll die Anzahl der Richter verringert und deren Amtszeit verkürzt werden. Kritik an der umfassenden Reform kam vor deren Inkrafttreten von den Botschaftern der USA und Kanadas in Mexiko. Beide äußerten Sorge über die künftige Unabhängigkeit der mexikanischen Rechtsprechung.

Die Verfassungsänderungen würden das Vertrauen der Investoren in das mexikanische Rechtssystem bedrohen und könnten sich negativ auf die Handelsbeziehungen mit Mexiko auswirken. Unter anderem wurden die Befürchtungen der beiden Länder damit begründet, dass durch die Direktwahlen den diversen mexikanischen Verbrecherorganisationen die Möglichkeit geschaffen würde, politisch motivierte und unerfahrene Richter einzusetzen.

Der linksgerichtete Staatspräsident Andrés Manuel López Obrador kündigte daraufhin eine Pause in den Beziehungen zwischen der mexikanischen Regierung und den Botschaften der USA und Kanadas an, um den Respekt der diplomatischen Vertreter beider Länder über die internen Entscheidungen Mexikos wiederherzustellen.

Haiti ist ein gescheiterter Staat¹⁰

Mit Jahresende haben Verbrecherbanden mehr als Dreiviertel der haitianischen Hauptstadt Port-au-Prince unter ihre Kontrolle gebracht. Etwa zweihundert kriminelle Banden beherrschen die Zugänge zum Flughafen, der maritimen Häfen und des zentralen Treibstoffdepots. Seit der Ermordung des bis Juli 2021 amtierenden Staatspräsidenten Jovenel Moïse versank das Land endgültig im Chaos und eine Rückkehr zu politisch stabilen Verhältnissen scheint in weite Ferne gerückt zu sein.

¹⁰ Gegenwärtig gibt es keine – international anerkannte – Definition für einen „gescheiterten Staat“. In letzter Zeit wurden jedoch in verschiedenen Arbeitsgruppen internationaler Organisationen Indikatoren festgelegt, die auf eine fragile Staatlichkeit hinweisen. Das sind z. B.: der Verlust des staatlichen Gewaltmonopols, die Fragmentierung des Staatsgebiets, eine gescheiterte Verwaltung sowie der Legitimationsverlust politischen Handelns bzw. Vertrauensverlust in die politischen Institutionen. Völkerrechtlich gesehen gilt ein Staat als gescheitert, wenn die Staatsgewalt weitgehend zerfallen ist und er seine Aufgaben nicht mehr wahrnehmen kann. Eine ähnliche Auffassung ist auch innerhalb der Politikwissenschaft zu finden. Ein Staat, der aufgrund verfallender staatlicher – und politischer – Einrichtungen (Institutionen, Ämter, Organisationen etc.) außerstande ist, grundlegende staatliche Aufgaben zu erfüllen, wird als *failed State* (scheiternder und nicht gescheiterter Staat) definiert. Dazu zählen unter anderem die Aufrechterhaltung der äußeren und inneren Sicherheit sowie die Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit.

Als Übergangspräsident Ariel Henry nach einem Auslandsaufenthalt im März nicht am internationalen Flughafen Port-au-Prince landen konnte, legte er seine Funktion Ende April zurück.

Längst fällige Wahlen wurden bis heute nicht durchgeführt und seit über zwei Jahren gibt es keine gewählten Amtsträger mehr. Obwohl nach dem Rücktritt Henrys ein neunköpfiger Übergangsrat gegründet wurde, gibt es in **Haiti** momentan keine staatliche Autorität, welche den Einfluss der marodierenden Banden zurückdrängen könnte. Da es in den Tagen vor der Errichtung des Rats in der Hauptstadt zu Schießereien von bewaffneten Kriminellen kam, wurde die Amtseinführung aus Angst vor weiteren Gewaltausbrüchen geheim gehalten und nicht öffentlich angekündigt.

Zu Beginn des Jahres wurde alle vierzig Minuten ein Haitianer infolge von Bandengewalt ermordet, verletzt oder entführt. Der Inselstaat leidet schon seit Langem unter Demokratie- und Sicherheitsdefiziten. Die kurzen demokratischen Perioden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, dem Ende des Kalten Krieges sowie nach der US-geführten Militärintervention „Operation Uphold Democracy“ und der durch die 2004 eingesetzten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (MINUSTAH) wurden durch Militärputsche und der Einsetzung autokratischer Regime immer wieder zunichtegemacht. Hinzu kamen verheerende Naturkatastrophen wie die Erdbeben 2010, 2018 und 2021 und der Hurrikan Irma im Jahr 2017, welche Haitis Weg zu demokratischer Stabilität blockierten. Beim Erdbeben 2010 handelte es sich um das schwerste Beben in der Geschichte Nord- und Südamerikas sowie um das bis dato weltweit verheerendste Beben des 21. Jahrhunderts, und Irma war der stärkste jemals gemessene Hurrikan über dem Atlantik.

Bis Ende des 18. Jahrhunderts galt **Haiti** als reichste Kolonie der Erde. In den folgenden 200 Jahren entwickelte sich der Inselstaat zum ärmsten Land der westlichen Hemisphäre, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze lebt. Die Versorgung der Bevölkerung wird inzwischen vorwiegend von internationalen Hilfsorganisationen sichergestellt.

Feststellend, dass die Situation in Haiti nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt, beschloss der Sicherheitsrat die Entsendung einer von Kenia geführten multinationalen Truppe. Anfang Juli entsandte das afrikanische Land die ersten 400 Polizisten, um die haitianischen Sicherheitskräfte zur Bekämpfung der Banden zu unterstützen und Ordnung in dem von Bandengewalt heimgesuchten Karibikstaat wiederherzustellen. Kenias Kontinent ist die Vorhut von einer voraussichtlich 2.500 Mann fassenden internationalen Truppe.

In Fachkreisen herrscht allerdings die Meinung vor, dass die „UN-Taskforce“ mit einem robusten Mandat versehen werden müsste, um die schwer bewaffneten Banden bekämpfen zu können und die Wiederherstellung demokratischer Strukturen sowie den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten. Aktuell lässt die Bandengewalt in Haiti demokratische Verhältnisse nicht zu.

Anfang Juni wurde Garry Conille durch den Übergangsrat als neuer Präsident eingesetzt, und trotzdem konnte sich das Land politisch nicht stabilisieren. Anfang Oktober wurden bei einem Angriff von Mitgliedern der Gran Grif-Bande in der Stadt Pont Soudé mindestens 70 Menschen getötet. Ende Oktober haben Kriminelle in der Hauptstadt Port-au-Prince einen UN-Hubschrauber beschossen und ihn zur Landung

gezwungen. Mitte November wurden Schüsse auf mehrere US-Flugzeuge abgegeben, worauf der Flughafen in Haitis Hauptstadt geschlossen werden musste und der gesamte Flugverkehr zum Erliegen kam. Auch humanitäre Flüge der Vereinten Nationen waren davon betroffen. Inmitten all dieser Turbulenzen hat der Übergangsrat den bisherigen kommissarischen Premierminister Garry Conille nach weniger als einem halben Jahr im Amt infolge von Meinungsverschiedenheiten entlassen. Das Gremium vereidigte stattdessen den Geschäftsmann Alix Didier Fils-Aimé zum neuen Interims-Präsidenten. Mittlerweile sind über 700.000 Menschen aufgrund der Bandengewalt aus ihrer Heimat geflohen, und nach Schätzungen der Vereinten Nationen leidet die Hälfte der Bevölkerung an Hunger.

Nach dem Fragile States Index 2024 liegt Haiti gegenwärtig vor der Republik Tschad und hinter der Zentralafrikanischen Republik auf Platz 9 der weltweit fragilsten Staaten.

Kubas Energiekrise auf neuem Höhepunkt

Im Oktober ist auf **Kuba** der Strom ausgefallen. Die meisten der elf Millionen Einwohner waren aufgrund des Ausfalls des größten Wärmekraftwerks Kubas mehrere Tage ohne Elektrizität. Der Stromausfall führte die Hauptstadt Havanna *de facto* zum Stillstand. Schulen blieben geschlossen und der Verkehr kam zum Erliegen. Lediglich Hotels und Krankenhäuser, welche mit Notstromgeneratoren versorgt wurden, konnten den Betrieb weiterführen.

Staatschef Miguel Díaz-Canel machte wiederholt die USA für den Zustand der Energieinfrastruktur und den Mangel an Heizöl im Land verantwortlich. Das seit beinahe 65 Jahren bestehende US-Embargo wurde sukzessive verschärft und hat das kommunistische Land in eine Notstandssituation getrieben. Angesichts der Blockadepolitik der Vereinigten Staaten hat Kuba Einschränkungen beim Ankauf von den für den Betrieb seiner Kraftwerke benötigten Brennstoffe hinzunehmen. Auf der Zuckerinsel herrscht aktuell die schlimmste Wirtschaftskrise der letzten dreißig Jahre. Lebensmittel-, Energie-, Treibstoff- und Medikamentenknappheit sowie Stromausfälle gehören mittlerweile zum „kubanischen Alltag“. In den vergangenen Wochen bescherte eine Serie von Naturkatastrophen den Kubanerinnen und Kubanern weitere Schwierigkeiten. Nach einem Erdbeben und mehreren Tropenstürmen mussten über 280.000 Menschen evakuiert werden, Gesundheitseinrichtungen in mehreren Gemeinden erlitten schwere Schäden und 15.000 Häuser wurden zerstört.

Weitere Verschlimmerungen der Nahrungsmittel- und Gesundheitskrise auf Kuba bergen soziale Unruhen in sich. Viele Menschen sind vom Geldtransfer der im Ausland lebenden Verwandten abhängig. Aufgrund der desaströsen wirtschaftlichen Lage haben rund eine halbe Million Kubanerinnen und Kubaner seit 2021 das Land verlassen.

Der Kollaps der Energieversorgung ist innenpolitisch nicht zu unterschätzen. Eine veraltete Stromversorgung und fehlende Investitionen haben Kubas Wirtschaft in eine scheinbar aussichtslose Lage gebracht. Zudem ist das Land auf importiertes Öl angewiesen, was den ökonomischen Spielraum zusätzlich schmälert. Politisch gesehen haben chronische Stromausfälle eine destruktive Wirkung, da dadurch weniger produziert und die Versorgungslage verschärft wird. Urlaubswillige Touristen werden abgeschreckt, auf die Karibikinsel zu reisen und minimieren die Devisengene-

rierung des Landes. Obwohl der Tourismussektor die meisten staatlichen Investitionen erhält, hat sich die Zahl der Reisenden von 4,7 Millionen Touristen im Jahr 2018 auf rund 2,4 Millionen Urlauber im Jahr 2023 beinahe halbiert. Mit der im Jänner 2025 stattfindenden Vereidigung Donald Trumps zum 47. US-Präsidenten wird das künftige Handeln der kubanischen Führung voraussichtlich auf ihre nächste harte Probe gestellt.

Nicaragua: diplomatische Spannungen

Nicaragua als langjähriger Anhänger der „palästinensischen Sache“ wirft der deutschen Regierung Unterstützung des Völkermordes im Gaza-Krieg vor. Laut Nicaraguas Botschafter in den Niederlanden, Carlos Jose Arguello Gomez, verstößt Deutschland als wichtiger Waffenlieferant Israels gegen die Völkermordkonvention. Der Nachschub von Rüstungsgütern diene dazu, die israelischen Lagerbestände aufzufüllen, die für die Fortsetzung der israelischen Angriffe im Gazastreifen von essenzieller Bedeutung sind.

Das mittelamerikanische Land leitete daher einen Rechtsstreit am Internationalen Gerichtshof in Den Haag ein, um Deutschland als Vertragspartei der Völkermordkonvention die Militärhilfe für Israel zu untersagen. Nicaragua ist wegen seiner autoritären Politik im eigenen Land selbst mit Sanktionen konfrontiert. Der Regierung des Landes unter Präsident Daniel Ortega werden in einem Sonderbericht der Vereinten Nationen etliche Verstöße gegen die Menschenrechte vorgeworfen. Darunter zählen unter anderem die Inhaftierung und Deportation von Oppositionellen und Geistlichen.

Angesichts des Zugriffs ecuadorianischer Sicherheitskräfte auf die mexikanische Botschaft im Land, hat Mexiko die diplomatischen Beziehungen zu Quito im April auf ein Minimum reduziert. Als Reaktion zieht Mexiko wegen schwerer Verstöße gegen das Völkerrecht vor den Internationalen Gerichtshof. Auch Nicaragua brach nach dem Vorfall seine Beziehungen zu Ecuador ab und begründete die Entscheidung damit, dass das Vorgehen Ecuadors ungewöhnlich und verwerflich sei.

Die nicaraguanische Regierung bekräftigte ihre Unterstützung für den damaligen mexikanischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador und seine Regierung nach dem Eindringen in die Botschaft. Des Weiteren erinnerte das zentralamerikanische Land daran, dass es im Jahr 2020 seinen Botschafter aufgrund diplomatischer Differenzen aus Quito abgezogen hat.

Ecuadors zunehmende Gewalt droht zu eskalieren

Ecuador hat sich allerdings mit noch ganz anderen Problemen als mit den diplomatischen Verstimmungen mehrerer lateinamerikanischer Länder zu beschäftigen. Aktuell steht nämlich kein anderes Land am Halbkontinent so im Fokus zunehmender Gewalt. Als Grenzland der beiden weltgrößten Koka-Produzenten Kolumbien und Peru nimmt Ecuador mittlerweile eine wichtige Rolle im weltweiten Kokainhandel ein und entwickelte sich von einem Transitland zu einem logistischen Verteilungszentrum. Einst galt das Land mit der zweit-höchstgelegenen Hauptstadt der Welt als Isla de paz (Insel des Friedens) in Lateinamerika. Mit einer Mordrate von 5,81 pro 100.000 Einwohner im Jahr zählte Ecuador zu den sichersten Ländern

Lateinamerikas. Heuer verzeichnete das Land allein im Juni zwanzig Tote, die durch Gewaltverbrechen ums Leben kamen.

Obwohl die Regierung erst im Jänner des Jahres den Drogenbanden – ähnlich wie in Mexiko – den Krieg erklärt hatte, konnte die Gewalteskalation nicht unterbunden werden. Ganz im Gegenteil, die beiden rivalisierenden Banden, Los Tiguerones und Los Lobos, rekrutieren immer mehr Jugendliche für ihre kriminellen Geschäfte. Schätzungen zufolge gehören ihnen schon 50.000 junge Menschen an.

Nachdem Bandenmitglieder die Kontrolle über einen Fernsehsender übernommen hatten, rief Präsident Daniel Noboa bereits den neunten Ausnahmezustand in diesem Jahr aus. Das ist für lateinamerikanische Verhältnisse zwar nichts Besonderes, aber Noboa ist der erste Politiker, der die Drogenbanden im Land zu terroristischen Organisationen erklärt hat und somit die Streitkräfte zu deren Bekämpfung aktivieren kann. Der interne Konflikt hat mittlerweile zu 15.000 Verhaftungen geführt, aber nur 280 Personen wurden aufgrund von Terrorismusvorwürfen festgenommen.

Im Februar 2025 stehen in Ecuador wieder Präsidentschaftswahlen an, und die Sicherheitskrise rund um die „Bandas criminales“ dominiert schon jetzt alle politischen Debatten. Zur Stabilisierung des Landes und um auszuloten, wie seine Chancen für eine Kandidatur stehen, ließ Noboa am 21. Mai 2024 ein Referendum abhalten, welches über die Ausweitung von Sicherheitsmaßnahmen entscheiden sollte. 73 Prozent der Bevölkerung stimmten dafür, dem Militär mehr Macht zu geben. Von elf vorgeschlagenen Verfassungsänderungen, welche die innere Sicherheit des Staates betreffen, stimmten die Ecuadorianer neun zu.

Rebellengruppen scheinen Kolumbiens Friedensbemühungen stürzen zu wollen

Seit 60 Jahren befindet sich **Kolumbien** in einem bewaffneten Konflikt mit linken Guerilla-Gruppen, rechten Paramilitärs und Drogenbanden. Die beherrschende Konflikursache, die zur Entstehung der Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC)-Guerilla beitrug, war die ungleiche Verteilung von Landbesitz. Ziel des Kampfes der FARC Guerilla und anderer Gruppen war eine Agrarreform, die eine gerechte Landverteilung abbilden sollte. Großgrundbesitzer verteidigten ihr Land mit Unterstützung der Regierung und eigenen paramilitärischen Gruppen. Im Verlauf des Krieges etablierte sich in dem Koka-reichen Land eine Drogenökonomie. Verschiedene „Kriegsparteien“ und Banden finanzierten ihren Kampf mit dem Anbau von Koka-Blättern und der Verarbeitung zur Rauschdroge Kokain. Die Einkommensquelle des dadurch entstandenen Drogenhandels entwickelte sich im Laufe der Jahre zum Selbstzweck. Drogenkartelle entstanden und haben aus profitorientierten und nicht sozialen Gründen ein Interesse an der Fortführung des Konflikts. Aber auch in der allgemeinen Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung fanden die Rebellengruppen Unterstützung.

2016 hatte die FARC als größte Guerilla-Organisation ein Friedensabkommen mit der damaligen Regierung unterzeichnet, dem sich jedoch nicht alle Splittergruppen der inzwischen aufgelösten FARC anschlossen. Einer dieser Splittergruppen ist die Segunda Marquetalia, die sich mittlerweile mit der kolumbianischen Regierung auch auf eine Waffenruhe und die Freilassung von Gefangenen verständigt hat. Allerdings wurde klargestellt, dass die Waffenruhe nicht die Einschränkung der verfassungsmäßigen und gesetzlichen Befugnisse der Sicherheitskräfte im Land einschließt. Die Rebellengruppe hat sich zudem verpflichtet, nur unbewaffnet in städtischen Zentren

aufzutreten. Die Guerilla-Gruppe zählt nach Schätzungen des Geheimdienstes mehr als 1.600 Kämpfer und ist damit die zweitgrößte Splittergruppe der mittlerweile aufgelösten FARC.

Trotz des Friedensvertrags von 2016 und der darauffolgenden positiven Gesprächsrunden und Abkommen mit anderen Guerillagruppen eskalierte die Lage Ende Oktober. Gustavo Francisco Petro Urrego, erster linksgerichteter Präsident Kolumbiens und einst selbst Mitglied einer Guerilla-Gruppe, wollte Kolumbien nach sechs Jahrzehnten den Frieden bringen, doch nun gab es einen herben Rückschlag. Unmittelbar nach der Eröffnung der UN-Artenschutzkonferenz in der südwestlich von Bogotá gelegenen Stadt Cali gab es im Umfeld des Veranstaltungsortes zwei Anschläge. Obwohl die Regierung den internationalen Gästen ihre Sicherheit garantierte, griffen Rebellen der Gruppe Estado Mayor Central (EMC) ein Militärfahrzeug mit einer Sprengladung an und erschossen drei Zivilisten. Die EMC, ebenfalls eine Splittergruppe der ehemaligen Farc-Guerilla, warnte die ausländischen Delegationen schon vor Beginn der UN-Konferenz vor möglichen Attentaten. Auch im etwa 150 Kilometer entfernten Dorf El Bordo kam es zu einem Bombenanschlag, bei dem aber niemand verletzt wurde.

Lateinamerikas neue Präsidenten

Sheinbaum ist erste Präsidentin Mexikos

2024 war auch für **Mexiko** ein Superwahljahr. Am 2. Juni wurde erstmals eine Frau zur Präsidentin der zweitgrößten Volkswirtschaft Lateinamerikas und der zwölftgrößten Volkswirtschaft der Welt gewählt. Mit einem Stimmanteil von beinahe 60 Prozent setzte sich die linke Favoritin und frühere Bürgermeisterin von Mexiko-Stadt, Claudia Sheinbaum, als klare Gewinnerin der Präsidentschaftswahl durch. Auch die 628 Sitze der beiden Kammern des mexikanischen Parlaments wurden neu gewählt. In neun Bundesstaaten wurden zudem die Gouverneure gewählt, in Mexiko-Stadt, der Hauptstadt des Landes, wurde ein neuer Regierungschef gewählt und in 30 der 32 Bundesstaaten sowie in zahlreichen Städten und Gemeinden gab die Bevölkerung ihre Stimme für Bürgermeisterposten und etliche Lokalpolitiker ab. Bundesweit wurden mehr als 20.000 lokale Ämter und Funktionen neu vergeben. Insgesamt waren fast 100 Millionen Wahlberechtigte zur Stimmabgabe aufgerufen.

Die Gewalt, die in Mexiko alltäglich ist und deren Bekämpfung ein zentrales Thema der neuen Präsidentin sein wird, machte auch bei den Wahlen nicht halt. In der Nacht vor dem Wahltag wurde der 35-jährige Lokalpolitiker Israel Delgado im Westen Mexikos erschossen, landesweit wurden mindestens 25 weitere Kandidaten in den vergangenen Monaten ermordet.

Am 1. Oktober wurde Claudia Sheinbaum als erste Präsidentin Mexikos vereidigt. Vor ihr standen in den vergangenen 200 Jahren mehr als 60 Männer an der Spitze Mexikos. In ihrer Antrittsrede deutete die neue Staatschefin eine Zeitenwende in dem lateinamerikanischen Land an, wobei sie die Beschleunigung der Energiewende sowie die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit, deren größte Gefahr vom organisierten Verbrechen ausgeht, als die beiden größten Herausforderungen ausmacht. Weniger als eine Woche später wurde der erste Politiker ermordet. Alejandro Arcos, Bürgermeister von Chilpancingo, der Hauptstadt des mexikanischen Bundesstaates Guerrero, wurde nur sechs Tage nach seinem Amtsantritt getötet. Drei Tage zuvor wurde der neue Sekretär der Stadtregierung erschossen. Guerrero ist aufgrund

seiner Lage an den Schmuggelrouten an der Pazifikküste einer der am stärksten von Drogengewalt betroffenen Staaten und Chilpancingo ist seit langem Schauplatz von Revierkämpfen. Im Vorfeld der Wahlen am 2. Juni wurden im Bundesstaat mindestens sechs Kandidaten für öffentliche Ämter getötet.

Richtungswechsel in Uruguay

Der linksgerichtete Yamandú Orsi gewann die Präsidentschaftswahl in **Uruguay**. Nach einer Auszählung von 94 Prozent der Wahlbezirke stand fest, dass Orsi mit 49,3 Prozent vor dem konservativen Kandidaten Alvaro Delgado, der 46,4 Prozent der Stimmen erhielt, lag.

Uruguay gilt als die stabilste Demokratie Lateinamerikas und trägt den Beinamen „die Schweiz Südamerikas“. Es gibt eine breite Mittelschicht, kaum superreiche und ebenso wenig wirklich arme Menschen. Die tief verwurzelte Demokratie im Land stellte Uruguay bereits bei den vorangegangenen Präsidentschaftswahlen 2019 unter Beweis. Der Richtungswechsel von einer Mitte-links-Regierung zu einer Mitte-rechts-Regierung verlief reibungslos und ohne nennenswerte Störungen. Das Land wies auch das höchste BIP pro Kopf aller lateinamerikanischen Länder auf.

Der amtierende und rechtsgerichtete Präsident Luis Lacalle Pou, welcher der Nationalen Partei des Landes angehört, gratulierte Orsi zum Wahlsieg und bot seine Unterstützung für den Übergangsprozess an. Orsi kündigte an, keinen radikalen Kurswechsel einzuleiten, sondern als Präsident immer wieder zum nationalen Dialog aufrufen zu wollen, um die besten Lösungen für das Land zu finden. Der neue Präsident Uruguays musste sich allerdings einer Stichwahl stellen, da im ersten Wahlgang keiner der elf Bewerber die absolute Mehrheit erreicht hatte. Orsi war als Favorit ins Rennen gegangen und trat für die linke Opposition Frente Amplio an. Er gilt als politischer Erbe des Ex-Präsidenten Jose Mujica. Amtsinhaber Lacalle Pou durfte laut Verfassung nicht erneut antreten. Der unterlegene Álvaro Luis Delgado Ceretta war als Kandidat der führenden Partei der Regierungskoalition Partido Nacional angetreten und hatte nach Bekanntwerden erster Hochrechnungen bereits seine Niederlage eingestanden.

Wahlfarce in Venezuela – Schicksalswahl mit Bürgerkriegs-Potential

Ganz anders als in Uruguay lief die Präsidentschaftswahl hingegen in **Venezuela** ab. Das Land, in dem ein Liter Benzin nur 1,5 Cent kostet, war einmal das wohlhabendste Land Südamerikas. Kein anderer Staat besitzt mehr Erdölreserven als Venezuela und dennoch ist es eines der ärmsten Länder des Subkontinents. 80 Prozent der venezolanischen Haushalte und die Hälfte der Krankenhäuser haben kaum Zugang zu Trinkwasser, 96 Prozent der Haushalte sind arm. Bis November 2023 flüchteten beinahe 8 Millionen Menschen aus dem Land. Das ist die größte Migrationsbewegung Lateinamerikas und die zweitgrößte der Welt.

Hugo Chávez' marxistische Politik war der Anstoß für die gegenwärtige Krise in Venezuela. Der ehemalige Präsident knüpfte das Schicksal des venezolanischen Volkes an das Öl, sodass beinahe die gesamte Wirtschaft, die staatlichen Institutionen sowie die Nahrungsversorgung nur noch dank der „Petrodollars“ funktionierte.

Das Öl machte bald 98 Prozent des Exports aus, und niemanden konnte Chavez stoppen, denn demokratische Verhältnisse waren mittlerweile ausgehöhlt. 2013 wurde Nicolás Maduro als Nachfolger Chávez vereidigt. Als im Jahr 2014 auf der ganzen Welt die Ölpreise abstürzten, kam es in Venezuela zum wirtschaftlichen Zusammenbruch und das ehemals stabile und prosperierende Venezuela stürzt seitdem gemeinsam mit Maduro immer tiefer ins Chaos. Das Geld ist durch die Hyperinflation wertlos, das Gesundheitssystem ist zusammengebrochen und die Kriminalität ist stark angestiegen.

Am 28. Juli 2024 war in Venezuela die Bevölkerung aufgerufen, einen neuen Präsidenten zu wählen, bei der Amtsinhaber Maduro erstmals eine Niederlage bevorstehen konnte. Der seit elf Jahren im Amt stehende Maduro wollte sich bei den Wahlen eine dritte Amtszeit sichern. Doch diesmal war die Wahl nicht nur von vielen Kritikern begleitet, sondern auch mit einer starken Opposition konfrontiert. Würde in Venezuela eine gut funktionierende Demokratie vorherrschen, stünden die Chancen für Maduro, wieder Präsident zu werden, nur bei 10 Prozent. Am nächsten Tag wurden Kritiker und Opposition jedoch mit der Realpolitik des kommunistischen Amtsinhabers aus ihren Träumen gerissen. Nicolás Maduro hatte nach Angaben der Wahlbehörde die Präsidentschaftswahl in Venezuela „unumkehrbar“ gewonnen. Nach Auszählung von 80 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt Maduro eine Mehrheit von 51,2 Prozent. Dem aussichtsreichsten Oppositionskandidaten Edmundo Gonzalez Urrutia wies die staatliche Wahlbehörde nur 44,2 Prozent zu.

Am Wahltag sind regierungskritische Medien und Accounts in sozialen Medien gestört worden, und im gesamten Land hat es mehrere Internetausfälle gegeben. In vielen unabhängigen Umfragen wurde Gonzalez weit vorn gesehen. Die Wiederwahl Maduros hat zu heftigen Protesten im Land geführt, bei denen mehrere Menschen verletzt wurden. In Lateinamerika selbst haben die Regierungen Argentiniens, Costa Ricas, Guatemalas, Ecuadors, Panamas, Paraguays, Perus und Uruguays die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl am 28. Juli hinterfragt und eine Überprüfung in Zusammenarbeit unabhängiger Wahlbeobachter verlangt. Daraufhin ließ die venezolanische Regierung ihr diplomatisches Personal aus diesen Ländern abziehen und forderte diese auf, unverzüglich ihre Vertreter aus dem venezolanischen Hoheitsgebiet abzuziehen.

Da Venezuelas Oppositionsführerin Maria Corina Machado und ihr Präsidentschaftskandidat Edmundo Gonzalez Urrutia den Wahlsieg für sich beanspruchen und der wiedergewählte venezolanische Präsident Nicolás Maduro an seiner Macht festhält, schlug der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva die Ausrufung von Neuwahlen vor, was von der Opposition allerdings sofort abgelehnt wurde. Begründet wurde die Ablehnung damit, dass Neuwahlen mangelndem Respekt gegenüber dem venezolanischen Volk gleichkäme. Die Opposition, welche die Wahlbehörde als Zuarbeiterin einer diktatorischen Regierung sieht, behauptet, dass ihr Kandidat Edmundo Gonzalez mehr als doppelt so viele Stimmen wie Maduro erhalten hätte, wenn man die 90 % jener Wahlergebnisse zugrunde legt, zu denen sie Zugang hatte.

Obwohl die Opposition und internationale Beobachter die Wahl als undemokratisch einstufen, bestätigte Venezuelas Höchstgericht den Sieg von Nicolás Maduro bei der umstrittenen Präsidentschaftswahl. Das Material der Wahlbehörde wurde von den Richtern des Höchstgerichts geprüft und sie gehen übereinstimmend davon aus, dass Maduro die Wahl am 28. Juli gewonnen hat. Das geprüfte Wahlmaterial ist einwandfrei zertifiziert und die Entscheidung des Gremiums kann nicht angefochten

werden. Mehrere Länder haben indessen Venezuela aufgefordert, die Wahlergebnisse zu veröffentlichen.

Mehrere Länder haben den oppositionellen Präsidentschaftskandidaten Edmundo Gonzalez Urrutia als neuen Präsidenten Venezuelas anerkannt, was gut einen Monat nach der Wahl dazu führte, dass die venezolanische Justizbehörde einen Haftbefehl gegen ihn erließ. Dem mittlerweile untergetauchten Oppositionskandidaten werden Amtsanmaßung, Urkundenfälschung und Verbindungen zu Geldgebern des Terrorismus vorgeworfen. Urrutia befindet sich inzwischen im spanischen Exil und die seit August untergetauchte Oppositionsführerin Maria Corina Machado meldete sich Anfang Oktober aus Prag, wo sie sich auf einer Konferenz zu den Zuständen in Venezuela äußerte und die internationale Gemeinschaft dazu aufforderte, den Druck auf Maduro zu erhöhen, um ihn zu einem Rücktritt zu bewegen.

Lateinamerika und die USA – Wie Trump Lateinamerika verändern könnte

Ende 1823 proklamierte der damalige US-Präsident James Monroe eine Jahresbotschaft, in der die Regierung in Washington ihr eigenes Bild über die politische Zukunft der Amerikas formulierte. Die bedeutendsten Punkte waren dabei das Verbot einer europäischen Intervention, Kolonisation sowie das Verbot eines etwaigen Übergangs der Kolonialherrschaft in den beiden Amerikas. Des Weiteren wurde konstatiert, dass in Amerika ein neues politisches System Einzug gefunden hätte, welches sich von Europa drastisch unterscheide und zu guter Letzt wurde jeglicher Versuch europäischer Mächte, ihre politischen Systeme auf einen Teil der westlichen Hemisphäre zu übertragen, durch die USA als Gefahr für den Frieden eingestuft. Diese zentrale Botschaft der USA sollte als „Monroe-Doktrin“ in die Geschichte eingehen und wurde von manchen Mächten später als Legitimationsinstrument für den US-Imperialismus in Lateinamerika gesehen. Obwohl die Abwehr traditioneller Bedrohungen, wie die Etablierung einer feindlich gesinnten – bzw. mit ihren Feinden kooperierenden – Regierung in Lateinamerika zu den sicherheitspolitischen Kerninteressen der USA zählen, wurde die Außenpolitik gegenüber dem südlichen Halbkontinent seit 2000 immer mehr vernachlässigt.

In der jüngeren Vergangenheit wurde deswegen oftmals mit einem Einflussverlust in der Region gerechnet. Donald Trump hatte im ersten Jahr seiner ersten Amtszeit Lateinamerika keinen einzigen Besuch abgestattet. Ganz im Gegenteil, er war der erste US-Präsident, der nicht am Amerika-Gipfel (*Summit of the Americas*) teilnahm. Hierbei handelt es sich um ein Treffen aller Regierungschefs Lateinamerikas, der Karibik sowie Nordamerika und Kanada, um aktuelle Probleme und deren Lösungen sowie Visionen für eine gemeinsame Entwicklung der Region zu diskutieren.

Mit der Wiederwahl Trumps Anfang November 2024 wird sich das Verhältnis zwischen den USA und Lateinamerika wahrscheinlich wieder zugunsten der Rechtspopulisten auswirken. Die Anhänger des als „Trump der Tropen“ bezeichneten Ex-Präsidenten Brasiliens, Jair Messias Bolsonaro, beschwören schon eine neue Ära der Konservativen in Brasilien herbei, während der amtierende brasilianische Präsident, Luiz Inácio Lula da Silva, gegenüber den USA wohl an Bedeutung verlieren wird. Auch der „coolste Diktator“ der Welt, wie sich El Salvadors Präsident Nayib Bukele selbst gerne sieht, dürfte mit Trumps Sieg zu den Gewinnern lateinamerikanischer Staatsoberhäupter gehören, wenn es um die Gunst der Vereinigten Staaten von Amerika geht. Bukele hat durch sein hartes Vorgehen gegen die Bandenkriminalität in

El Salvador die Mordrate massiv gesenkt, die Inhaftierungsrate stieg damit jedoch gleichzeitig zur höchsten der Welt. Des Weiteren ist damit zu rechnen, dass auch mit dem wirtschaftsliberalen Präsidenten Argentiniens, Javier Milei, die Handelsbeziehungen beider Staaten neu geordnet werden.

Noch interessanter werden allerdings die Beziehungen zum Nachbarland Mexiko zu beurteilen sein, die sich insbesondere mit den Kernthemen Migration und Drogenhandel auseinanderzusetzen haben. Aber auch das nordamerikanische Interesse an Venezuelas Energieressourcen sollte einer besonderen Beachtung unterzogen werden. Denn trotz vermuteter Wahlfälschung bei der umstrittenen Wiederwahl des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro im Juli 2024 stützen Sondergenehmigungen für internationale Unternehmen weiterhin die Ölwirtschaft des Landes, obwohl die Zahl der politischen Gefangenen nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen mittlerweile einen Höchststand seit der Jahrtausendwende erreicht hat. Ebenso steht die weitere Außenpolitik gegenüber Kuba und Nicaragua auf der politischen Agenda der USA.

Obwohl Lateinamerika mit den Vereinigten Staaten so stark verflochten ist wie kein anderes Gebiet auf der Welt, wird der südliche Halbkontinent nach gegenwärtiger Einschätzung durch den neuen US-Präsidenten eher mit Repressionen und politischen – in Hinblick auf Mexiko möglicherweise auch militärischen – Druck, als mit einer positiven „Partnerschaft“ zu rechnen haben. Schon im Wahlkampf hatte Trump eindeutig klargemacht, dass er die Südgrenze versiegeln würde und die Eingewanderten in Massen abschieben lassen werde. Berechnungen zufolge leben um die 64 Millionen Hispanics¹¹ in den USA, was etwa 19,1 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht; ein Drittel von ihnen ist nicht in den Vereinigten Staaten, sondern in lateinamerikanischen Ländern geboren.

Für die meisten Länder der Region sind die USA der wichtigste Wirtschaftspartner und umgekehrt zählt Mexiko zum wichtigsten Handelspartner der Vereinigten Staaten. Umso mehr verwundert es, dass Trump die Einwohner verschiedenster lateinamerikanischer Staaten in jüngster Vergangenheit immer wieder öffentlich diffamiert hat. Mexiko sowie beinahe ganz Zentralamerika sind wirtschaftlich von den Vereinigten Staaten abhängig. Über drei Viertel aller mexikanischen Exporte werden im Rahmen des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens USMCA¹² in die Vereinigten Staaten eingeführt.

Dennoch drohte Trump bereits, dass kein einziges in dem südlichen Nachbarland hergestelltes Auto mehr in den USA verkauft werde. Beinahe ein Viertel des Brut-

¹¹ Der Begriff „Hispanic“ wurde in den Siebzigerjahren von der Regierung geprägt und umfasst alle in den spanisch-sprechenden Ländern Südamerikas geborenen Amerikaner und solche, die ihre Herkunft nach Spanien oder in die früheren spanischen Kolonien zurückverfolgen können. Natürlich umfasst dies eine große Anzahl an Ländern und ethnischen Gruppen mit vielen verschiedenen sozialen, politischen und emotionalen Erfahrungen. Die meisten Hispanics verstehen sich aber je nach ihrer individuellen Herkunft eher als Mexiko Amerikaner, Puertoricaner oder Kubanoamerikaner, als Mitglieder einer größeren Volksgruppe von Hispanics oder Latinos.

¹² Das USMCA ist das Nachfolgeabkommen zum North American Free Trade Agreement. Das NAFTA zwischen den USA, Kanada und Mexiko besteht seit 1994 als Freihandelszone. Produkte mit Ursprung in der Zone können innerhalb der Zone zollfrei gehandelt werden. Voraussetzung ist, dass die Produkte einen bestimmten Anteil an Ursprungsmaterialien, den regionalen Wertschöpfungsanteil („regional value content“), beinhalten. Im Kfz-Sektor betrug dieser Anteil unter anderem häufig 62,5 Prozent. NAFTA war vordergründig für jene deutschen Unternehmen von zentraler Bedeutung, die im NAFTA-Raum produzieren, etwa Kfz-Hersteller und ihre Zulieferer.

toinlandsprodukts El Salvadors wird von den Überweisungen der in den USA arbeitenden Salvadorianer zugeführt, und Trump droht immer wieder damit, den Zahlungstransfer zu besteuern, womit für die betroffenen Familien weniger Geld zur Verfügung stehen würde. Im Vorjahr erreicht das Überweisungsvolumen der Arbeitsmigranten in den lateinamerikanischen Raum 153 Milliarden US-Dollar.

Obwohl Trumps Wiederwahl die Beziehung zu Lateinamerika neu definiert, bleibt abzuwarten, ob damit auch eine Neuausrichtung für konkrete politische Maßnahmen verbunden sein wird. Auf jeden Fall bietet sich mit dem neuen US-Präsidenten für Lateinamerika die einmalige Chance, einen panamerikanischen Block zu bilden, der den wirtschaftlichen Herausforderungen zwischen den Weltmächten eine gemeinsame und starke Stimme verleihen würde.

Mit Blick auf die durch die Drogenkartelle beeinflussten Länder der Region könnten gemeinsame Strategien entwickelt werden, um sich gemeinsam gegen die Ausbreitung des organisierten Verbrechens zu koordinieren. Damit könnten betroffenen Staaten wieder politische Stabilität zurückerlangen und gemeinsame Märkte geschaffen werden.

Ende November unterstrich Donald Trump nochmals seine Absicht, nach seiner Verteidigung als neuer US-Präsident den Notstand an den US-Außengrenzen auszurufen und das Militär gegen irreguläre Migration einzusetzen. Obwohl die Rechtslage in den USA den Einsatz der Armee gegen Zivilpersonen auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten untersagt, wolle er zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung die Nationalgarde, aber gegebenenfalls auch Teile der US-Armee einsetzen. Bereits im Mai des Jahres hatte Trump bei einem Interview Massenabschiebungen von Zugewanderten als eine seiner ersten Amtshandlungen bekannt gegeben.

Resümee & Ausblick

Lateinamerika blieb auch Ende 2024 vor massiven Herausforderungen nicht verschont. Während in Bolivien die demokratischen Verhältnisse infolge eines missglückten Putschversuches für kurze Zeit ins Wanken kamen, wurde in Mexiko als zweitgrößte Volkswirtschaft Lateinamerikas Claudia Sheinbaum als erste Frau an der Spitze des Landes gewählt. Noch vor ihrem Amtsantritt am 1. Oktober des Jahres befand sich Mexiko in einem diplomatischen Streit mit Ecuador, da die dortigen Sicherheitskräfte mit Gewalt in die mexikanische Botschaft eingedrungen waren. Eine umstrittene Justizreform im Land legte auch für kurze Zeit die diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und Kanada auf Eis.

In Haiti konnte der politischen Instabilität trotz der Entsendung einer multinationalen Truppe nicht entgegengewirkt werden. Der Karibikstaat gilt mittlerweile als „failed State“ und wird sich aller Voraussicht nach in naher Zukunft nicht mehr erholen. Die Versorgung der Insulaner mit lebenswichtigen Gütern ist hauptsächlich nur noch über internationale Hilfsorganisationen möglich. Kuba wurde 2024 mehrmals Schauplatz von Blackouts, da die größten Kraftwerke Stromausfälle vermeldeten und die Bevölkerung der Zuckerinsel mehrere Tage ohne Elektrizität auf sich gestellt war. Das kommunistische Regime verstand es allerdings noch, eventuelle soziale Unruhen zu unterbinden.

Nicaragua konnte sich mit einem kleinen Rechtsstreit am Internationalen Gerichtshof ein wenig von seinen eigenen Vorwürfen befreien, die massive Menschenrechtsverletzungen in dem autoritär geführten Land betreffen. In Kolumbien wird seit 2016 versucht, den bewaffneten Konflikt mit verschiedenen Rebellengruppen durch Friedensverträge unter Kontrolle zu bringen, während sich die ecuadorianische Regierung mit immer mehr Gewaltverbrechen auseinanderzusetzen hat. Das Land läuft inzwischen Gefahr, zu einer Militärdiktatur zu werden. Im stabilen Uruguay wurde mit Yamandú Orsi ein neuer Präsident gewählt, der sich ganz im Gegensatz zu Venezuela der Zustimmung und dem Wohlwollen seiner Bevölkerung sicher sein kann. Venezuelas Langzeitherrscher Nicolás Maduro hat sich am 28. Juli bei umstrittenen Präsidentenwahlen seine Macht für die nächsten sechs Jahre gesichert. Entweder wird das sozialistisch regierte und einst sehr wohlhabende Land weiter herabgewirtschaftet, oder die sozialen Spannungen werden dermaßen zunehmen, dass die enttäuschte venezolanische Bevölkerung einen Sturz des „Diktators“ herbeiführen wird.

Lateinamerika als „Appendix“ der USA

Die Wahl Donald Trumps zum 47. US-Präsidenten wird erhebliche Auswirkungen auf Lateinamerika haben. Der südliche Halbkontinent steht vor komplexen Herausforderungen wie der Eindämmung wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten sowie der Begrenzung der Auswirkungen des Klimawandels. Lateinamerika unterhält traditionell enge Beziehungen zu den USA, und die neue US-Regierung wird bei der Bewältigung dieser Herausforderungen höchstwahrscheinlich großen Einfluss haben.

Die drei wichtigsten Punkte Trumps werden wohl das für die USA bedeutendste lateinamerikanische Land betreffen. Mexiko wird sich mit aller Wahrscheinlichkeit auf neue Handelsstrategien einstellen müssen. Ebenso werden die Themenbereiche Migration sowie Sicherheit und die Eindämmung des Drogenhandels neu ausgerichtet. Üblicherweise hatten republikanische Regierungen aufgrund ihrer liberalen Ausrichtung keine negativen Konsequenzen auf den Handel mit Lateinamerika, mit dem neu gewählten US-Präsidenten könnte es anders werden. Denn mit dem republikanischen Slogan „America First“ scheint Trump hinsichtlich der US-Handelspolitik dem Protektionismus mehr Bedeutung als dem Liberalismus zukommen zu lassen.

Vermutlich wird dabei das Freihandelsabkommen T-MEC (The US – Mexico – Canada Agreement) in den nächsten Monaten besondere Aufmerksamkeit erlangen. Obwohl es viele Ähnlichkeiten mit dem Vorgängermodell North American Free Trade Area (NAFTA) gibt, gehen Analysten davon aus, dass seitens der USA erhebliche Zugeständnisse erzwungen werden. Das wird etwa Änderungen in rechtlichen Aspekten genauso treffen wie Aktualisierungen für digitale Online-Geschäftsbeziehungen. Wahrscheinlich ist auch mit einer „Aufweichung“ des Arbeitsrechts zu rechnen. Ein eventueller Handelskrieg mit China würde Mexiko zusätzlich stark treffen, da viele chinesische Produkte über Mexiko in die USA eingeführt werden.

In der Migrationspolitik rechnet Mexiko schon jetzt mit einem radikalen „Einwanderungsregime“, dessen „Führer“ erst vor wenigen Wochen damit gedroht hat, US-Militär auf mexikanischen Boden einzusetzen. Gegenwärtig gilt die Regelung, dass

Migranten, welche die Grenze illegal überqueren, kein Asyl beantragen können. Allerdings kommt diese Bestimmung erst zur Geltung, wenn der Durchschnitt illegaler Grenzübertritte aus Mexiko in einer Woche die Zahl von 2500 pro Tag übersteigt. Trump hat indessen angekündigt, elf Millionen Menschen abzuschieben. Die meisten Ausweisungen sollen dabei nach Lateinamerika stattfinden.

Von den drei zentralen Punkten Trumps Lateinamerika-Politik wird der Kampf gegen die Drogenkartelle wahrscheinlich den größten Druck zu spüren bekommen. Die neue US-Regierung wird alles daransetzen, dass Mexikos Präsidentin Claudia Sheinbaum die Korruption hochrangiger Beamte eindämmt und den Drogenfluss von Mexiko in die Vereinigten Staaten unter Kontrolle bekommt.

Da der Subkontinent seit jeher ein fruchtbarer Nährboden rechtsextremer, rechtspopulistischer und autoritärer Bestrebungen war, dürfte der neue US-Präsident künftig versuchen, unter dem Vorwand einer angeblichen kommunistischen Gefahr oder den Verlust traditioneller Werte linksgerichtete Regierungen in Lateinamerika politisch zu diffamieren. Hinsichtlich der Handels- und Migrationspolitik wird Lateinamerika in den nächsten vier Jahren auf jeden Fall einen Umbruch erleben.

Hybride Bedrohungen

von Daniel Hikes-Wurm

Angesichts der immer konfliktreicheren internationalen Beziehungen ist davon auszugehen, dass hybride Bedrohungen weiterhin auf einem hohen Niveau bleiben und tendenziell sogar noch ansteigen werden. Hybride Bedrohungen haben seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges signifikant zugenommen. Sie umfassen nahezu sämtliche staatliche und gesellschaftliche Räume.

Resilienz als effektive Gegenstrategie steckt in vielen Bereichen aber noch im Anfangsstadium, wobei die sektorenübergreifende Analyse und Maßnahmen (u. a. bei Infrastrukturprojekten) eine große Herausforderung bilden, wie die Abwägung von der Inkaufnahme von Zusatzkosten und der potenziellen Verwundbarkeit.

Die EU und die Mitgliedsstaaten haben aber die Relevanz des Themas erkannt und setzen gezielt Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Bedrohungen und Steigerung der Resilienz.

Kontextualisierung hybrider Bedrohungen

Was sind hybride Bedrohungen?

Hybride Bedrohungen haben seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges signifikant zugenommen und umfassen alle Domänen, die durch das *Hybrid Centre of Excellence* beschrieben sind. Sie zielen darauf ab, ein Ziel, z. B. einen Staat oder eine Institution, durch eine Vielzahl von Mitteln zu untergraben, die häufig kombiniert werden. Zu diesen Mitteln gehören etwa Informationsmanipulation, Cyberangriffe, wirtschaftliche Einflussnahme oder Nötigung, verdeckte politische Manöver, Zwangsdiplomatie oder die Androhung militärischer Gewalt. Am oberen Ende des Spektrums steht die hybride Kriegsführung, die auch den Einsatz offener militärischer Zwangsgewalt umfasst und die Schwelle der formellen Kriegsführung überschreitet.

Im Folgenden sollen anhand ausgewählter hybrider Aktivitäten entlang der verschiedenen Domänen im Beobachtungszeitraum dieser Anstieg illustriert und die aktuelle Situation dargestellt werden.

Ausgewählte Beispiele hybrider Bedrohungen

Infrastruktur

Im November 2024 wurden zwei **Unterseekabel** in der Ostsee durchtrennt. Betroffen war einerseits die Verbindung zwischen Schweden und Litauen (*BCS East-West-Interlink*) und andererseits zwischen Deutschland und Finnland (*C-Lion 1*), die gleichzeitig auch das einzige direkte Kabel zwischen Finnland und Mitteleuropa darstellt. Die Auswirkungen der Unterbrechungen waren insbesondere in Litauen zu



APA/ORF <https://orf.at/stories/3376453/>

spüren. Die deutsche und finnische Außenministerin veröffentlichten daraufhin eine gemeinsame Stellungnahme, in der sie von einer „hybride[n] Kriegsführung böswilliger Akteure“ sprachen (ORF.at 2024a). Zudem wurde eine Untersuchung durch Finnland und Schweden wegen Sabotageverdacht eingeleitet. Verdächtig wird das chinesische Frachtschiff „Yi Peng 3“, die Kabel absichtlich beschädigt zu haben. Die Reparatur der Kabel ist insbesondere aufgrund der schwierigen Witterungsbedingungen in der Ostsee um diese Jahreszeit eine Herausforderung und nimmt mehrere Wochen in Anspruch.

Ein weiteres Beispiel für hybride Aktivitäten sind **Brandbombenanschläge** auf die Logistikinfrastruktur. Im Juli 2024 gerieten in den DHL-Logistikzentren in Birmingham und Leipzig Pakete in Brand. Durch die litauische Justiz wurde eine Person festgenommen, die mutmaßlich im Auftrag des russischen Militärgeheimdienstes GRU die Pakete mit den Brandsätzen aus Vilnius verschickt hat. In Polen wurden vier weitere Verdächtige verhaftet. Ziel dieser Aktion war der Test einer Kampagne, die Ziele in den USA und Kanada treffen sollte. Das Paket in Leipzig geriet lediglich

aufgrund einer Verzögerung im Weiterflug am Boden in Brand und nicht während des Fluges (vgl. Koponen 2024).

Im Sommer 2024 kam es zu mehreren Einbrüchen in Anlagen der finnischen **Wasserversorgungsinfrastruktur**. Insgesamt wurden 11 Einbruchsversuche in Wasseraufbereitungsanlagen im Süden Finnlands registriert, jedoch konnten keine Verdächtigen identifiziert werden (vgl. Foreign Policy 2024). Die Sabotageakte hatten zwar keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit, aber sie zeigen die hohe Anzahl an potenziellen Angriffsvektoren zur Destabilisierung der Gesellschaft. Auch in Deutschland wurden im August 2024 drei mutmaßliche Sabotageversuche gegen Wasserversorgungseinrichtungen von Kasernen verübt. In diesen Fällen gibt es ebenfalls keine eindeutige Attribuierung. Diese Aktivitäten reihen sich jedoch ein in eine Serie von Cyber-Vorfällen im Jahr 2024 rund um Wasserversorgungsanlagen in den USA, Frankreich und Polen, zu der sich eine Hackergruppe mit dem Namen „Cyber Army of Russia“ bekannt hat, die möglicherweise Verbindungen zum russischen Militärgeheimdienst GRU hat (vgl. Schmitz 2024).

Politik

Die Republik **Moldau** stand im Herbst 2024 im Fokus des Europäischen Interesses angesichts der Präsidentschaftswahl und des Verfassungsreferendums für das Ziel eines EU-Beitritts, die beide letztlich sehr knapp zugunsten der Europäischen Perspektive ausfielen. Die im Vorfeld der Wahl identifizierten hybriden Beeinflussungsoperationen waren jedoch enorm. Sie umfassten etwa sehr umfangreiche Desinformationskampagnen oder den Wählerkauf durch einen prorussischen Oligarchen im Ausmaß von etwa 130.000 Stimmen. So wird vermutet, dass ca. 15 Mio. USD an russischen Geldern direkt an 130.000 moldawische Bürgerinnen und Bürger ausgezahlt wurden. Russland soll sich dabei lokaler Proxies bedient haben, welche die Banküberweisungen durchgeführt haben. Der moldawische nationale Sicherheitsberater geht davon aus, dass Russland im Jahr 2024 insgesamt ca. 100 Millionen USD für die **Unterminierung** des demokratischen Prozesses in Moldau aufwendet (vgl. Gavin 2024; European Parliament 2024). Als zentrale **Narrative** werden antiwestliche Ressentiments verwendet, wie die Behauptung, dass die „USA die EU kontrollieren würden“ oder „dass eine EU-Mitgliedschaft zu einer Mitgliedschaft in der NATO führen werde und damit auch NATO-Soldaten im Land stationiert würden“ und dass dies zu einem Konflikt mit Russland führen würde (vgl. Simettinger 2024).

Ein weiterer Aspekt hybrider Einflussnahme war die Instrumentalisierung von Priestern der moldauisch-orthodoxen Kirche, die in enger Abstimmung mit der russisch-orthodoxen Kirche zur Wahl von prorussischen Kandidaten aufriefen und dies mit der Gefahr des Verlusts traditioneller moldauischer Werte durch den EU-Integrationsprozess begründeten (vgl. Triebel 2024).

Die EU adressiert diese Herausforderungen nunmehr zunehmend auch durch Maßnahmen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor Ort. Dies folgt der Logik eines gesamtheitlichen Ansatzes, der strategische Interessen der EU schützen soll. Ein gutes Beispiel hierfür ist die seit Mai 2023 operative zivile GSVP-Partnerschaftsmission **in Moldau**, die die Bekämpfung von hybriden Bedrohungen im Allgemeinen und *Foreign Information Manipulation and Interference* (FIMI) im Besonderen in ihrem Mandat aufweist (vgl. European Union 2024a).

Zusätzlich wurde durch die EU im Rahmen des Wahlprozesses auf Anforderung durch das „*Information Technology and Cyber Security Service*“ ein multinationales **Cyber Rapid Response Team** zur Unterstützung der lokalen Behörden im Bereich der Cybersicherheit entsandt, an dem sich auch Österreich beteiligte (vgl. Cyber Rapid Response Teams and Mutual Assistance in Cyber Security 2024).

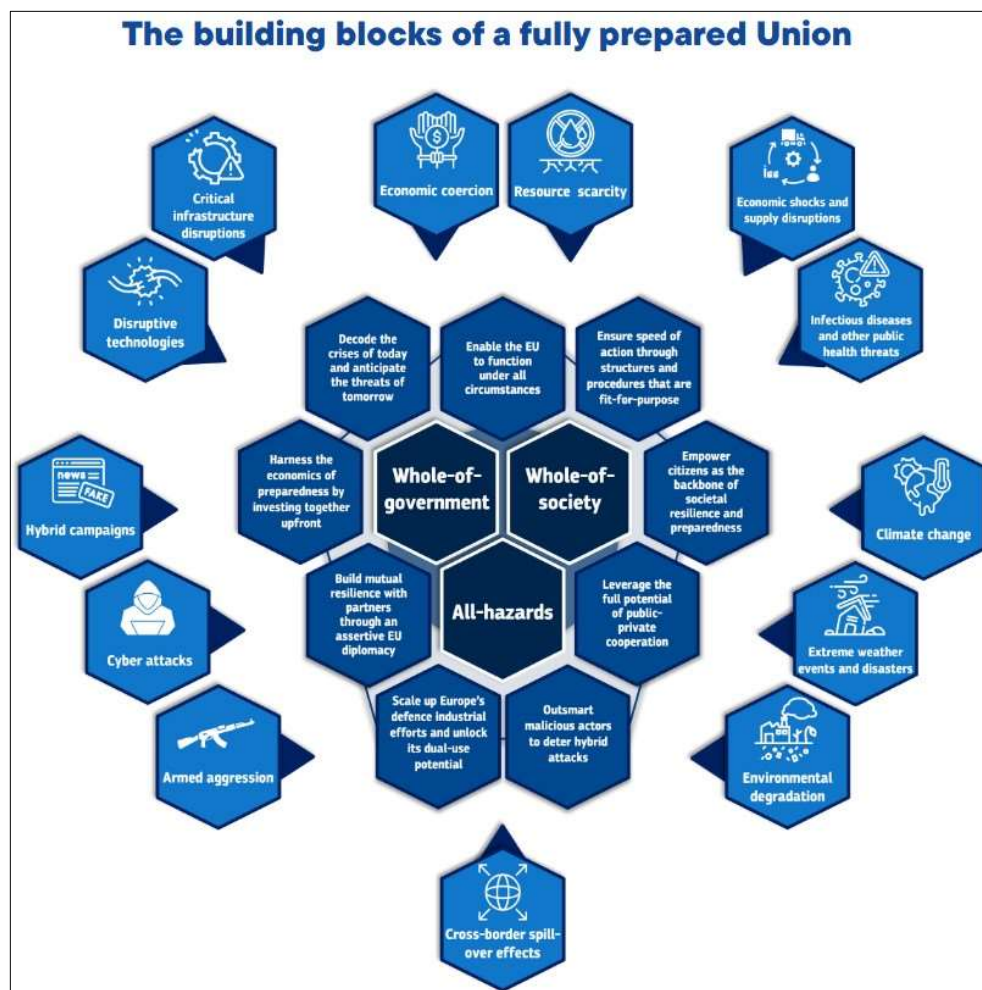
Wirtschaft und Intelligence

China wird im „Strategischen Kompass der EU“ aus dem Jahr 2022 als ein „Kooperationspartner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer Rivale“ verstanden. Dies bedeutet in der Praxis derzeit häufig eine Ambivalenz im Umgang mit China auf EUropäischer und nationaler Ebene in verschiedenen Fragen, wie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Mittlerweile rückt das Thema **Forschungssicherheit** zunehmend in den Fokus des EUropäischen Interesses, da zur Aufrechterhaltung einer wirtschaftlichen Vormachtstellung Forschung und Innovation von höchster Bedeutung sind. China versucht aber, wie ein Bericht der tschechischen Nachrichtendienste darlegt, über „Soziale Medien“ wie *LinkedIn* Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur Spionage zu rekrutieren, um so auch weiterhin Zugang zu Forschungsergebnissen im Hochtechnologiebereich zu erhalten, seitdem die EU stärker versucht, China von Erkenntnissen im Bereich der neuen Technologien (Emerging Disruptive Technologies) auszuschließen (vgl. Zachová 2024). Ein weiteres Beispiel in diesem Zusammenhang ist die Festnahme von drei deutschen Staatsbürgern im April 2024, denen Spionage für China und Absprachen über die Weitergabe von Informationen über Technologien mit potenziellem militärischem Nutzen zur Last gelegt werden (vgl. News Wires 2024). Der Europäische Rat hat im Mai 2024 Empfehlungen zur Stärkung der Forschungssicherheit angenommen, um die Kommission und die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung von Risiken für die Forschungssicherheit, die sich aus der internationalen Zusammenarbeit ergeben, zu unterstützen. In dieser Empfehlung werden Risiken ermittelt, die sich hauptsächlich auf die Bereiche „unerwünschter Transfer von Wissen, Einflussnahme aus dem Ausland und Verletzungen ethischer Grundsätze oder der Integrität beziehen“ (Europäischer Rat 2024a). Diese Empfehlung hat jedoch keinen rechtsverbindlichen Charakter, sondern bietet lediglich Leitlinien für freiwillige Maßnahmen. Diese Maßnahmen fußen auf der 2023 angenommenen Strategie für wirtschaftliche Sicherheit, mit der sichergestellt werden soll, dass die EU weiterhin von wirtschaftlicher Offenheit bei gleichzeitiger Minimierung der Risiken für ihre wirtschaftliche Sicherheit profitiert. Mit der Strategie wird ein Drei-Säulen-Ansatz vorgeschlagen: Stärkung der wirtschaftlichen Basis und der Wettbewerbsfähigkeit der Union, Schutz vor Risiken und Zusammenarbeit mit einem möglichst breiten Spektrum von Ländern, um gemeinsame Anliegen und Interessen zu verfolgen (vgl. Europäischer Rat 2024b). Die Themen Forschung und Innovation spielen für jede dieser Säulen eine Schlüsselrolle.

Welche Antworten gibt Europa auf diese Herausforderungen?

Die skizzierten Beispiele zeigen die unmittelbare Betroffenheit von und Verwundbarkeit EUropas durch hybride Bedrohungen. Es gibt jedoch mittlerweile zahlreiche politische Initiativen und Maßnahmen auf EU-Ebene zur Adressierung dieser erkannten Vulnerabilitäten und zur Stärkung der Resilienz.

Ein maßgebliches Dokument in diesem Zusammenhang stellt der Ende Oktober 2024 präsentierte „Niinistö-Report“ dar, der vom ehemaligen finnischen Präsidenten Sauli Niinistö erstellt wurde und sich der Frage widmet, wie die zivile und militärische bzw. verteidigungspolitische Vorsorge und Bereitschaft Europas verbessert werden können? Er bildet eine wesentliche Grundlage für das innerhalb der ersten 100 Tage zu erstellende *Whitepaper* des neuen EU-Verteidigungskommissars über die Zukunft der europäischen Verteidigung und beschreibt die wesentlichen Parameter für die künftige Ausrichtung der EU Verteidigung unter dem Gesichtspunkt der Vorbereitungsmaßnahmen (*Preparedness*). Der Report beinhaltet zahlreiche Empfehlungen entlang von zehn Bausteinen (Handlungsfelder), die insgesamt eine Stärkung der Resilienz, aber auch die Instrumente zur aktiven Bekämpfung von hybriden Bedrohungen (*deterrence by punishment*) umfassen.



Europäische Kommission 2024a:
https://commission.europa.eu/document/56e2177e-376f-422f-b7a3-cdac8041fb18_en

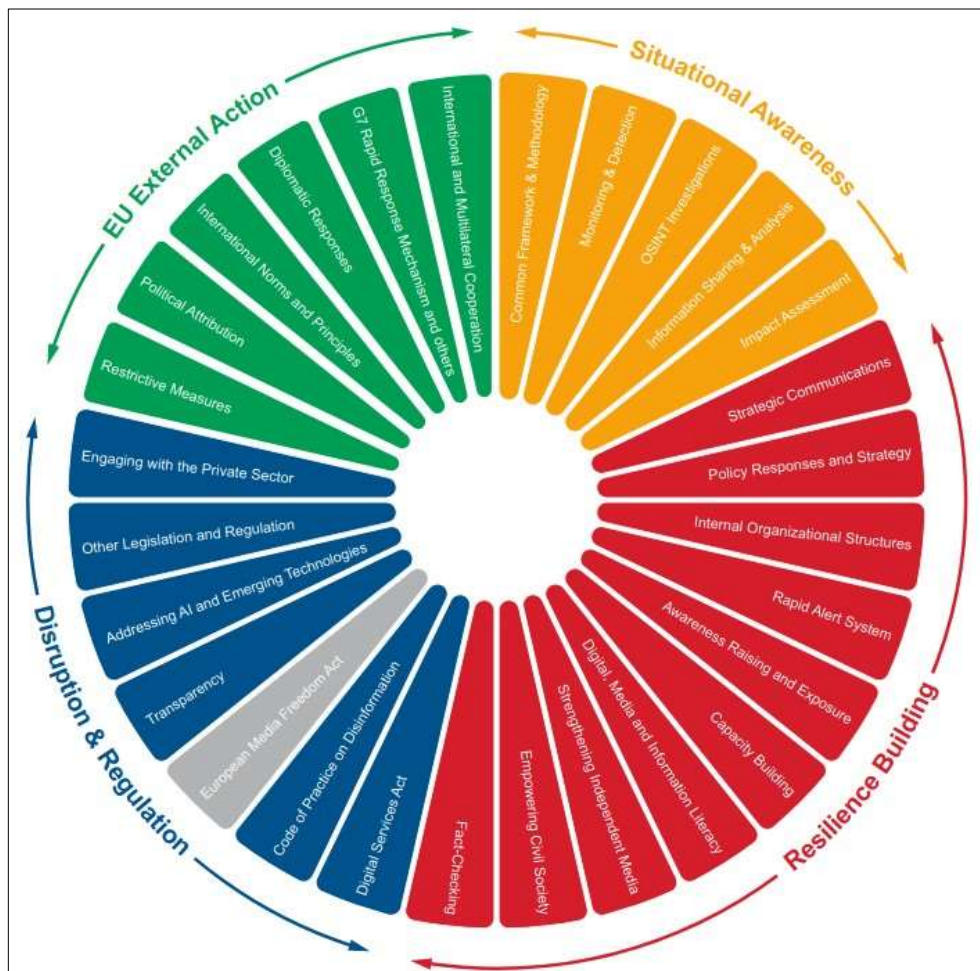
Aktuell legt Europa im Zuge der Bekämpfung hybrider Bedrohungen einen starken Fokus auf **FIMI** (*Foreign Information Manipulation and Interference*) und adressiert damit in erster Linie den Informationsraum. Der zweite Bericht zu FIMI-Bedrohungen zeigt die engen Verbindungen mit hybriden Bedrohungen und Cyber-Bedrohungen auf und sieht darin eine entscheidende „Komponente der modernen Kriegsführung“ (Borrell 2024). Die EU versteht unter FIMI meist nicht-illegale Maßnahmen von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Legitimität und Effizienz der demokratischen Institutionen zu

untergraben, zu einer zunehmenden Polarisierung und Spaltung innerhalb der EU beizutragen und die Fähigkeit der EU zu beeinträchtigen, ihre Politik im In- und Ausland umzusetzen (vgl. EEAS 2024).

Die Ernsthaftigkeit der Bemühungen zur Abwehr von Desinformationskampagnen kann u. a. an der Stärkung der dafür designierten Kapazitäten im Europäischen Auswärtigen Dienst festgemacht werden.

Der EU stehen dazu verschiedene Instrumente zur Verfügung. Als strategischer Rahmen wurde die **FIMI-Toolbox** im Strategischen Kompass aus dem Jahr 2022 eingeführt. Sie skizziert verschiedene Bereiche und Instrumente, die zusammen einen robusten und umfassenden Rahmen für den Umgang mit FIMI bilden sollen.

Im Wege der Operationalisierung der FIMI-Toolbox wurde ein eigenes **Information Sharing and Analysis Centre** (FIMI ISAC) etabliert, das als Plattform für verschiedene Organisationen und Institutionen zum Informationsaustausch über FIMI-Aktivitäten dient. Die StratCom Division im Europäischen Auswärtigen Dienst ist regionalspezifisch ausgerichtet und betreibt die Plattform EUvsDisinfo, die auch eine enge Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Faktencheckern unterhält.



Referenzlink zu FIMI Toolbox: https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/2024/EEAS-2nd-Report%20on%20FIMI%20Threats-January-2024_0.pdf

Die EU investiert aber auch zunehmend in die Stärkung der Resilienz der Gesellschaft und Medien selbst. Im Oktober 2024 wurden durch die EU-Kommission 16 Mio. EUR für die Förderung von Journalismus und Medienkompetenz in den EU-

Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt (vgl. Europäische Kommission 2024b). Damit sollen einige Ziele des im Mai 2024 in Kraft getretenen Medienfreiheitsgesetzes (Media Freedom Act) realisiert werden, wie die Förderung des Medienpluralismus oder der Medienkompetenz.

Die EU hat im Rahmen des EU-US Technologie- und Handelsrat (TTC) im Mai 2024 die Zusammenarbeit mit den USA zur Bekämpfung von FIMI in Drittstaaten verstärkt und eine Kooperation über einen Koordinierungsmechanismus zur Informationsintegrität für den Westbalkan erarbeitet, die darauf abzielt, den Einfluss von Russland und China in der Region zu begrenzen (vgl. U.S. Department of State 2024).

Ein weiterer wesentlicher Aspekt in der Adressierung hybrider Bedrohungen sind **Sanktionen**. Die EU hat im Oktober 2024 das Sanktionsregime gegenüber Russland noch einmal verschärft und um die Dimension der hybriden Bedrohungen als zusätzliche Kategorie für mögliche Sanktionen erweitert. Bemerkenswert daran ist die Integration von betroffenen „internationalen Partnern“ in den umfassten Schutzbereich. Damit werden Einflussnahmen und destabilisierende Maßnahmen außerhalb der Unionsgrenzen in Drittstaaten und internationalen Organisationen umfasst, also etwa in der Republik Moldau oder Georgien. Die Sanktionsverordnung konkretisiert dabei die Anwendungsfälle hybrider Bedrohungen, die u. a. nachfolgende Aspekte umfasst:

Die Planung, Steuerung, unmittelbare oder mittelbare Beteiligung

- an der Untergrabung des demokratischen politischen Prozesses,
- an der Unterstützung von gewaltsamen Demonstrationen,
- am Einsatz von koordinierten Informationsmanipulationen oder Einflussnahme,
- an Handlungen, die sich gegen das Funktionieren von demokratischen Institutionen, Wirtschaftstätigkeiten oder Dienstleistungen von öffentlichem Interesse richten,
- an der Instrumentalisierung von Migranten (vgl. European Union 2024b).

Dieses Sanktionspaket fokussiert sich allerdings im Gegensatz zu den bisherigen lediglich auf hybride Bedrohungen durch Russland und nicht dessen Unterstützer wie zum Beispiel Belarus. Damit bleibt die Frage hinsichtlich der Wirksamkeit dieser neuen Sanktionsverordnung aufgrund der potentiellen Umgehungsmöglichkeiten. Dies fügt sich ein in die generelle Skepsis gegenüber der Wirksamkeit der bisherigen 14 Sanktionspakete seit 2022.

Das Instrument der Sanktionen wird zunehmend häufiger verwendet. Insgesamt unterhält die EU mit Stand November dieses Jahres 36 Sanktionsregime, was einen signifikanten Zuwachs gegenüber den Vorjahren bedeutet (vgl. Europäische Kommission 2024c). Dies kann einerseits als Indikator für die zunehmenden Spannungen in den internationalen Beziehungen, andererseits aber auch für den vermehrten politischen Willen zur Verteidigung eigener Interessen herangezogen werden. Ein inflationärer Einsatz von Sanktionen könnte allerdings auch der Reputation und Glaubwürdigkeit der EU schaden.

Belastung der transatlantischen Beziehungen

Die Wahl von Donald Trump zum nächsten US-Präsidenten dürfte Europa in nahezu allen Sektoren weiter beschäftigen, aber insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen und militärischen Beitragsleistungen für die NATO betreffen. Europas Krisenbewältigungsfähigkeit wird jedoch auch durch die Destabilisierungsanstrengungen von Russland, China und weiteren Akteuren vor massive Herausforderungen gestellt. Angesichts der hybriden Bedrohungen, die sich in diesen latenten Konfliktzuständen manifestieren, steht EUropa vor der Aufgabe, einerseits eine weitere innere Fragmentierung zu verhindern und andererseits stabile Bündnisse und Partnerschaften zu schließen. Insgesamt geht die Tendenz in den wirtschaftlichen Beziehungen hin zu einer *weaponization*, also der Instrumentalisierung von wirtschaftlicher Kraft und technologischer Überlegenheit für die eigene Interessendurchsetzung, insbesondere auch durch vermehrte protektionistische Maßnahmen. Die USA werden voraussichtlich stärker genau diesen Weg einschlagen (zum Beispiel über die durch Trump angekündigten Zölle auf Einfuhren aus Europa) und Europa muss darauf vorbereitet sein, sich gegen Maßnahmen wie Handelsbeschränkungen, Technologievorbehalte und Exportkontrollen entsprechend aufzustellen. Dieses sogenannte *de-risking* (Diversifizierung) bzw. in der verschärften Form *de-coupling* (Entkoppelung der Beziehungen) von Teilen der Wirtschaft, die als Diversifizierung verstanden werden kann, aber auch eine gewisse Regionalisierung zum Ziel hat, ist mit hohen Kosten verbunden.

Es geht um einen fundamentalen Paradigmenwechsel des Wirtschaftssystems von einer offenen, exportorientierten Ausrichtung zu einer, die geopolitischen und geoökonomischen Grundsätzen folgt. Der freie Austausch von Gütern, Kapital und Technologien wird hierbei nicht mehr als etwas grundsätzlich Positives bewertet, das Wohlstand generiert und Innovation fördert, sondern als etwas Risikobehaftetes, wobei sicherheitspolitische Überlegungen wirtschaftliche Interessen übertrumpfen. Gelingt der EU diese Umorientierung nicht, besteht die Gefahr eines weiteren Bedeutungsverlusts. Somit stehen die EU-Kommission und die Mitgliedsstaaten vor der Aufgabe, den eingeschlagenen Weg der Diversifizierung und strategischen Autonomie auch umzusetzen.

Resümee und Ausblick

Angesichts der Zunahme an Konflikten in internationalen Beziehungen ist davon auszugehen, dass hybride Bedrohungen weiterhin auf einem hohen Niveau bleiben und tendenziell sogar noch ansteigen werden.

Die zunehmende Zahl an Sabotageaktivitäten im Bereich der kritischen Infrastruktur und der Sichtbarkeit im öffentlichen Raum führt zu vermehrter Unsicherheit in der Bevölkerung und zu einem erhöhten Sicherungsaufwand durch die Behörden. Damit werden die ohnehin schon strapazierten Teilsysteme weiter unter Stress gesetzt und die Kosten für die Absicherung erhöht.

Im Wesentlichen werden sich hybride Bedrohungen auf drei Kernbereiche konzentrieren. Zum einen gegen staatliche Institutionen, um die Handlungsfähigkeit weiter einzuschränken und das Vertrauen der Bevölkerung zu unterminieren. Des Weiteren werden sich Aktivitäten auch gegen die Wirtschaft der EU bzw. ihrer Mitgliedsstaaten richten und Cyberangriffe sowie die Sabotage kritischer Infrastrukturen verstärken. Schließlich werden sich die Angriffe auch gegen die Gesellschaft und einzelne

Personen selbst richten. Dies wird sich u. a. durch FIMI und Desinformation äußern und hat Radikalisierung und Verunsicherung zum Ziel.

Resilienz als effektive Gegenstrategie steckt in vielen Bereichen aber noch im Anfangsstadium, eine große Herausforderung bilden die sektorenübergreifende Analyse und Maßnahmen (u. a. bei Infrastrukturprojekten), wie zum Beispiel die Abwägung von der Inkaufnahme von Zusatzkosten und der potentiellen Verwundbarkeit. Die „weaponization“ von demokratischen Institutionen wird sich fortsetzen, was wiederum die Antwortfähigkeit herausfordert, also die Balance zwischen dem Schutz demokratischer Prinzipien und Werte gegenüber einem gesteigerten Maß an Sicherheit. Dabei ist auch die Herausforderung der Auswirkungen von steigenden Kosten als Resultat des „de-risking“ bzw. „de-coupling“ in wirtschaftlichen Angelegenheiten zu berücksichtigen. Die Diskussion, welche Sektoren und kritischen Bereiche dies betreffen soll, ist noch nicht abschließend geführt. Zudem sind die Auswirkungen aktuell nur sehr eingeschränkt in den Budgets eingepreist.

Die EU und die Mitgliedsstaaten haben aber die Relevanz des Themas erkannt und setzen Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Bedrohungen und Steigerung der Resilienz. Die Veröffentlichung des Niinistö-Reports etwa unterstreicht die Tendenz zu einer gesamtheitlichen Betrachtung der Wechselbeziehung von Freiheit und Sicherheit und adressiert die Herausforderungen, die sich aus den Kompetenzfragen im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ergeben. Auch die Stärkung der konzeptionellen Rahmenbedingungen und Kapazitäten zur Bekämpfung von Desinformationskampagnen und ausländischer Einflussnahme zeigen Erfolge.

Insgesamt kann also ein durchaus positiver Trend zur Fähigkeit einer kohärenten Adressierung hybrider Bedrohungen attestiert werden. Die Maßnahmen zum Schutz demokratischer Werte werden mit Ressourcen hinterlegt und sukzessive realisiert.

Quellen

- Borell Fonetelles Josep (2024): 2nd EEAS Report on Foreign Information Manipulation and Interference Threats, [online] https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/2024/EEAS-2nd-Report%20on%20FIMI%20Threats-January-2024_0.pdf [22.11.2024].
- Cyber Rapid Response Teams and Mutual Assistance in Cyber Security (2024): EU Cyber Rapid Response Team (CRRT) concludes deployment in support of the Republic of Moldova's cybersecurity, [online] <https://crrts.eu/news-005-concludes-deployment-support-moldova.html> [22.11.2024].
- European External Action Service (2024): Tackling Disinformation, Foreign Information Manipulation & Interference, [online] https://www.eeas.europa.eu/eeas/tackling-disinformation-foreign-information-manipulation-interference_en#81218 [23.11.2024].
- Europäische Kommission (2024a): Strengthening Europe's civil and military preparedness and readiness: Report by Special Adviser Niinistö, [online] https://commission.europa.eu/document/56e2177e-376f-422f-b7a3-cdac8041fb18_en [19.11.2024].
- Europäische Kommission (2024b): Kommission stellt 16 Mio. EUR für die Förderung von Journalismus und Medienkompetenz in ganz Europa zur Verfügung, [online] <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/news/commission-makes-eu16-million-funding-available-support-journalism-and-media-literacy-across-europe> [24.11.2024].

- Europäische Kommission (2024c): EU sanctions tracker, [online] <https://data.europa.eu/apps/eusanctionstracker/> [22.11.2024].
- European Parliament (2024): Parliament condemns Russia's interference in Moldova, [online] <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20241003IPR24421/parliament-condemns-russia-s-interference-in-moldova> [22.11.2024].
- Europäischer Rat (2024a): Rat nimmt Empfehlung zur Stärkung der Forschungssicherheit an, [online] <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/23/council-adopts-a-recommendation-to-enhance-research-security/> [24.11.2024].
- Europäischer Rat (2024b): Empfehlung des Rates zur Stärkung der Forschungssicherheit, [online] <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9097-2024-INIT/de/pdf> [22.11.2024].
- European Union (2024a): About EU Partnership Mission in the Republic of Moldova, [online] https://www.eeas.europa.eu/eupm-moldova/about-eu-partnership-mission-republic-moldova_en?s=410318 [24.11.2024].
- European Union (2024b): Beschluss (GASP) 2024/2643 des Rates vom 8. Oktober 2024 über restriktive Maßnahmen angesichts der destabilisierenden Aktivitäten Russlands, [online] <https://eur-lex.europa.eu/eli/dec/2024/2643/deu> [24.11.2024].
- Foreign Policy (2024): Mögliche Aggression gegen die Nato: Versucht Russland, Finnlands Wasser zu vergiften?, [online] <https://www.merkur.de/politik/nato-russland-finnland-wasser-gift-aggressionen-ukraine-krieg-china-manipulation-zr-93223652.html> [25.11.2024].
- Gavin Gabriel (2024): Russia paying people to vote against joining EU, Moldova warns, [online] <https://www.politico.eu/article/pro-russia-oligarch-network-influence-eu-moldova-elections-voter-bribery-disinformation/> [22.11.2024].
- Koponen, Linda (2024): Ein Mann verschickt unter falschem Namen Pakete – dann gehen diese in Leipzig und Birmingham in Flammen auf. Die Spuren führen zum Kreml, [online] <https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/ein-mann-verschickt-unter-falschem-namen-pakete-dann-gehen-diese-in-leipzig-und-birmingham-in-flammen-auf-die-spuren-f%C3%BChren-zum-kreml/ar-AA1tCoU9> [24.11.2024].
- News Wires (2024): Germany arrests three suspected of spying for China, [online] <https://www.france24.com/en/europe/20240422-germany-arrests-three-suspected-spying-china> [23.11.2024].
- ORF.at (2024a): Schweden leitet Ermittlungen zu Kabelschäden ein, [online] <https://orf.at/stories/3376453/> [25.11.2024].
- Simetinger Valentin (2024): Russlands hybrider Krieg gegen Moldawien, [online] <https://orf.at/stories/3372524/> [19.11.2024].
- Schmitz David (2024): Warum der Verdacht nach den Bundeswehr-Einbrüchen auf Putin fällt, [online] <https://www.ksta.de/politik/bundeswehr-wasser-versorgung-koeln-mechernich-geilenkirchen-russland-hybrider-krieg-usa-finnland-sabotage-verdacht-845895> [24.11.2024].
- Triebel Brigitta (2024): Wählt Moldau Optimismus?, [online] <https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/waehlt-moldau-optimismus> [24.11.2024].
- U.S: Department of State (2024): U.S.-EU Coordination Mechanism on Information Integrity in the Western Balkans, [online] <https://www.state.gov/u-s-eu-coordination-mechanism-on-information-integrity-in-the-western-balkans/> [24.11.2024].
- Zachová Aneta (2024): China uses LinkedIn to recruit academics for espionage, Czech intelligence warns, [online] <https://www.euractiv.com/section/politics/news/china-uses-linkedin-to-recruit-academics-for-espionage-czech-intelligence-warns/> [19.11.2024].

Autoren

Mag. Dr. Rastislav BÁCHORA

Forscher am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien; Lektor an der Comenius Universität in Bratislava und FH Burgenland. Forschungsschwerpunkte: Internationale Beziehungen; Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) sowie Sicherheitspolitik ost- und mittelosteuropäischer Staaten.

Mag. Barbara FARKAS, Bakk. phil.

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie Wien und an der Theresianischen Militärakademie Wr. Neustadt; Sinologin und Asien-Analystin. Forschungsgebiete: Strategien, geopolitische Positionierung und Sicherheitspolitiken Chinas sowie aller anderen Akteure im indopazifischen Raum.

Mag. Gustav Carl GRESSEL, PhD

Forscher am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien; davor Senior Policy Fellow im Osteuropaprogramm des European Council on Foreign Relations (ECFR) in Berlin. Forschungsgebiete: Osteuropa, Sicherheitspolitik und Militärstrategien.

HR Mag. Dr. Gunther HAUSER, Ehrenprofessor

Leiter des Fachbereichs Internationale Sicherheit am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie Wien und Lehrbeauftragter der Donau-Universität Krems. Forschungsgebiete: EU-Sicherheit und transatlantische Beziehungen EU-NATO, Energie- und Ressourcenpolitik, China und USA als globale Akteure sowie Völkerrecht.

Mag. Dr. Otto NADERER, Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes (i.R.)

Ehem. Forscher & Hauptleutnant am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie Wien. Erfahrung in internationalen Organisationen, v. a. EU und NATO. Forschungsgebiete: Internationale Sicherheitspolitik, NATO/PfP.

OR Mag. Alexander PANZHOF

Forscher & Hauptleutnant im Fachbereich Strategie am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie Wien. Forschungsgebiete: Sicherheitspolitische Entwicklungen in Lateinamerika, Künstliche Intelligenz als strategisches Handlungswerkzeug.

HR Mag. Dr. Felix SCHNEIDER

Referatsleiter des Fachbereichs Zeitgeschichte/ Militärgeschichte am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der LVAK. Forschungsschwerpunkte (u.a.): Militärgeschichte des 19.-21. Jahrhunderts, militärische Strategien der Großmächte, Klima und Gewalt.

Mag. Andreas WENZEL, Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes

Hauptleutnant & Forscher im Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien. Forschungsbereich: Internationale Sicherheitspolitik, globale Akteure, Rüstungskontrolle.

Mag. (FH) Daniel HIKES-WURM, MAS MA, Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes

Verteidigungspolitischer Berater in der SI – Generaldirektion Verteidigungspolitik mit den Verantwortungsbereichen „Hybride Bedrohungen“ und „Neue Technologien“.

Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Informationen über unsere neuesten Publikationen sowie Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an lvak.iss@bmlv.gv.at bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10-28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

Landesverteidigungsakademie Wien

ISBN: 978-3-903548-05-3

